Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Lord John Boyd Orr
Die zwei tödlichen Bedrohungen unserer Zivilisation

Dr. Anton Reithinger
Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft

Hans Heinz Holz
Die Luftschutzgesetze – Schleichwege zum Notstand

Dr. Günther Schreiber
Die CDU geht aufs Ganze

Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Hitler verwirklicht seinen Grund-Plan

2,50 DM X. Jahrgang Juni 6 1965

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Mai 1965 S. 471

Berichte und Kommentare
Die Allianz der Gegensätze
Bundeswehr reduzieren!
Verspätete Warnung
Die Tragödie von Hispaniola S. 474

Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Entspannung in Gefahr S. 484

Klaus Ehrler, M. A.
Befreiung oder Niederlage? S. 490

Hans Heinz Holz
Die Luftschutzgesetze – Schleichwege zum Notstand S. 495

Dr. Günther Schreiber
Die CDU geht aufs Ganze S. 504

Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Hitler verwirklicht seinen Grund-Plan (I) S. 515

Dr. Anton Reithinger
Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft (I) S. 523

Rolf Seeliger
Struktur und Situation der Studentenpresse
in der Bundesrepublik S. 532

Lord John Boyd Orr
Die zwei tödlichen Bedrohungen unserer Zivilisation S. 539

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Fragen an Dr. Heinemann
Jean-Paul Sartre S. 542

Fernseh-Spalte
Politik im Ersten Programm S. 549

Bücher
Anpassung als System
Versuch einer Bilanz
Neuerscheinungen S. 550

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 555

Dokumente zum Zeitgeschehen
IG Metall lehnt Notstandsgesetzgebung ab
IG Druck und Papier an den Deutschen Bundestag
IG Chemie an die Bundestagsabgeordneten
Deutscher Presserat zur geplanten Errichtung
von Pressekommissionen S. 556

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang | Juni 1965 | Heft 6

Chronik des Monats Mai 1965

1. 5. — Dominikanische Republik. Präsident Johnson ordnet die Landung weiterer 2000 Marinefüsiliere und Fallschirmjäger in Santo Domingo an. Im Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) fordert der Vertreter des State Departments die Entsendung einer „interamerikanischen Polizeitruppe", der auch die US-Streitkräfte in der Dominikanischen Republik angehören sollten. Die Botschafter Mexikos, Perus und Chiles üben heftige Kritik am Vorgehen der USA. — Am 4. 5. beschäftigt sich der UN-Sicherheitsrat mit den Vorgängen. Der Delegationschef Uruguays verweist auf Artikel 15 der Satzung der OAS, die jede direkte oder indirekte Intervention in die Angelegenheiten eines anderen Staates verbiete. — Am 5. 5. schließen Vertreter der Militärjunta und Bevollmächtigte der neuen provisorischen Regierung einen vorübergehenden Waffenstillstand, der jedoch nur wenige Tage in Kraft ist. — Am 6. 5. beträgt die Zahl der US-Soldaten in der Republik schon über 30 000. Vor der Küste kreuzen zahlreiche Flottenverbände und Flugzeugträger. (Vgl. „Berichte und Kommentare")

3. 5. — Niedersachsen. Die Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten bricht auseinander, nachdem die FDP die Ratifizierung des am 26. 2. unterzeichneten Konkordats zwischen Niedersachsen und dem Vatikan ablehnt. Kultusminister Mühlenfeld (Verhandlungsführer mit dem Vatikan und FDP-Mitglied) hatte am 22. 4. im Landtag auf den „nahezu geschlossenen Widerstand der Lehrerschaft gegen die Änderung des Schulgesetzes" hingewiesen, die sich gegen die Errichtung neuer Bekenntnisschulen wende. — Am 12. 5. verständigen sich SPD und CDU über die Bildung einer „großen Koalition".

3.—5. 5. — SEATO. Der Ministerrat der Südostasien-Pakt-Organisation diskutiert in London die Lage in Vietnam und den benachbarten indochinesischen Staaten. Frankreich, neben den USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland Pakistan, den Philippinen und Thailand ebenfalls Vollmitglied der SEATO, ist nur durch einen Beobachter vertreten. In Paris heißt es dazu, schon auf der letzten Jahrestagung im April 1964 sei eine Schlußerklärung zustande gekommen, die einseitig zur Unterstützung Südvietnams auffordere und Nordvietnam verurteile. Die französische Regierung teile jedoch diese Feststellungen nicht und sie befürchte, „daß sich auf der Londoner Konferenz die gleiche Situation ergeben" werde. Frankreich wolle sich daher in keiner Weise mit den gefaßten Beschlüssen assoziieren. Der Vertreter Pakistans kritisiert zurückhaltend die amerikanische Vietnam-Politik und spricht die Hoffnung aus, „daß entschlossene Anstrengungen zur Wiederherstellung des Friedens in jedem

Gebiet auch durch Verhandlungen auf der Basis der bestehenden Genfer Abmachungen" unternommen werden. Der Staatsschef von Kambodscha, Prinz Sihanouk, erklärt in einem Telegramm an die Konferenz, sein Land wünsche den „Schutzbereich der SEATO" zu verlassen.

6. 5. — Großbritannien. Mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen (310 : 306 Stimmen) billigt das Unterhaus die Vorschläge der Labour-Regierung zur Wiederverstaatlichung einer Anzahl von Stahlwerken gegen eine Entschädigung, die dem Börsenkurs der betreffenden Gesellschaften in den Jahren 1959 bis 1963 entspricht.

8. 5. — Vietnam. Amerikanische Militärflugzeuge setzen ihre Angriffe auf Ziele in Nordvietnam fort. In amerikanischen Militärkreisen wird die Zahl der in Südvietnam stationierten US-Militärs mit rund 40 000 Mann angegeben. — Am 12. 5. schreibt die Pekinger „Volkszeitung", Voraussetzung sinnvoller Verhandlungen über Vietnam sei der Abzug aller ausländischen Truppen aus diesem Gebiet. — Am 22. 5. dringen amerikanische Flugzeuge bis auf 90 km auf die nordvietnamesische Hauptstadt Hanoi vor.

10. 5. — Deutschlandfrage. Am Vorabend der NATO-Tagung einigen sich nach längeren ergebnislosen Verhandlungen im Botschafterlenkungsausschuß die Außenminister Großbritanniens, der USA und Frankreichs auf den Text einer gemeinsamen „Deutschlanderklärung". Es heißt darin, eine „wirkliche Lösung des deutschen Problems" sei „nicht nur im Interesse des deutschen Volkes erforderlich, das seine Wiedervereinigung verlangt, sondern auch im Interesse aller europäischen und anderer beteiligten Völker". Die Erklärung verweist ferner auf die besonderen „Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten" der vier Großmächte „hinsichtlich Deutschlands einschließlich Berlins". — Am 21. 5. erklärt Bundesaußenminister Schröder im Deutschen Fernsehen, nach seiner Ansicht könne die Bundesrepublik „ungehindert durch irgendeine theoretische Auffassung" mit den ost- und südosteuropäischen Ländern ebensogut diplomatische Beziehungen herstellen, wie das im Jahre 1955 mit der Sowjetunion geschehen sei.

11.—12. 5. NATO. Politische und militärische Probleme, sowie die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bündnisses beschäftigen die Außenminister des Nordatlantikpaktes auf ihrer Frühjahrstagung in London. Bundesaußenminister Schröder fordert u. a. unter Hinweis auf die 400 000 deutschen NATO-Soldaten eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik an den Führungsposten der Organisation. Außerdem müsse eine Regelung für die „Mitwirkung und Teilhabe" der nichtnuklearen Staaten an der atomaren Bewaffnung gefunden werden. — Am 31. 5. kommen in Paris die Verteidigungsminister der NATO zusammen. Bundesverteidigungsminister von Hassel wendet sich bei dieser Gelegenheit wiederum gegen alle Disengagement-Lösungen in Mitteleuropa, Staatssekretär McNamara schlägt vor, ein „nukleares Führungsgremium", bestehend aus fünf NATO-Mitgliedern (gemeint sind die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik und ein weiterer westeuropäischer Staat) zu schaffen, um in diesem Rahmen Entscheidungen über Planung und Einsatz atomarer Waffen vorzubereiten.

12. 5. — Nahost-Politik. Die Bundesrepublik und Israel beschließen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern. Entsprechend der Empfehlung einer Außenministerkonferenz der Arabischen Liga stellen zehn Staaten des Nahen Ostens (Irak, VAR, Syrien, Saudi-Arabien, Jordanien, Jemen, Libanon, Algerien, Sudan und Kuwait) ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ein. In Bonn vertreten bleiben weiterhin Tunesien, Marokko und Lybien.

13. 5. — „Spiegel-Affäre". Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes lehnt die vom Generalbundesanwalt beantragte Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den „Spiegel"-Herausgeber, Rudolf Augstein, und den stellv. Chefredakteur Conrad Ahlers ab und setzt „diese Angeschuldigten mangels Beweises außer Verfolgung". Damit muß die Anklage gegen sechs der insgesamt acht in die Aktion verwickelten Personen endgültig fallen gelassen werden. Der Bundesgerichtshof behält sich die Entscheidung im Falle des Bundeswehrobersten Martin vor; gegen den Redakteur Hans Schmelz wird noch ermittelt. Bundesjustizminister Weber antwortet in der parlamentarischen Fragestunde, das Kabinett sei nicht bereit, die früheren Äußerungen über

den „Landesverrat" des Nachrichtenmagazins und seines Herausgebers zurückzunehmen.

14. 5. — Kernwaffen. Die Volksrepublik China zündet ihre zweite Atombombe. Nach Beobachtungen von Fachwissenschaftlern wird der Sprengsatz über der Erde zur Explosion gebracht. — Am 16. 5. macht die US-Atomenergiekommission folgende Angaben über die bisher durchgeführten Kernwaffenversuche: USA 337, UdSSR 127, Großbritannien 24, Frankreich 5, VR China 2.

15. 5. — Österreich. Anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages halten sich in Wien die Außenminister der vier Signatarstaaten auf. An den Feiern nimmt auch der Präsident der UN-Vollversammlung, Quaison-Sackey, teil. Der österreichische Außenminister Kreisky erklärt in seiner Begrüßungsansprache: „Der Staatsvertrag von Wien ist gewiß in erster Linie der Einigkeit der vier Mächte zu verdanken gewesen. Wir haben die 10 Jahre gut genützt und mit allen unseren Nachbarn — mit allen Staaten im Donauraum — gute Beziehungen hergestellt. Wir haben so in der Mitte Europas Voraussetzungen einer neuen Stabilität geschaffen, wie es sie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nicht gegeben hat, eine echte Zone der Entspannung ..."

18. 5. — Notstand. Die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien beginnen eine neue Verhandlungsrunde über die Verabschiedung der Notstandsgesetze noch vor den im September fälligen Neuwahlen. Berichterstatter melden aus Bonn, es bahne sich ein Kompromiß zwischen den gegensätzlichen Auffassungen an. Die Besprechungen werden am 25. 5. fortgesetzt. Außerhalb des Parlaments, vor allem von seiten der Gewerkschaften, halten die Proteste gegen die geplanten Gesetze an. — Am 29. 5. beschließen die Führungsgremien der SPD in Saarbrücken, der entscheidenden Grundgesetzänderung in dieser Legislaturperiode nicht mehr zuzustimmen. Gleichzeitig deutet die SPD jedoch ihre Bereitschaft an, Einzelgesetze noch im Juni im Plenum des Bundestages behandeln zu lassen. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

21. 5. — Kolumbien. Die von Präsident Valencia geführte Regierung verhängt den Belagerungszustand über das ganze Land. Vorausgegangen waren Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei in den Städten Bogota und Medellin. — Am 24. 5. werden 48 streikende Studenten verhaftet und von einem Militärgericht wegen Verstoßes gegen das Ausgehverbot angeklagt.

23. 5. — Belgien. Die beiden Regierungsparteien, die Christlich-Sozialen und die Sozialisten, müssen starke Stimmeneinbußen bei den Parlamentswahlen hinnehmen. Mandatsgewinne erzielt vor allem die Partei für Freiheit und Fortschritt.

24. 5. — Bolivien. 30 Tote und mehr als 400 Verletzte fordert das Vorgehen der Polizei gegen bewaffnete Arbeiter in der Hauptstadt La Paz. Die Regierung hatte nach einem Streik in verschiedenen Zechen die Minenfelder zum „Militärgebiet" deklariert, die beteiligten 27 000 Arbeiter entlassen und den Bergarbeiterführer Lechin und weitere 18 Gewerkschafter ausgewiesen.

28. 5. — Israel/Jordanien. An der gemeinsamen Demarkationslinie kommt es zu neuen Kampfhandlungen. Israelisches Militär greift zwei Stützpunkte auf jordanischem Territorium an. Die Aktion wird als „Vergeltungsschlag für Sabotageakte einer arabischen Geheimorganisation" bezeichnet.

31. 5. — Berlin. Mit der Wiedereröffnung der dafür vorgesehenen Sektorenübergänge beginnt die letzte Besuchsperiode des z. Z. noch gültigen Passierscheinabkommens zwischen Senat und DDR-Regierung. Beide Seiten müssen nach den getroffenen Vereinbarungen bis zum 24. Juni neue Verhandlungen über eine evtl. Verlängerung des Abkommens aufnehmen.

Berichte und Kommentare

Die Allianz der Gegensätze

Die NATO quält sich dem Jahre 1969 entgegen. Das Bündnis bestünde dann zwanzig Jahre, und für dieses Alter bestimmt der gegenwärtig am meisten diskutierte Artikel des NATO-Vertrags, der Artikel 13, das folgende: „Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrags kann jeder Partner aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem er der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat."

Daß heute bereits bei einer Reihe von Mitgliedstaaten ernsthafte Überlegungen darüber angestellt werden, ob der Artikel 13 zu gegebener Zeit in Anspruch zu nehmen sei, steht außer Zweifel. In Dänemark wird eine offizielle Kommission eingesetzt, die sich im Hinblick auf 1969 mit einem Übergang zur Neutralität befaßt. Auch in Norwegen und mehr noch in Island beurteilen weite Kreise den Gedanken an ein Verlassen des Pakts positiv. Im Südostzipfel des Bündnisses stehen sich zwei „Partner" Gewehr bei Fuß gegenüber, deren im Zypernkonflikt offenkundig gewordene Interessengegensätze im östlichen Mittelmeer jede koordinierte Aktion der NATO ausschließen. Beide, die Türkei und Griechenland, erwägen die Möglichkeit eines Austritts aus der NATO. Vor allem aber ist es natürlich Frankreich, von dem heute die meisten kundigen Beobachter des NATO-Debakels glauben und erwarten, daß es den frühestmöglichen Termin zur Aufkündigung des Pakts nutzen wird.

Spekulationen darüber, wie sich Frankreich schließlich entscheiden wird, sind müßig. Von aktueller Bedeutung dagegen ist die Tatsache, daß ein Mitglied auch ohne formelle Austrittserklärung durchaus in der Lage ist, durch sein Verhalten das Bündnis lahmzulegen. Die Regierung in Paris praktiziert das gegenwärtig in sehr eindrucksvoller Weise. Seit de Gaulle im Jahre 1959 die Lagerung amerikanischer Nuklearsprengköpfe auf französischem Boden untersagte und wenig später dann die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Kommando entzog, hat sich diese Taktik des allmählichen Rückzugs aus dem Bündnis in der Form und auch in der Substanz immer mehr zugespitzt. Nicht zuletzt an der Weigerung des Elysee-Palastes scheiterte das amerikanisch-deutsche Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht, wobei Paris gleichzeitig deutlich machte, daß kein Ersatzplan die Chance hat, akzeptiert zu werden. Diesen Erklärungen folgte — als bisheriger Höhepunkt des internen Widerstandes — die Weigerung der Franzosen, an den gemeinsamen Stabsmanövern der NATO im Jahre 1966 teilzunehmen, die unter dem Namen Fallex bekannt wurden und die Zusammenarbeit mit höchsten zivilen Dienststellen vorsehen.

Diesen Entschluß gab Paris am Vorabend der Tagung der Verteidigungsminister der NATO bekannt. Er ist ohne Zweifel mehr als eine bloße Demonstration jener tiefen Abneigung, die de Gaulle gegen die Politik der USA hegt. Angesichts des Fehlens einer einheitlichen strategischen Konzeption des Bündnisses kam dieser großangelegten Stabsrahmenübung die Aufgabe zu, zwischenzeitlich verbindliche Richtlinien für das politische und militärische Vorgehen der Paktstaaten zu erarbeiten. Dieser Praxis hat de Gaulle jetzt die Grundlage entzogen. Durch das Fernbleiben der Franzosen von diesen Stabsmanövern wird es der NATO unmöglich gemacht, für den mitteleuropäischen Raum, der das Kernstück des

Pakts bildet, gültige Instruktionen über Ausbildung und Ausrüstung der Truppen, Dislozierung der Kampfeinheiten und den weiteren Ausbau der militärischen Infrastruktur auszuarbeiten.

Die Franzosen haben klargemacht, daß sie sich an die Ergebnisse der Stabsrahmenübung, deren Vorbereitungen bereits jetzt beginnen, nicht gebunden fühlen. Das wiegt um so schwerer, als sich gerade die französische Wehrpolitik aufgrund des neuen Wehrgesetzes in einer Periode der Umgestaltung befindet. Keiner der Partner ist dazu konsultiert worden. Aus Washington wird berichtet, im Pentagon würden bereits „Notstandspläne" für den Fall ausgearbeitet, daß Frankreich seine Mitarbeit in der NATO noch vor 1969 ganz aufkündigt. In diesem Zusammenhang ist von einer Verlegung der Kommandostellen aus Frankreich die Rede. Das wäre jedoch nur die rein äußerliche Widerspiegelung einer tiefgreifenden Änderung der militärischen Situation im mitteleuropäischen Raum.

Die Fachleute im Pentagon wissen, daß die in der Bundesrepublik stationierte amerikanische 7. Armee ohne das französische Hinterland nicht lebensfähig wäre. Eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik wäre unausbleiblich. Das hätte ernste politische Konsequenzen, die den Interessen der amerikanischen Politik, so wie sie gegenwärtig in Washington betrieben wird, weit mehr aber noch denen der Bundesregierung entgegenstehen. Der politische Unsicherheitsfaktor für die NATO wird noch dadurch verschärft, daß der schrittweise Rückzug Frankreichs aus dem Bündnis mit einer zwar zögernden, jedoch unverkennbaren Annäherung de Gaulles an den Osten Hand in Hand geht.

Die letzte Tagung des NATO-Rats hat ebenso wie das jüngste Treffen der Verteidigungsminister deutlich gemacht, daß der Pakt nicht in der Lage ist, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Dieses Unvermögen erschiene unbegreiflich, wenn es allein der französische Widerstand wäre, der die Harmonie der fünfzehn Mitgliedstaaten störte. In Wirklichkeit ist der französisch-amerikanische Gegensatz zwar der akuteste und spektakulärste, aber keineswegs der einzige. Die Auseinandersetzung um die Reform der NATO, von deren Notwendigkeit wohl jeder Mitgliedstaat überzeugt ist, wird von jeder der Hauptmächte des Pakts von einer anderen Position, mit unterschiedlicher Zielsetzung geführt. Das wird besonders bei der Diskussion der zentralen Frage, dem Problem der Verteilung von Verfügungsgewalt über atomare Waffen, deutlich.

Während die Amerikaner aus guten Gründen darauf beharren, die letzte Entscheidung über den Einsatz atomarer Waffen in ihrer Hand zu behalten, versucht die deutsche Bundesregierung, dieses Monopol der USA zu unterlaufen. Verteidigungsminister von Hassel bemüht sich darum, daß die Bonner Version der „Vorwärtsverteidigung" zur NATO-Doktrin erhoben wird, die sich durch einen besonders niedrigen Ansatz der „Atomschwelle" und die Stationierung nuklearer Waffen in unmittelbarer Nähe der Ostgrenze der Bundesrepulik auszeichnet. Die Amerikaner widersetzen sich diesen Plänen aus der begründeten Sorge heraus, ein so organisiertes „Sicherheitssystem" könnte sie automatisch in lokal begrenzte Konflikte hineinziehen, wodurch der Einsatz atomarer Waffen unwiderruflich würde. Damit aber wäre de facto die Entscheidung über die Anwendung ihres nuklearen Potentials an einen kleineren und noch dazu besonders militanten Verbündeten delegiert. Veteidigungsminister McNamara bemühte sich auch in Paris wieder darum, mit Kompromißvorschlägen — etwa der Einrichtung eines NATO-Sonderausschusses, der Empfehlungen über den Einsatz atomarer Waffen ausarbeiten soll — den nuklearen Ehrgeiz Bonns zu bremsen. Allerdings ohne erkennbare Wirkung. In Bonn versteht man sehr wohl, daß Washington nicht bereit ist,

das atomare Monopol aus der Hand zu geben. Jedoch will man sich damit nicht abfinden.

Großbritannien seinerseits unterstützt Washington, solange es gegen die Verteilung von Kernwaffen im Rahmen des Bündnisses auftritt. Es widersetzt sich jedoch den Plänen der Amerikaner nach einer stärkeren konventionellen Aufrüstung in Mitteleuropa. Der britische Verteidigungsminister Dennis Healey hat mehrfach — so auch im amtlichen Weißbuch seiner Regierung — zu erkennen gegeben, daß er die Gefahr einer sowjetischen Aggression in Mitteleuropa für nicht existent hält. Für gleichermaßen unrealistisch erachtet die Labour-Regierung die bisherige NATO-Konzeption, nach der ein konventioneller Krieg in Europa bis zu 90 Tagen dauern könnte. In London geht man davon aus, daß es sinnvoller wäre, die riesigen Mittel, die die militärische Vorbereitung auf einen solchen Krieg erfordern würde, zur wirtschaftlichen Stärkung zu nutzen, was einen größeren politischen Effekt verspricht.

Natürlich werden diese Überlegungen vor dem Hintergrund der schlechten britischen Zahlungsbilanz angestellt, die durch die kostenzehrende Unterhaltung der Rheinarmee laufend verschlechtert wird. Daneben streben die Briten eine Umverteilung ihres militärischen Potentials zugunsten ihrer Interessensphäre „östlich von Suez" an. Mit einer Verringerung der Rheinarmee ist darum in absehbarer Zeit zu rechnen.

So sehr für diese Linien der Londoner Wehrpolitik ein vordergründiger Pragmatismus bestimmend ist, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, daß sie auch durch langfristige Planungen beeinflußt werden, deren Ziel in Richtung eines nuklearen Disengagement für Mitteleuropa zu suchen ist. Führende Politiker der Labour-Party gehören seit Jahren zu den prominenten Autoren ernsthafter Disengagement-Pläne. Gerade Dennis Healey hat sich als Befürworter eines „neutralen Gürtels" beiderseits des Eisernen Vorhangs einen Namen gemacht.

Wenngleich die Politik der britischen Regierung in dieser Frage bislang noch eine wünschenswerte Klarheit vermissen läßt, so darf doch angenommen werden, daß sie dieses Ziel einer Stabilisierung des Friedens in Europa durch regional begrenzte militärisch verdünnte Zonen nicht aus den Augen verliert. Wichtige Passagen des britischen Verteidigungsweißbuches lassen jedenfalls interessante Ansätze in dieser Richtung erkennen. Ein Umstand, der seitens der Bundesregierung mit heftiger Kritik und Zweifeln an der „Zuverlässigkeit" des britischen Partners quittiert wurde. Minister von Hassel qualifizierte unmittelbar vor der Tagung der Verteidigungsminister alle Disengagement-Vorstellungen als „Selbstbetrug", eine Vokabel, die das prinzipielle Desinteresse Bonns an einer sachlichen Analyse dieses Problemkreises abermals unter Beweis stellt.

Die Vielzahl der in der NATO vertretenen strategischen Auffassungen — die von den kleineren Mitgliedstaaten vorgetragenen Varianten können hier nicht dargelegt werden, sie tragen jedoch zur allgemeinen Verwirrung ihren Teil bei — sind miteinander nicht vereinbar. Alle Vorschläge, die lediglich auf eine Schaffung neuer Institutionen, Sonderausschüsse, Beratungsgremien hinauslaufen, gehen am Kern des eigentlichen Konflikts, der in der unterschiedlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten begründet ist, unweigerlich vorbei. Der offenkundige Zerfall des Bündnisses hat seine Ursache nicht in einem äußeren Druck, zu dessen Abwehr es ja angeblich gegründet wurde, sondern in seinen inneren Widersprüchen.

Für die Amerikaner bedeutet die Krise der NATO darüber hinaus ein Symptom für das Auseinanderbrechen ihres einst von Dulles geschaffenen globalen Netzwerkes von Militär- und Beistandspakten. Diese Bündnissysteme, die das Skelett der amerikanischen Außenpolitik darstellen, zerbrechen im

Fernen Osten: die Südostasiatische Verteidigungsorganisation (SEATO) geht an einer Sprengladung in die Brüche, die sich Washington mit seiner aggressiven Taktik in Vietnam selbst unter den Stuhl geschoben hat. Frankreich tut ohne falsche Rücksichtnahme alles, um sich von diesem Vorgehen der USA zu distanzieren. Es boykottiert die SEATO. Die US-Bündnisse zerbrechen in Lateinamerika: die selbstherrliche Intervention der USA in der Dominikanischen Republik hat die den südamerikanischen Staaten von Kennedy versprochene echte Partnerschaft ad absurdum geführt. Auch hier hat es de Gaulle nicht an einer klaren Verurteilung des amerikanischen Interventionismus fehlen lassen. Addiert man zu dieser mißlichen Bilanz die katastrophale Situation, in der sich die NATO, das amerikanische Hauptbündnis, befindet, so gelangt man unweigerlich zu der Erkenntnis, daß sich die amerikanische Außenpolitik in eine Sackgasse manövriert hat, aus der es nur einen Weg, den der politischen Umkehr, geben kann.

Für Europa würde das bedeuten, daß sich die USA unter strenger Beachtung des im Ostblock praktizierten Prinzips, daß es keine Vergrößerung des Atomklubs geben darf, endlich an der Einleitung einer echten Entspannungspolitik interessiert zeigt. Am Anfang einer solchen Politik müßte die ausdrückliche und glaubwürdige Erklärung stehen, daß sich Washington einer atomaren Aufwertung der Bundesrepublik unter allen Umständen widersetzt. Damit wäre die notwendige und unaufschiebbare Reform der NATO in die einzig vernünftige Richtung gelenkt. Denn die Atomwaffenfreiheit der Bundesrepublik garantieren, hieße, der Auseinandersetzung innerhalb der NATO den gefährlichsten Sprengstoff entziehen. Zudem wäre, ohne daß der Westen substantiellen Verlust erlitte, jene einzige Forderung des Ostens erfüllt, die dieser als Vorbedingung für die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa und die spätere Lösung der deutschen Frage auf friedlichem Wege stellt. Im internationalen Maßstab wäre mit einem solchen Entschluß schließlich der Weg zu tragfähigen Vereinbarungen in der Abrüstungsfrage geebnet, die sich bis heute — wie die Genfer Verhandlungen eindringlich zeigen — immer wieder an der Sorge des Ostens festgefahren haben, der Bundesrepublik werde eines Tages — wenn auch auf Umwegen — der Status einer Atommacht verliehen.

Horst Heiden

Bundeswehr reduzieren!

Die gegen Deutschland gerichtete Allianz des Zweiten Weltkrieges ist nach 1945 schnell zerbrochen. Seitdem stehen sich Ost und West mißtrauisch, ja feindselig gegenüber.

Adenauer und seine Freunde zogen aus dieser Entwicklung Konsequenzen besonderer Art: Sie hielten die große gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR für unvermeidlich. Nach ihrer Ansicht kam es also für die Bundesrepublik nur darauf an, militärisch möglichst stark zu sein und auf der „richtigen Seite" zu stehen. Dann würde sie Mittel- und Ostdeutschland eines Tages als Dank für wirkungsvolle Unterstützung aus der Hand der selbstverständlich siegreichen Amerikaner entgegennehmen können.

Diese Vorstellungen bildeten jahrelang die Grundlage westdeutscher Außen- und Militärpolitik. Der frühere Bundeskanzler hat solche und ähnliche Gedanken mehrfach in aller Öffentlichkeit geäußert und kein Hehl daraus gemacht, daß er auf den Dritten Weltkrieg spekulierte und in dem Sieg des Westens die Lösung der Deutschland-Frage sah.

Derartige Ideen spuken als geistiges Erbe Adenauers heute noch in den Köp-

fen zahlloser Bundesbürger. Es setzt zwar wohl kaum jemand mehr seine Hoffnung auf die Unabwendbarkeit eines weltweiten Zusammenpralls der beiden Supermächte. Selbst dem Dümmsten dürfte allmählich klar geworden sein, daß ein solcher Zusammenstoß unter den jetzt gegebenen Umständen mit absoluter Gewißheit die totale Vernichtung Deutschlands in einem atomaren Inferno bedeuten würde. Übriggeblieben aber ist ohne Zweifel eine ebenso erstaunliche wie erschreckende Überbewertung sogenannter militärischer Stärke.

Gewiß, ich traue niemandem, nicht einmal notorischen Scharfmachern wie Strauß, Guttenberg und ähnlichen Typen, die wahnwitzige Absicht zu, jemals wieder Richtung Osten offensiv werden zu wollen. Andererseits scheue ich mich nicht, immer wieder festzustellen, daß der militärische Ehrgeiz Bonns meiner Ansicht nach weit über die Erfordernisse unserer Sicherheit hinausgeht.

Man klammert sich verzweifelt an die von den NATO-Partnern längst als Unsinn erkannte Version von der angeblichen Bedrohung Westdeutschlands durch einen im Stil vergangener Zeiten geführten Großangriff der Sowjets und behauptet, sich dagegen mit allen Mitteln (einschließlich Atomwaffen) wappnen zu müssen. In Wirklichkeit wagen es die in der Bundesrepublik herrschenden Kreise nur nicht, ihren Bürgern das restlose Scheitern der bisherigen, unter dem Motto „Stärke" verfochtenen Sicherheits- und Deutschland-Politik einzugestehen.

Immer noch wird die These von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung nach Bonner Muster vertreten. Nach wie vor lebt man in dem Wahn, den Sowjets mit vermeintlicher militärischer Kraft imponieren, ständigen Druck auf ihre Westflanke ausüben und sie dadurch irgendwann einmal zumindest zur Aufgabe der DDR veranlassen zu können. Dafür müsse man stark sein und bleiben!

Adenauers Gedankengut, das er seinen Untertanen 15 Jahre lang mit leider großem Erfolg eingetrichtert hat, geistert also, wenn auch in etwas gemilderter Form, weiterhin in der Vorstellungswelt zahlloser Menschen in diesem Lande. Für sie gelten gerade auf dem militärischen Sektor weiterhin die alten, liebgewonnenen Begriffe. Sie wollen oder können die mit dem Eintritt in das Zeitalter der Atomwaffen verbundene umwälzende Veränderung auf dem militärstrategischen Gebiet nicht begreifen. Ihnen sei in aller Deutlichkeit gesagt, daß jeder Versuch, auf einen Atomgiganten wie die UdSSR irgendeinen Zwang ausüben zu wollen, von vornherein hoffnungslos ist. Und daß beide Weltmächte, USA und UdSSR, gar nicht daran denken, ihre Existenz Deutschlands wegen gegenseitig aufs Spiel zu setzen.

Darüber hinaus aber muß dieser Kategorie von Mitmenschen offenbar immer wieder die Tatsache klargemacht werden, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg nicht nur verloren, sondern auch weitestgehend verschuldet hat. Alle Siegermächte, nicht nur die Sowjetunion, müßten — von ihrem Standpunkt aus gesehen — von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie ihr mühsam genug errungenes Kriegsziel, die endgültige Entmachtung der deutschen Militaristen wiederum wie nach 1918 aus den Augen verlieren.

Ich habe wiederholt die nach meiner Überzeugung einzig noch verbliebene Möglichkeit einer Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes dargelegt und dabei schon betont, daß jeder Schritt in diese Richtung der Zustimmung sowohl der östlichen als auch der westlichen Seite bedürfe.

Nehmen wir in einem Anflug von Optimismus einmal an, die Regierungen in Bonn und Ostberlin wären gewillt, den allein noch gangbaren Weg zu einem Wiederzusammenwachsen der beiden deutschen Hälften einzuschlagen. Welche Voraussetzungen auf dem in seiner Wichtigkeit alles überragenden militä-

rischen Sektor müßten erfüllt werden, um das Placet von West und Ost für ein solches Vorhaben zu bekommen, das schließlich und endlich vielleicht doch wieder zu einem irgendwie gearteten gesamtdeutschen Staat führen könnte?

Eine grundsätzliche Antwort auf diese Frage läßt sich in wenige Worte fassen: Die Siegermächte in Ost und West haben das gemeinsame Interesse und m. E. auch den festen Willen, daß weder einer der beiden deutschen Teilstaaten noch ein etwaiges späteres Gesamtdeutschland jemals in die Lage versetzt werden darf, außerhalb seiner Grenzen militärische Gewalt anwenden und kriegerische Verwicklungen unübersehbaren Ausmaßes hervorrufen zu können.

Das bedeutet in heutiger Zeit vor allem die kategorische Weigerung, einen Deutschen in irgendeiner Form an den atomaren Drücker heranzulassen. Wann, so muß man sich in diesem Zusammenhang fragen, wird die Bonner Regierung diese Binsenwahrheit kapieren und endlich ihr völlig sinnloses, vom gesamtdeutschen Standpunkt zudem höchst anrüchiges Streben nach A-Waffen für die Bundeswehr bzw. nach andersgearteter atomarer Mitbestimmung einstellen?

Ein Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen ist zwar mit Abstand die wichtigste, aber nicht die einzige Voraussetzung militärischer Natur für eine positive Einstellung unserer „Schutzmächte" zu etwaigen Bemühungen um eine wenigstens notdürftige Beseitigung der Spaltung Deutschlands. Es muß auch sichergestellt werden, daß weder zunächst ein Bürgerkrieg zwischen BRD und DDR, noch späterhin nach einem etwaigen Zusammenschluß eine gemeinsame Angriffsaktion gegen einen benachbarten Staat möglich ist. Die Ausschaltung beider Möglichkeiten liegt angesichts der in ihnen ruhenden Gefahr für den Weltfrieden zweifellos im Interesse aller Siegermächte.

Besonderen Wert auf ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee muß naturgemäß die Sowjetunion legen. Sie würde allen Plänen ihre Zustimmung versagen und könnte ihre Divisionen nicht aus Mitteldeutschland zurückziehen, solange die heute vorhandene zahlenmäßige Überlegenheit von etwa 4 : 1 zugunsten der westdeutschen Wehrmacht besteht.

Es wird also primär der militärische Status beider deutscher Staaten und dann erst die Stärke der bewaffneten Macht eines etwaigen gesamtdeutschen Staatsgebildes auszuhandeln sein.

Für die Bundeswehr würde ein solches Verfahren unter allen Umständen auf eine erhebliche Reduzierung ihrer derzeitigen Stärke hinauslaufen. Ich will mich nicht auf Zahlen festlegen, glaube aber nicht, daß die UdSSR mehr als ein 2 : 1-Verhältnis zwischen den westdeutschen und den mitteldeutschen Streitkräften zulassen würde. Im übrigen kann ich bei dieser Gelegenheit nur das wiederholen, was ich seit zwölf Jahren unentwegt vertrete: Etwa 200 000 Mann Bundeswehr sind ausreichend, um die Aufgabe zu erfüllen, die allein ich für sinnvoll halte, nämlich die eines wirksamen Grenzschutzes unmittelbar am Eisernen Vorhang und in einer sich anschließenden tiefen Abwehrzone.

Alle etwaigen Vereinbarungen der angedeuteten Art wären jedoch sinnlos, wenn wir Deutschen uns nicht gleichzeitig um eine radikale Änderung der geistigen Einstellung unserer beiden Armeen zueinander bemühen würden. Das mag hier und auch drüben heute noch als Zumutung ärgster Art empfunden werden. Bei wirklich gutem Willen auf beiden Seiten müßten aber die sicher außerordentlichen Schwierigkeiten zu überwinden sein. Auf jeden Fall sollte das militärische Gesamtproblem einmal angepackt und in aller Offenheit diskutiert werden. Denn von seiner Lösung hängt es weitgehend ab, ob die Teilung Deutschlands in absehbarer Zukunft überwunden wird oder für alle Ewigkeit bestehen bleibt.

Oberst a. D. Bogislav v. Bonin

Verspätete Warnung

Anläßlich der Hannoverschen Messe hat das Vorstandsmitglied des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, DEMAG-Direktor Schulz, ein erfreulich offenes Wort zur Situation im westdeutschen Osthandel und vor allem im Interzonenhandel gesprochen und die Wirtschaft, die Politik und Öffentlichkeit aufgerufen, die auf diesem Gebiet für die deutsche Einheit und Wirtschaftseinheit liegenden großen Gefahren endlich zu erkennen und entsprechend zu handeln. Damit hat erstmals eine maßgebliche Persönlichkeit der westdeutschen Wirtschaftshierarchie an einem Tabu gerührt, das bis in die jüngste Zeit nicht angetastet wurde. Aber nicht allein diese Tatsache ist bemerkenswert. Über die Deutsche Presseagentur hat das SOS von Direktor Schulz auch Eingang in breite Kreise der westdeutschen Presse gefunden, was sicherlich vor Jahresfrist noch nicht der Fall gewesen wäre. Denn in der westdeutschen Öffentlichkeit hatten solche mutigen und von nationaler Verantwortung getragenen Stimmen all die Jahre über kein Gehör. In der westdeutschen Presse gaben die Nachbeter von Regierungsmeinungen den Ton in der Berichterstattung über den Interzonenhandel an. Allerdings war seit Frühjahr 1961 keine einheitliche Stimmungsmache gegenüber dem innerdeutschen Handel mehr festzustellen, denn damals schwenkten die amerikanischen Dienststellen im Hinblick auf das juristisch unklare Verhältnis zwischen Interzonenhandel und Berlinverkehr auf eine taktisch bedingte Position über, und auch gewisse westdeutsche Dienststellen gingen daher vorsichtig auf Gleichschritt-Kurs. Aber es war nur um der politischen Optik willen; denn an den Taten gemessen, war kaum eine Änderung gegenüber den jahrelangen Behinderungen und Hemmungen des Interzonenhandels festzustellen. Niemand sprach etwa — wie heute Direktor Schulz, der bereits in Sachen Osthandel seine nichtkonformistische Stimme hören ließ — von dem Grundproblem der deutschen Wirtschaftseinheit, zu deren Erhaltung der Interzonenhandel so maßgeblich beitragen konnte. Denn eine solche Linie war ja nicht gefragt bei den Mächten und auch nicht bei deren Werkzeugen in der westdeutschen Politik. Weil sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die publicity nicht mit diesem Fragenkomplex beschäftigte — oder beschäftigen sollte —, legte man sich auch keine Rechenschaft darüber ab. Breitseiten von Hetze wurden vielmehr über den Interzonenhandel und über die darin tätigen Firmen abgeschossen. Man fragte nicht danach, ob sie dadurch Schaden erleiden könnten. Im Gegenteil! Je mehr man ihnen das Interzonengeschäft vermieste, um so besser erschien dies der offiziellen Politik; denn es hieß ja, die DDR habe Nutzen aus dem Interzonenhandel, er sei ein Loch, durch das man den Ostblock und den Kommunismus stärke und dadurch selbstverständlich die „freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik" bzw. die „Freie Welt" schwäche.

Für den jetzigen Bundeskanzler war der Interzonenhandel — laut seinen Äußerungen in den USA im September 1960 — das „Alleruninteressanteste, was es für die westdeutsche Wirtschaft und Politik gibt"; was Wunder, daß gewisse Figuren in Führungsspitzen der westdeutschen Wirtschaft, wie BDI-Präsident Berg, noch weit unqualifiziertere Äußerungen über den Interzonenhandel machten und die Öffentlichkeit damit vernebelten. Aber auch bei der Treuhandstelle für Interzonenhandel oder bei der nicht weisungsgebundenen Arbeitsgemeinschaft für Interzonenhandel fehlte es an jener Verantwortung, die Öffentlichkeit in dem Sinne aufzurufen, wie Direktor Schulz in Hannover getan hat, was deshalb besonders bedauerlich ist, weil man an diesen Stellen die Probleme genau kannte. Diese Tatsache ist besonders dem Leiter der Ar-

beitsgemeinschaft, dem jetzigen AEG-Direktor Dr. Mathias Schmitt, anzukreiden, der bis zum Wahlsieg der CDU im Jahre 1953 in seiner Eigenschaft als damaliger Oberregierungsrat im BWM und als Vorsitzender des Gemischten Einfuhrausschusses sich sehr viele Firmen verpflichtet hatte, weil er mutig genug war, an führender Stelle in Ostberlin — bei Ostdeutschen und Sowjets — vorzusprechen und für eine Förderung des Interzonenhandels einerseits und auch für die Durchsetzung gewisser spezieller Firmengeschäfte zu kämpfen. Die absolute Mehrheit der CDU im Bundestag beendete dann die damalige Linie Dr. Schmitts und ließ ihn auf den Weg der offiziellen Politik einschwenken, gegenüber der jetzt DEMAG-Direktor Schulz seine warnende Attacke geritten hat.

Warum dieser Blick in vergangene Jahre? Weil die Aufrufe von Direktor Schulz zu spät kommen! Weil es heute keine Chance mehr für die deutsche Wirtschaftseinheit gibt! Weil von der Politik her jahrelang Entscheidungen gesetzt worden sind, die man auch nicht mit Beschwörungen beseitigen kann, daß die anderen westlichen Länder künftig das Geschäft mit der DDR machen werden. Wer könnte ihnen oder etwa den ostberliner Außenhandelsstellen das übelnehmen? Wir haben ja unsere Landsleute wirtschaftlich im eigenen Saft schmoren lassen, das Interzonenabkommen gekündigt, die Widerrufsklausel bis zum heutigen Tage praktiziert, Zeter und Mordio geschrien, wenn unsere ostdeutschen Landsleute einmal den zeitweilig nur 100 Mill. DM betragenden Swing überzogen hatten, die Leipziger Messen sabotiert und ungezählte andere Maßnahmen getroffen, aus denen genau das Gegenteil herauszulesen war als das, was Direktor Schulz jetzt beschwörend der Öffentlichkeit vor Augen führte.

Mag auch der Interzonenhandel in gewissen Sparten noch Chancen haben — oder mag er im Zuge der immer näher de facto und de jure an uns herantretenden, auch von unseren Verbündeten gern gesehenen Zweistaatlichkeit sogar zum Außenhandel werden — für die Erhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit ist es zu spät. Direktor Schulz aber gebührt Dank, daß er an Tabus gerührt und der politischen Heuchelei einen Keulenschlag versetzt hat.

Dr. Emil Hoffmann

Die Tragödie von Hispaniola

In den letzten Maitagen vollzog sich in Santo Domingo das Ende des Dramas der amerikanischen Invasion: Truppen der dominikanischen Militärjunta jagten die Kämpfer der fortschrittlichen Revolution an die amerikanischen Linien, wo sie entweder niedergeschossen oder entwaffnet wurden. Sieben Tage lang hatte sich der Juntavorsitzende General Imbert der Aufforderung der UN, einen Waffenstillstand zu gewähren, widersetzt. In diesen Tagen hatten Juntatruppen mit passiver und oft auch aktiver Hilfe der Amerikaner das von den Aufständischen besetzte Stadtzentrum unter Dauerangriff gehalten. Mehr als 5000 Zivilisten sind tot. Am 20. Mai strahlte das kanadische Fernsehnetz (kanadische Journalisten hatten sich unter Lebensgefahr in das Kampfgebiet gewagt) herzzerreißende Szenen aus: Ein kleiner fünfjähriger Junge, von Maschinengewehrkugeln zerfetzt, tot in seiner Badewanne. Die Mutter steht fassungslos vor der Leiche ihres Sohnes. Hunderte von Leichen liegen in den Hauptstraßen herum; niemand kann sie bergen, denn die amerikanischen Marinetruppen bestreichen die Straßen mit Dauerfeuer und lassen niemanden durch, auch nicht das Rote Kreuz. Zwei junge Menschen, die versuchen, ein kleines Mädchen aus dem Feuerhagel zu ziehen, werden niedergeschossen.

Wie kam es zu der Tragödie? Mehr als dreißig Jahre lang hatte das Volk die faschistische Diktatur Rafael Trujillos erduldet. Trujillo hatte als junger Mann in der US-Marinetruppe gedient und war dort in Militärtaktik ausgebildet worden. Im Jahre 1930 — damals amtierte Herbert Hoover in Washington — organisierte er einen Militärputsch und machte sich zum Landespräsidenten. Während seiner Amtszeit stieg der amerikanische Besitzanteil an der dominikanischen Wirtschaft von 21 % auf 77 %. Das Vermögen des Präsidenten wuchs von Null auf etwa siebenhundert Millionen Dollar. Das Volk verarmte. Trujillos Terrorregime wurde am Ende sogar den Amerikanern, die es organisiert und unterstützt hatten, unangenehm. Präsident Eisenhower brach die diplomatischen Beziehungen zu Trujillo ab; kurze Zeit danach wurde der Diktator von einem jungen Offizier namens Imbert erschossen — derselbe General Imbert, den die Amerikaner vor wenigen Wochen als Chef der neuen Militärjunta einsetzten.

Nach dem Tode Trujillos hoffte das Volk von Dominica auf bessere Zeiten. Ein paar Monate lang erfreute sich das Land seiner Freiheit und wählte Juan Bosch zum Präsidenten, einen Mann der Mitte, der versuchte, Ordnung in die Regierungsgeschäfte zu bringen. Zunächst arbeitete Washington mit Bosch zusammen. Aber als der neugewählte Präsident versuchte, eine Agrarreform durchzuführen, wurde er zur „persona non grata" in Washington. Amerikanische Interessen kontrollieren die Riesenfirma „United Fruit Corporation", die beinahe die Hälfte des dominikanischen Ackerlandes besitzt und mehr als 80 % der Bananen- und Orangenernte verarbeitet. „United Fruit" ist wohl die von allen Großfirmen am straffsten organisierte Gruppe, deren Hand in allen zentralamerikanischen Regierungen zu fühlen ist. Bosch wurde von einem Militärputsch aus seinem Amt gejagt und mußte fliehen. Nach weniger als 8 Monaten Freiheit hatte Santo Domingo wieder eine rechtsradikale Regierung.

Nur kurze Zeit war das dominikanische Volk frei gewesen; aber lange genug, um die so schwer erkämpfte Freiheit schätzen zu lernen. Mitarbeiter des gestürzten Präsidenten begannen einen Aufstand zu organisieren. Diese fortschrittlichen Gruppen erhielten Waffen aus Venezuela, Frankreich und verschiedenen kleineren Ländern. Die meisten Mitglieder der Reformgruppe waren bürgerlich-liberale Menschen. Verständlicherweise waren auch ein paar Sozialisten dabei, denn die Ziele der Reformbewegung (Agrarreform, weitgehende Verbesserungen der rudimentären Sozialfürsorge und Hebung des Erziehungsniveaus) deckten sich in vielen Punkten mit den Zielen der Sozialisten. Doch ist es unrichtig, zu glauben, daß der Aufstand von kubanischen Sozialisten organisiert wurde. Diese Behauptung diente Washington als Vorwand für die Intervention.

Als die Aufständischen vor sechs Wochen eine neue Regierung formten und die Militärjunta verjagten, waren mehr als 80 % aller Dominikaner auf ihrer Seite. Zwei Tage lang schien es, als ob sich der Traum einer freien und de facto unabhängigen Dominikanischen Republik verwirklichen könnte; dann schlug Washington zu. Zunächst einmal landeten zweitausend Marinetruppen. Der unmittelbare Grund: Evakuation amerikanischer Bürger, die von der „kommunistischen" Revolution bedroht seien. Aber Truppen der Aufständischen umzingelten die Stellungen der zweitausend Marinesoldaten. Eine Welle des Antiamerikanismus ging durch das Land und erfaßte ganz Lateinamerika. Das Pentagon erkannte: Wir kommen mit 2000 Marinesoldaten nicht aus. Präsident Johnson verkündete eine neue Doktrin, von den Journalisten „Johnsondoktrin" genannt: „Amerikanische Truppen werden überall in der westlichen Halbkugel einmarschieren, wo sich sozialistische oder kommunistische Regierungen bilden könnten. Amerika duldet keinen zweiten sozia-

listischen Staat in Nord- oder Südamerika."

Gleichzeitig sandte das Pentagon mehr als 15 000 Marinesoldaten nach der unglücklichen Insel. Die Regierung Johnson setzte eine neue Militärjunta unter General Imbert ein. Diese Truppen benutzten amerikanische Waffen und wurden von amerikanischen Flugzeugen geschützt. Die Marinetruppen selbst bewachten den westlichen Teil der Stadt Santo Domingo, der rasch zur „internationalen Zone" erklärt wurde. Die Aufständischen waren dieser Gegnerschaft nicht gewachsen. So wurde der vom Volkswillen getragene bürgerlich-liberale Aufstand auf Santo Domingo abgedrosselt. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die Republik wieder eine von amerikanischen Bajonetten gestützte Militärregierung haben. Vielleicht wird Washington einen etwas liberaleren Mann als den verhaßten General Imbert finden; man denkt gegenwärtig an Guzman, einen ehemaligen Mitarbeiter Präsident Boschs, den Bosch allerdings wegen seiner rückschrittlichen Sozialideen entlassen hatte.

Die Johnsondoktrin geht weit über die Monroedoktrin hinaus. Sie bedeutet: Amerikanische Truppen nehmen sich das Recht der offenen Militärintervention, wann immer eine dem Pentagon unerwünschte Regierung an die Macht kommt. Daß solche Regierungen vom Volkswillen getragen werden, macht keinen Unterschied: „Sozialistische" oder „kommunistische" Regierungen sind verpönt und stehen auf der schwarzen Liste der Johnsondoktrin. Als „kommunistisch" betrachtet die Regierung Johnson anscheinend jeden Versuch der Agrarreform, jede Gesetzgebung, die die Kontrolle der Wirtschaft der einzelnen lateinamerikanischen Länder in die Hände des eigenen Volkes zurückführen will. Die Johnsondoktrin bedeutet daher eine Verewigung des politischen und wirtschaftlichen status quo der westlichen Halbkugel, die jeden Versuch der Reform abdrosselt. Für den Augenblick kann Washington die Doktrin durch Anwendung militärischer Gewalt durchsetzen. Auf lange Sicht jedoch wird die dialektische Reaktion nicht ausbleiben: Die Analogie ist leicht erkenntlich: Das römische Weltreich, das ein Jahrhundert lang versuchte, die Ausbreitung der christlichen Religion mit Gewalt aufzuhalten. Für ein paar Jahrzehnte war die römische Unterdrückung erfolgreich. Aber eines Tages kam die Explosion.

Die Johnsondoktrin hat bei den meisten Verbündeten Amerikas Befremden, wenn nicht Entsetzen ausgelöst. Doch die Weltmeinung hat Johnson von seinen Aktionen nicht abhalten können. Lyndon Johnson lehnt überhaupt jede Art der Kritik ab; er geht so weit, daß er leitende Staatsleute befreundeter Länder, die in Washington eingeladen sind, offen brüskiert, wenn sie wagen, seine Politik zu kritisieren. So wurde Indiens Ministerpräsident Shastri nach erfolgter Einladung wieder ausgeladen. An den Präsidenten Pakistans, Ayub Khan, wurde eine unfreundlich ablehnende diplomatische Note gesandt. Kanadas Ministerpräsident Pearson mußte sich einen Wutausbruch des Präsidenten anhören, als er versuchte, während eines Besuchs in Camp David mildernd auf Johnsons Politik einzuwirken.

Washingtons neue Panzerkreuzerpolitik hat aber auch in den Vereinigten Staaten selbst Kritik ausgelöst. Die einflußreiche „New York Times" schreibt: „Johnsons Politik gehört nicht in das 20. Jahrhundert. Es ist die Politik von 1898, die uns im Spanisch-amerikanischen Krieg landete." Die „St. Louis Post" ist eine andere einflußreiche Zeitung, die sich dem Sturm der an Johnson geübten Kritik anschloß. Hunderte von Menschen demonstrierten gegen die Kriegspolitik des Pentagon auf den Straßen New Yorks und vor dem Weißen Haus in Washington. Johnsons Politik fand ein günstiges Echo bei seinem ehemaligen Gegner Barry Goldwater, der feststellte: „Gewiß, es handelt sich hier um ‚gun bost Diplomaty';

aber eine solche Politik der Stärke ist richtig." Die einflußreiche deutschsprachige Zeitung „Montrealer Nachrichten" prägte den Ausdruck „Präsident Johnwater".

Das Ende des Umschwungs der amerikanischen Politik (sie hat sich seit den Tagen John F. Kennedys um 180 Grad gedreht!) ist noch nicht in Sicht. Es zeigen sich bereits einige Folgeerscheinungen: Stärkung der Rechtsradikalen in Mittel- und Südamerika; Schwächung der fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas; eine beginnende Verelendung der südamerikanischen Völker.

Johnson hat seine politischen Ansichten einige Male geändert. Ursprünglich war er Parteigänger des fortschrittlichen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Dann wurde er zum Mitarbeiter der südlichen Reaktion. Während des Wahlkampfes galt er als Verfechter der bürgerlichen Gleichheit aller Amerikaner. Heute ist er Vorkämpfer einer veralteten Kolonialpolitik. Was wird er morgen sein?

Peter Lust, Montreal

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Entspannung in Gefahr

I

Die nicht endenwollenden „Hofberichte" unserer Presse anläßlich des Besuches der britischen Königin in der Bundesrepublik Ende Mai — schon jetzt muß man besorgt fragen: wann wird die gegenwärtige England-Euphorie in „bittere Enttäuschung" über das dann doch wieder „perfide Albion" umschlagen? — haben die Aufmerksamkeit der Bevölkerung hierzulande derartig einseitig auf dies an sich erfreuliche Ereignis gelenkt, daß darüber andere, politisch gewiß noch gewichtigere Geschehnisse allzu sehr im Hintergrund geblieben sind. Unverkennbar nämlich hat sich gerade in diesen Wochen die weltpolitische Lage zumindest atmosphärisch um einiges verschlechtert. Und nicht nur das, sondern eine weitere Verschlechterung zeichnet sich bereits ab. Man wird zwar nicht sagen können, die weltpolitische Entspannung selbst sei tot. Aber gefährdet ist sie zweifellos, und eine gewisse Rückläufigkeit gerade in den für sie noch immer entscheidenden Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion läßt sich nicht leugnen.

Die Frage nach den entscheidenden Ursachen einer solchen zumindest besorgniserregenden Entwicklung ist um so wichtiger, als die unbestreitbare Tatsache einer Verschlechterung des „Klimas" zwischen Washington und Moskau von den Befürwortern eines harten außen- und militärpolitischen Kurses in Bonn, das heißt von allen Gegnern der Entspannungspolitik, als Beweis für die Richtigkeit ihrer Konzeption, ihres Argwohns angeführt wird und das Festhalten an bestimmten militärpolitischen Postulaten der Bundesregierung rechtfertigen soll. Man wird den Eindruck nicht los, daß diese Kreise eine neue krisenhafte Entwicklung in der Weltpolitik nicht ganz ungern sehen — eben weil, wie sie in letzter Zeit wiederholt erfahren mußten, nur bei einer solchen ihr fragwürdiger militärpolitischer Weizen blühen kann . . .

Die oben erwähnte Rückläufigkeit in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau ist nun aber nicht auf eine Wiederaufnahme der wirklichen oder vermeintlichen „Aggressionspolitik" der Sowjets zurückzuführen [1]), sondern — wie in einsichtigen und aufrichtig besorgten Kreisen des Westens durchaus zugegeben wird — auf das massive militärische Engagement der USA in Vietnam, das in den letzten Monaten die Grenzen des ursprünglichen „Schutzbereiches" der Amerikaner überschritten hat und dessen Zielsetzung und Konsequenzen noch gar nicht ganz abzusehen sind. Es fehlt in den USA nicht an durchaus ernst zu nehmenden Berichten über die angeblichen Absichten bestimmter Kreise, vor allem im Pentagon, die die systematischen Bombardements in Nordvietnam als ersten Schritt zu einer machtpolitischen Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China betrachten sollen. Wie immer es um den Einfluß dieser Kreise stehen mag: Schon jetzt läßt sich sagen, daß sich die Vereinigten Staaten in Südostasien in ein heilloses und unter Umständen lebensgefährliches militärisches Abenteuer verstrickt haben, aus dem einen sinnvollen Ausweg zu finden immer schwerer wird, weil die Entwicklung nun mehr und mehr einer fatalen Eigengesetzlichkeit zu unterliegen droht [2]).

Faktisch führen die USA heute — im Namen der „Freiheit" — einen Ausrottungsfeldzug gegen das vietnamesische Volk, soweit es hinter der nationalen Befreiungsbewegung gegen das Saigoner Regime steht — und das ist, wie sich gerade jetzt, angesichts des amerikanischen Machteinsatzes, unmißverständlich zeigt, die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Südvietnams. Und dieser Krieg bedeutet je länger desto mehr auch eine, gewiß ungewollte, Herausforderung der Sowjetunion. Denn in demselben Maße, in dem Washington das militärische Engagement verstärkt, den Einsatzbereich seiner Machtmittel ausdehnt, in dem Wahne, so das Blatt doch noch wenden und eine militärische Entscheidung zu seinen Gunsten herbeiführen zu können, in eben diesem Maße ruft es mit den Chinesen auch die Russen auf den Plan. Denn es bleibt der Sowjetunion gar nichts anderes übrig, als in Wort und Tat ihre Solidarität zumindest mit Nordvietnam so eindeutig zu demonstrieren, daß sie in Asien und Afrika, in den Entwicklungsländern, nicht das Gesicht verliert und damit das Terrain endgültig den Chinesen überlassen muß. Je brutaler und offensiver die Amerikaner in Vietnam auftreten, desto mehr zwingen sie Moskau und Peking in eine gemeinsame „antiimperalistische" Front — mit allen weltpolitischen Folgen einer derartigen Konfrontation!

Es ist zu dieser Belastung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen jetzt eine weitere hinzugekommen: die amerikanische militärische Intervention in der Dominikanischen Republik, die zwangsläufig zu heftigen Auseinandersetzungen in der UNO geführt hat, bei denen die USA denkbar schlecht abgeschnitten haben. Das Eingreifen Washingtons in Santo Domingo richtete sich gegen die

---

1) Der Osteuropa-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Dr. Viktor Meier, berichtete kürzlich im Rahmen einer umfassenden und sehr differenzierten Darstellung der Verhältnisse in der Nach-Chrustschowschen Sowjetunion: „Während bis etwa 1963 Zweifel bestehen mochten, so ist es heute jedem in der Sowjetunion klar, was die Folgen eines Atomkrieges sein würden. Das Wort Frieden ist allgegenwärtig; es ist heute nahezu unmöglich, in Rußland ein Glas Wodka oder ‚Schampanskoje' zu trinken, ohnen einen Toast auf den Weltfrieden anzubringen. Dieser Friedenswille ist nicht taktisch bedingt, sondern echt und hat nichts mit den verschiedenen kommunistisch inspirierten Friedensbewegungen zu tun, die in den fünfziger Jahren ihr Unwesen trieben." (NZZ v. 23. 5. 65)

2) Der frühere amerikanische Botschafter in Südvietnam, Henry Cabot Lodge, erklärte am 30. Mai in einem Radio-Interview, er halte es für unwahrscheinlich, daß der Vietnam-Krieg durch Verhandlungen beendet würde. „Verhandlung ist ein westlicher Begriff, der in Europa anwendbar ist. Ich glaube aber nicht, daß er für diese Art von Auseinandersetzung gilt." Eine Beendigung des Krieges sei nur durch militärische und psychologische Erschöpfung der Gegenseite, also des Vietcong, denkbar. (Neue Zürcher Zeitung v. 1. VI. 65)

mißverständlicherweise als „Rebellen" bezeichneten Anhänger des ersten und einzigen seit vierzig Jahren frei gewählten Präsidenten dieses Landes, des auch als Schriftsteller weit über seine Heimat hinaus angesehenen liberalen Reformpolitikers Juan Bosch, der nach kurzer Regierungszeit am 23. September 1963 von einer Militärjunta gestürzt worden war. Der Versuch der ihn unterstützenden Kreise, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen und Bosch wieder in sein Amt einzusetzen, stand unmittelbar vor dem Erfolg — als Präsident Johnson intervenierte. Weit übertriebene oder gar frei erfundene Berichte über den angeblichen Anteil der Kommunisten an der Bewegung gegen die Militärs dienten als Vorwand für die Entsendung amerikanischer Marinefüsiliere auf die Insel. In einem alles andere als antikolonialistischen Blatte wie den Basler Nachrichten wurde diese Intervention am 22./23. Mai als ein von Anfang an „ebenso brutaler wie primitiver Akt" bezeichnet. Und Salvador de Madariaga, der als kämpferischer Antikommunist bekannte spanische Liberale, schrieb in einem am 6. Mai von der New York Times veröffentlichten Leserbrief unter anderem:

> „Die Hauptnotwendigkeit unserer Zeit ist die Erhaltung der moralischen Autorität der Vereinigten Staaten. Sie ist heute ernsthaft in Frage gestellt . . . Die Behauptung, Juan Bosch sei Kommunist, ist lächerlich. Das Argument, er könne zu einer Brücke zum Kommunismus werden, könnte sich nur zu rasch bewahrheiten, wenn die Vereinigten Staaten sich in einer Weise benehmen, die hastige Leute zu der Annahme verleiten könnte, es gebe keinen anderen Ausweg aus der Diktatur der amerikanischen ‚Marines'. Die Folgen dieser bedauernswerten Haltung könnten für den Ausgang des Kalten Krieges so verheerend sein, daß man zögert, sie darzustellen. Es genügt vielleicht, zu sagen, daß, wenn Macht und nicht die öffentliche Meinung zum Maßstab der Großen wird, mehr als ein ‚Großer' dieses Spiel spielen kann. Es gibt nur einen Ausweg zur Rettung der moralischen Autorität der Vereinigten Staaten: die Wiedereinsetzung von Präsident Bosch und die Wiedereinschiffung der ‚Marines'."

Die amerikanische Regierung tat ein übriges, sich in ein schlechtes Licht zu setzen: zu einem Zeitpunkt, als die Presse und vor allem das Fernsehen der Vereinigten Staaten längst authentisch über das Eingreifen der Marinefüsiliere in den Bürgerkrieg zugunsten der Generals-Junta berichteten — übrigens ein bemerkenswertes aktuelles Beispiel für die Bedeutung einer freien Presse und eines freien Fernsehens! —, hielt sie immer noch an der Version fest, die Interventions-Armee (bereits am 15. Mai war in einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung aus Santo Domingo von 32 000 Mann die Rede!) verhalte sich in den bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen neutral.

Die Konstellation in der Dominikanischen Republik ist in mancher Hinsicht der in Südvietnam ähnlich: hier wie dort stützt Washington unter Aufbietung erheblicher militärischer Machtmittel ausgesprochen verhaßte Regimes gegen die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerung. Der nach Santo Domingo entsandte Berichterstatter der NZZ spricht von dem

> „für diesen Subkontinent keineswegs alltäglichen Phänomen einer echten sozialen Revolution, die von einer großen Mehrheit des Volkes getragen wird." (20. V. 65)

Und er betont:

> „Nicht bewiesen ist die These Washingtons, daß die Revolution unter kommunistische Kontrolle geraten war und daß deshalb die militärische Intervention notwendig wurde." (15. V. 65)

Man kann angesichts dieser Tatsachen nicht umhin, festzustellen, daß die amerikanische Politik in der Dominikanischen Republik ebenso wie in Südvietnam von einer konstruktiven Lösung der jeweiligen inneren Probleme dieser Länder weit entfernt ist und das vielberufene Prinzip der nationalen Selbstbestimmung

entschieden verleugnet; und daß Washington damit seine eigenen Selbstbestimmungs-Postulate zwangsläufig abwertet, müssen diese doch einmal mehr in den Verdacht geraten, bloße Ideologie, zum Zwecke antikommunistischer Propaganda, zu sein. (Ebenso unglaubwürdig werden aber auch, wissentlich oder unwissentlich, alle diejenigen Politiker und Publizisten in der Bundesrepublik, die eine ausdrückliche Unterstützung der amerikanischen Vietnam-Politik für vereinbar halten mit der Forderung nach „Selbstbestimmung für alle Deutschen" — und zum Kreis derer, die sich demonstrativ mit dem militärischen Engagement der USA in Südostasien identifiziert haben, gehört nicht zuletzt die heutige Führungsspitze der SPD!) Von der beträchtlichen moralischen Dynamik, die die amerikanische Außenpolitik während der Präsidentschaft Kennedys nicht selten ausgezeichnet hat, ist jedenfalls unter der Führung Johnsons nicht viel übrig geblieben.

II

Von den moralischen Hypotheken abgesehen: „Vietnam" und „Santo Domingo" haben entscheidend beigetragen zu jener bedenklichen Wiederverschlechterung des weltpolitischen Klimas, von der eingangs gesprochen worden ist und auf die sich heute in der Bundesrepublik die Befürworter der „Politik der Stärke" berufen, wenn sie abermals die atomare Mitsprache Bonns innerhalb der NATO fordern. Offensichtlich erhoffen sie sich von einer Zunahme der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion eine Begünstigung ihrer militärpolitischen Ambitionen. Entsprechend groß ist ihre Besorgnis angesichts schon der geringsten Anzeichen für eine gewisse Reduzierung der amerikanischen oder britischen Streitkräfte in Europa. Gerüchte über westliche Entspannungspläne dieser Art haben noch immer prompte Bonner „Warnungen" zur Folge. So hat jetzt Verteidigungsminister v. Hassel vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU einmal mehr vor einem Disengagement an der Zonengrenze „gewarnt" und es einen „Selbstbetrug" genannt. S e i n e — und leider ist es nicht nur seine! — Formel für die Deutschland- und Aufrüstungs-Politik: „Erst muß Deutschlands Spaltung beseitigt sein, dann kann abgerüstet werden."

Dieses unzweideutige „Nein" v. Hassels zur Abrüstung ist, das darf nicht übersehen werden, sozusagen ein o f f e n s i v e s „Nein", schließt es doch die Forderung nach einer weiteren A u f r ü s t u n g der Bundesrepublik ein. In demselben Sinne hat sich am letzten Mai-Wochenende auf dem Parteitag der Exil-CDU in Saarbrücken Bundesminister Dr. Heinrich Krone geäußert, der als Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates in letzter Zeit mehrfach in den Vordergrund getreten ist, unter anderem bei der internen Beratung der Notstandsgesetze: „Was kann das ‚steinerne Herz' der Kremlherren bewegen? Kein neuer Plan, keine kleineren und mittleren Schritte, von denen soviel gesprochen wird." (Unsere Aufrüstung etwa?) Das sind genau d i e Formeln, die nun bereits anderthalb Jahrzehnte die Bonner Politik bestimmen, nicht zur Beseitigung oder auch nur Milderung, sondern im Gegenteil zu einer verhängnisvollen Vertiefung der Spaltung Deutschlands geführt haben und mit deren Verabsolutierung wir uns heute im Westen mehr und mehr isolieren.

Die Stärke derjenigen politischen Kreise in Bonn, die an der militärpolitischen Intransigenz um jeden Preis festhalten, sollte nicht unterschätzt werden. Ihr nach wie vor erheblicher Einfluß entwertet zwar nicht die beschränkten, doch durchaus sinnvollen ostpolitischen Initiativen des Bundesaußenministers, denen jetzt ausgedehnte Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien und auch die Anbahnung gewisser politischer Kontakte zu Bukarest zu danken ist. Aber er blockiert nach wie vor eine wirklich konsequente Entspannungspolitik, schafft in den entschei-

denden außenpolitischen Fragen vorläufig immer wieder ein ausschlaggebendes Gegengewicht. Das sollte bei aller Würdigung des relativen Pragmatismus der Schröderschen Politik nicht ignoriert werden.

Die Hoffnung freilich, die NATO werde über die Wahrnehmung reiner Schutzfunktionen hinaus „eines Tages" auch als machtpolitisches Druckmittel für eine dynamische deutsche Wiedervereinigungspolitik dienen können, ist heute realitätsferner denn je. Ganz offensichtlich befindet sich die NATO ganz allgemein in einer schleichenden, soweit es die Position Frankreichs innerhalb des Bündnisses betrifft, schon in einer offenen Strukturkrise. Ihre Desintegration hat in der letzten Zeit jedenfalls wesentlich größere Fortschritte gemacht als die vieldiskutierte Integration Westeuropas! Und wenn jetzt im Hinblick auf diese Entwicklung hierzulande vielerorts eine „selbständigere" Politik der Bundesrepublik innerhalb der NATO gefordert wird, so ist dieser Forderung grundsätzlich durchaus zuzustimmen. Größere außenpolitische „Selbständigkeit" als solche besagt allerdings noch nichts; entscheidend wird sein, in welchem Sinne sie verstanden wird. An dieser Frage werden sich fortan in der Bundesrepublik die Geister scheiden müssen: Selbständigkeit im Sinne eigener entspannungspolitischer Initiativen, die mittelbar auch die Spaltung Deutschlands mildern und Voraussetzungen für eine deutsche „Wieder a n n ä h e r u n g" schaffen — da an eine Wieder v e r e i n i g u n g vorerst nicht zu denken ist —, oder: Selbständigkeit im Sinne eines emotionalen und militanten Trotz-Nationalismus, der sehr bald zu einer völligen politischen und moralischen Isolierung der Bundesrepublik führen würde und damit eine Politik der Selbstisolierung wäre?

III

Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung, die in den vergangenen Wochen im Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik stand, muß im Zusammenhang mit den eben erwähnten außen- und vor allem militärpolitischen Grundentscheidungen gesehen werden. Die schon erwähnte maßgebliche Rolle von Minister Krone bei den jüngsten internen Notstands-Beratungen in Bonn wie auch die —erstmalige — Teilnahme des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Trettner, an ihnen lassen diesen Zusammenhang besonders klar erkennen. Die Notstandsgesetze sind ein Teil der militärpolitischen Konzeption der heutigen Bundesregierung, der innenpolitische Teil dieser Konzeption.

Über die jüngste Entwicklung in der Notstands-Frage wird an anderer Stelle des Heftes ausführlich gehandelt. (Vgl. den Aufsatz von Hans Heinz Holz.) Hier soll nur auf einen staatspolitisch besonders bedeutungsvollen Aspekt dieser Entwicklung hingewiesen werden.

Daß es überhaupt noch zu einer gewissen öffentlichen Erörterung der neuesten Vorlagen und Kompromißvorschläge der Bundesregierung kam, ist allein der — bereits im vorigen Heft der „Blätter" eingehend dokumentierten und gewürdigten — Initiative außerparlamentarischer Kreise, insbesondere dem Auftreten von Professoren, Studenten und Gewerkschaftlern zu danken. Ohne diese Aktionen wäre es in den letzten Wochen zu einer Einigung zwischen der Bundesregierung, d. h. den beiden Regierungsparteien und — n i c h t „der SPD", ja n i c h t e i n m a l „der SPD-Bundestagsfraktion", sondern der Bonner SPD-S p i t z e gekommen; und zwar zu einem fait accompli, das heißt zu einer Entscheidung über die Notstandsgesetzgebung o h n e eine auch nur relativ gründliche ö f f e n t l i c h e Diskussion der letzten Entwürfe.

Das ist ein Vorgang von außerordentlicher und zwar grundsätzlicher Bedeutung. Um so mehr, als man bereits von einer fatalen „Duplizität der Fälle" spre-

chen muß. (Anders gesagt: von einer „Duplizität der Komplicenschaft"!) Die „Absprachen" zwischen den Fraktionsvorsitzenden der beiden großen Parteien, Barzel und Erler, vor der Entscheidung des Parlaments über die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen sind das andere Beispiel solcher — wie die Neue Zürcher Zeitung anläßlich der Notstandsberatungen am 31. Mai schrieb — „interfraktionellen Geheimdiplomatie". Jene Machinationen der Fraktionsspitzen ließen die vorangegangene bewegte und bewegende Bundestagsdebatte über die Verjährungsfrage zu einer Farce und damit das Parlament selbst unglaubwürdig werden. In der Notstandsfrage hat sich nun diese Abwertung des Bundestages, die eine Selbstabwertung unserer Volksvertretung ist, wiederholt. Die Sachdiskussionen und Entscheidungen werden mehr und mehr aus dem Parlaments-Plenum in nichtöffentliche Ausschuß-Sitzungen verlegt, ja in immer stärkerem Maße internen Zusammenkünften der maßgeblichen Parlamentarier überantwortet.

Damit aber wird faktisch die Funktionsfähigkeit unseres parlamentarischen Systems in Frage gestellt. Und eine solche defacto-Ausschaltung des Bundestages kann schnell genug zu einer Wiederbelebung traditioneller antiparlamentarischer Tendenzen in neuem Gewande führen. Der besorgniserregende Tatbestand, von dem hier die Rede ist, läßt sich kaum treffender charakterisieren als mit den Worten Sebastian Haffners in Nr. 23/65 des STERN. Haffner erinnert an die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland im Jahre vor der „Machtergreifung" Hitlers und schreibt dann über die heutige Situation:

> „Eine kleine Handvoll Männer (übrigens wie ihre Vorgänger von 1932 ziemlich mediokre Männer) entscheiden nach rein partei- und personalpolitischen Gesichtspunkten unter Ausschluß der Öffentlichkeit so ganz nebenbei das Schicksal Deutschlands. Der Bundesbürger ist wieder reines Objekt geworden, mit dem verfahren wird, wie Börsenmakler mit einem Aktienpaket verfahren."

Angesichts dieses Trends sind gegenläufige Initiativen, wie jetzt in der Notstandsfrage, von größter Bedeutung. Es gibt keine Demokratie ohne öffentliche Diskussion und ohne öffentliche Kontrolle der Regierungspolitik.

Wenden wir zum Schluß unseren Blick noch einmal nach den USA, von deren höchst fragwürdiger Vietnam-Politik eingangs die Rede war. Auch die amerikanische Regierung hat in letzter Zeit mehr und mehr eine „Politik ohne Diskussion" gemacht. Die Bedenken gegenüber ihrem Vorgehen in Vietnam und ihrer militärischen Intervention in Santo Domingo sind in den Vereinigten Staaten selbst nicht gering. Lange Zeit glaubte man in Washington, über solche Bedenken diskussionslos hinweggehen zu können. In den letzten Wochen aber ist es nun, weit hinaus über alle bis dahin vorgebrachten Besorgnisse, zu einer akademischen Protestbewegung gegen die Regierungspolitik in Vietnam (und neuerdings auch Santo Domingo) gekommen. Diese Bewegung ist so stark geworden, daß es der Regierung nun nicht mehr möglich ist, über sie hinweg einfach zur außenpolitischen Tagesordnung überzugehen. Das heißt: die Regierung muß sich der öffentlichen Diskussion stellen. In zahlreichen Städten des Landes wurde mit größter Eindringlichkeit und Ausführlichkeit über ihren Kurs debattiert. Die eindrucksvollste dieser sog. Teach-in-Diskussionen fand am 15. Mai in Washington statt. Der Korrespondent der Frankfurter Rundschau schrieb, die Bewegung habe sich innerhalb weniger Wochen zu einem „intellektuellen Machtinstrument" entwickelt, „das die Regierung zwang, ihr größte Aufmerksamkeit zu schenken." (2. V. 65) Und in der Züricher WELTWOCHE hieß es in einem Bericht aus Washington u. a.:

> „Normalerweise vertraut die amerikanische Öffentlichkeit in solchen Situationen (Vietnam etc. AvB) ihrer Regierung; sie ist geneigt, den Fachleuten zu glauben, daß sie ihr Handwerk verstehen. Aber seit dem Fiasko der Invasion an der

> Schweinebucht im Jahre 1961 haben namentlich der Nachrichtenapparat und der Geheimdienst an Vertrauen verloren, und besonders die Gebildeten und unter ihnen vor allem die Akademiker versuchen nun, sich ihr eigenes Bild von der Weltpolitik zu machen; sie verlangen bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit. Sie beschuldigen die Regierungssprecher, statt Information Propaganda zu liefern." (21. V. 65)

„Ein bewundernswertes Beispiel besten demokratischen Denkens und Handelns" (Frankfurter Rundschau), entspricht diese Bewegung den wertvollsten Traditionen der USA. Die Erfahrungen, die w i r in den letzten Jahren gemacht haben, insbesondere in der SPIEGEL- und jetzt in der Notstands-Affäre, legen eine entsprechende Haltung, das heißt ein a k t i v e s k o n s t r u k t i v e s M i ß t r a u e n gegenüber der Politik u n s e r e r Regierung nur allzu nahe!

K l a u s E h r l e r , M. A.

Befreiung oder Niederlage?

Rückblick auf den 8. Mai 1965

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges haben sich wohlweislich davor gehütet, Deutschland mit einem durch vertragliche Fixierungen besiegelten pauschalen Kriegsschuldspruch die an sich unbezweifelbare Verantwortung für Ausbruch, Führung und Dauer dieses bisher schlimmsten und opferreichsten aller Kriege für ewig sichtbar zuzuschreiben und als unverlierbares Schuldzeichen aufzuprägen. Das Beispiel des Kriegsschuld-Traumas, das nach Abschluß des Versailler Vertrags die Weimarer Republik belastete und der Hitlerschen Demagogie beim Hinzutreten wirtschaftlicher Krisensituationen Tor und Tür öffnete, hat entscheidend dazu beigetragen, psychologische Rücksicht gegenüber Deutschland und den Deutschen walten zu lassen. Die Alliierten meinten offensichtlich, eine schnelle Rückführung der Deutschen in den Kreis der zivilen und zivilisierten Völker sei der beste Weg der Normalisierung, der durch Erzeugung eines Dauer-Schuldkomplexes — sei er freiwillig oder gezwungenermaßen hingenommen — nur blockiert werden könnte. Hilfe — nicht Strafe war darum die Devise der Sieger. Die Demontage der Rüstungsbetriebe kann darum ebenso wie das Programm der „reeducation" (Umerziehung zu Demokratie und Friedfertigkeit) als Hilfe zur Ermöglichung einer Chance des Neubeginns für alle Deutschen verstanden werden. In diesem Sinne wurden die gemeinsamen Beschlüsse von Yalta und Potsdam (1945) gefaßt; in diesem Sinne identifizierten die Sieger das deutsche Volk nicht mit dem Nationalsozialismus, in diesem Sinne hätte Deutschland auf anständige Weise sein Gesicht wiederfinden können.

Das hätte gewiß einige Anstrengung, gutes moralisches Empfinden und politische Klugheit verlangt. Es hätte der Erkenntnis bedurft, daß dieser Zweite Weltkrieg für die Deutschen kein „normaler" Nationalkrieg war, der den Bürgern und Soldaten die moralische Identifikation mit ihrem Vaterland bzw. dessen Führern gestattet hätte — zumindest als nachträgliche Erkenntnis. Die These, daß das Deutsche Reich im Zuge der Remilitarisierung vor 1939 „das erste besetzte Gebiet Europas" gewesen sei, hätte dann zu der Auffassung führen können, daß die Alliierten nicht als Feinde des deutschen Volkes, sondern als seine Befreier von einem Joch gekommen sind, unter dem es wie die Völker der anderen von der

Wehrmacht okkupierten Länder zu leiden hatte. Kurz: das deutsche Volk hätte nach 1945 die Niederlage seiner Verderber gewinnen können. Entschiedene Parteinahme für Friedenspolitik und konsequente innere Demokratisierung hätten der Kapitulation der unter dem Hakenkreuz angetretenen Streitmacht auch inhaltlich den vollen Sinn einer Befreiung gegeben.

Die Reihe der politischen Konjunktive braucht nicht fortgesetzt zu werden. Es ist offensichtlich, daß der Indikativ, die Wirklichkeit unserer Gegenwart, ganz andere Bilder zeigt. Wir haben zwar keine akuten äußeren Attribute einer Niederlage zu „verkraften", aber in der von Jahr zu Jahr nationalistischer werdenden Grundstimmung des öffentlichen Bewußtseins wird der 8. Mai 1945 nicht als Ende einer Katastrophe, sondern selbst als die Katastrophe empfunden. Damit rückt die Bewertung des 8. Mai als Niederlage immer zwangsläufiger in das Zentrum der individuellen und kollektiven Urteilsbildung, und die Solidarisierung mit den Trägern des Hitler-Regimes gewinnt immer greifbarere Chancen. Das Scheitern der kurz- und mittelfristigen Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik und das Ausbleiben realer Chancen für eine institutionalisierte politische Annäherung der Staaten Europas hat das Unbehagen der Deutschen an ihrer politischen Gegenwartssituation so gesteigert, daß die „innere Emigration" weiter Volkskreise in die verklärte Vergangenheit des geeinten Deutschen Reiches von 1871—1945 zunehmen kann und die Beherzigung der Lehren von 1945 immer unwahrscheinlicher wird.

Was ist in dieser Situation noch von einem positiven historischen Selbstverständnis der Deutschen zu retten? Es spricht viel dafür, daß ein restaurativer Trend der Bewußtseinsformierung der bundesdeutschen Öffentlichkeit dahin geht, die Hitlerzeit als „Betriebsunfall" des deutschen Volkes zu interpretieren, den die verständnislosen Versailler Siegermächte und der etwas zu maßlose Kanzler und Führer verursacht hätten. „Außenpolitische Notwendigkeiten" und die strategische Lage Deutschlands hätten auch republikanische Regierungen in Berlin zu ähnlichen Entscheidungen gezwungen, nur wären diese dann vernünftiger und realistischer begründet und behutsamer ausgeführt worden. Die Berufung auf Bismarck und Stresemann würde solcher Konzeption von nur zeitweilig und oberflächlich unterbrochener Geschichtskontinuität zu dienen haben, kurz: das Einmalig-Entsetzliche des Dritten Reiches würde vom Furiosum zum Kuriosum verniedlicht und relativiert, bis davon nur eine kleine negative Nuance auf dem Bild der deutschen Geschichte übrigbliebe.

Dieser durchaus vorhandene Harmonisierungs- und Normalisierungsprozeß im Geschichtsverständnis weicht der Realität unserer Geschichte aus und bringt uns Schwierigkeiten und sogar Gefahren für die Bewältigung unserer Gegenwart. In dem Maße nämlich, in dem wir das Vergangene bagatellisieren, wird sich in der Rückbesinnung der vom deutschen Faschismus Betroffenen die alte Anti-Hitler-Koalition wieder formieren, aber diesmal nicht nur gegen Hitler und seinen Anhang, sondern auch gegen das Volk, das solche Verharmlosung und Nicht-Beherzigung des Geschehenen duldet oder mitmacht. Diese logische Verbundenheit von gegenwärtiger Politik und öffentlichem Geschichtsbewußtsein bietet heute die Chance, restaurativen Tendenzen wirksam entgegenzutreten. Es gilt, eindringlich darauf hinzuweisen, daß unser Verhältnis zur internationalen politischen Umwelt mehr und mehr belastet wird, wenn die Beschönigung unserer Vergangenheit weiter um sich greift.

Es wirkte wie eine schlecht verhüllte Projektion, daß unsere braven Durchschnittszeitungen die Militärparaden in Ost und West zum 8. Mai beklagten, die östlichen, weil sie angeblich an den Stil Hitlers erinnert hätten; die westlichen, weil sie Ausdruck überholten Nationalismus gewesen seien. Die eigenen nicht

überwundenen Fehler entdeckt man im allgemeinen zuerst bei anderen — das ist eine Grunderfahrung der Psychologie; offenbar gibt es fast keine Ausnahmen.

Bedenkt das Gros unserer Bundes-Politiker und -Publizisten denn gar nicht, daß auch die westlichen Alliierten sich eines Tages um die Früchte ihrer Großzügigkeit gegenüber uns Deutschen betrogen fühlen müssen? Auf die Unterlassung eines Kollektiv-Schuldspruchs über uns Deutsche, dessen Konzeption mit dem Morgenthau-Plan fallen gelassen wurde, beginnen wir mehr und mehr so zu reagieren, als ob es eigentlich eine Unverschämtheit seitens der West-Alliierten gewesen sei, zusammen mit den Bolschewisten den Zweiten Weltkrieg gegen uns zu führen. Der Verzicht auf den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages beginnt sich auch für die Westmächte negativ auszuwirken, weil die Bestimmung der deutschen Position wie die Bemessung deutscher Verpflichtung und Schuldigkeit von Jahr zu Jahr unklarer wird. Die Bedingung des Westens, Deutschland müsse erst wiedervereinigt sein, ehe es einen Friedensvertrag aushandeln und abschließen könne, ist ein Bumerang. Denn die Aufrechterhaltung des völkerrechtlichen Schwebezustandes der deutschen Friedensvertragsfrage gestattet es restaurativen deutschen Politikern und Führern von Pressure-Verbänden, maßlose Forderungen geltend zu machen und damit auch die Westalliierten in dauernde Verlegenheit zu bringen. Der Vorwurf der Nicht-Wiedervereinigung könnte eines nicht zu fernen Tages genau so als Waffe gegen alle Sieger gebraucht werden wie nach 1919 der Vorwurf der ungerechten Behandlung Deutschlands, deren Revision so lange — von Weimar bis Hitler — gefordert und betrieben wurde, bis ein neuer Krieg unvermeidlich war.

Es ist darum die Pflicht jedes guten Publizisten, die Verantwortungslosigkeit solcher psychologischer Kriegsführung, die sich letzten Endes gegen alle Glieder der alten Anti-Hitler-Koalition und nicht etwa nur gegen die Länder Osteuropas wendet, immer und immer wieder aufzuhellen und anzuklagen. Wenn die Frage der Wiedervereinigung — wie man ja auch in Bonn versichert — nur friedlich gelöst werden soll: nun, dann schließe man endlich Frieden! Wenn die Frage der Grenzen friedlich gelöst werden soll: nun, dann sichere man erst den Frieden! Ein Friedensschluß brächte doch dann mit dem Friedensvertrag eine Geschäftsordnung zur Weiterführung von Verhandlungen über Deutschland eben unter friedlichen Bedingungen. Die Sicherung des Friedens unter allen Umständen ist doch das Grundgebot aller Lehren, die wir 1945 gezogen haben. Die Alliierten haben uns doch 1945 von unseren Tyrannen befreit, damit wir in Zukunft unsere Verhältnisse allseits friedlich regeln können. Diese Befreiung von dem Schlimmen für das Positive muß doch auch von uns respektiert und ratifiziert, das heißt: angenommen werden. Der Inhalt dieser Befreiung des Jahres 1945 aber war und ist noch immer die auch für Deutschland wieder realisierbar gewordene Chance des Friedens. In der Tat: recht eigentlich dazu wurde uns Deutschen die Freiheit vom Zyklus der Kriege und Kriegsvorbereitungen zuteil, um diese Friedens-Chance endlich wahrzunehmen. Darum ist es ja auch ein Gebot der Vernunft und Fairneß, sie nicht zu verspielen oder gar abzuweisen: alle die Riesenverluste an Menschen und Menschlichem wären sonst sinnlos gewesen, wenn nicht mehr die Hoffnung auf Neues und Besseres bestünde. Solche Desavouierung der Opfer des Zweiten Weltkrieges sollte uns fernliegen.

Die Form der Befreiung als Kapitulation nach militärischer Niederlage müßte eigentlich auch den in Macht- und Gewalt-Kategorien Denkenden (die heute zumeist dazu neigen, das Wort Befreiung zwischen Gänsefüßen zu arretieren, wenn es auf 1945 angewendet wird) die Erkenntnis vermittelt haben, daß nach dem Gottesurteil des Zweiten Weltkrieges jeder Weg des Krieges oder der wie immer gemeinten Kriegsvorbereitung (zu defensiven Zwecken) für Deutschland unbe-

schreitbar geworden ist. Es braucht nur auf das Beispiel Japans hingewiesen zu werden, das in seine Verfassung entsprechende Bestimmungen aufgenommen hat. Als faire Teilnehmer des internationalen Kräftespiels, das ja viel mehr als nur militärisch-strategisches Kräftemessen umfaßt und in zunehmendem Maße umfassen sollte, haben die Japaner auf das Potential der Waffen verzichtet, mit dem sie den pazifischen Raum und das chinesische Festland besetzt oder bedroht hatten. Dieser Verzicht hat ihrem Ansehen keinerlei Abbruch getan, und auch ohne Rüstungsindustrie zählt Japan heute zu den führenden Industrieländern unseres Planeten.

Nach den entsprechend guten Möglichkeiten, die uns Deutschen 1945 gegeben waren, nach den Versprechungen und Gelöbnissen der ersten Jahre, „nie wieder" auch nur die leisesten Tendenzen zur Ansteuerung des alten Weges zu dulden, nach den damaligen Zusicherungen friedlicher Neutralitätspolitik und aller Enthaltsamkeit von allem Militärischen muß die Wende von 1949/50 uns Schamröte in die Wangen treiben. Das verfassungswidrige Angebot Adenauers, dem Westen deutsche Truppen zur Verfügung zu stellen, führte statt zur Regierungskrise nur zum Rücktritt des Bundesinnenministers Gustav Heinemann. Die Koreakrise ließ die Westalliierten ihre guten Grundsätze über Deutschland vergessen, die ihnen jetzt in der Epoche der Entspannung für Europa wieder bewußt geworden sind. Inzwischen aber stehen sich in Deutschland hochgerüstete Armeen gegenüber, ist die Bundesrepublik ein Faktor des Westens geworden, der seine Wünsche deutlich spürbar zur Geltung bringen kann. Zumal die Bundesrepublik sich als „Rechtsnachfolger" des Dritten Reiches versteht, dazu als drittgrößte Industrie- und zweitgrößte Handelsnation ein kräftiges Wirtschafts-Selbstbewußtsein entwickelt hat, schließlich als Bollwerk gegen den bolschewistischen Osten auch eine politische Funktion gewonnen zu haben glaubt, die ihr von der westlichen Welt gedankt werde, ist der Gedanke an eine gerechte Würdigung der Bedeutung des 8. Mai fast unvollziehbar geworden. Gewiß ist die Parole, man dürfe „das eigene Nest nicht beschmutzen", in offiziellen Verlautbarungen nicht zu finden; aber der Vorwurf „antideutschen" Verhaltens ist aus mancherlei amtlichen und halbamtlichen Formulierungen auch gegenüber den besten Verbündeten immer wieder herauszuhören. Auch die SPD-Formel „20 Jahre sind genug" ist in ihrer verbalen Unbestimmtheit nicht frei von Möglichkeiten und Ansätzen antiwestlicher Ressentiments, obwohl sie sich zunächst nur gegen die „Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen" von seiten der Sowjetunion richtet. Denn: die 20 Jahre müßten ja unter Umständen für die Westmächte genug Zeit gewesen sein, der SU die Wiedervereinigung abzuhandeln. Dagegen muß aber von besonnener Seite erwidert werden: 20 Jahre waren offenbar für uns Deutsche insgesamt noch nicht Zeit genug, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die Schwüre von 1945 fruchtbar zu machen und die Chance des Neuen und Besseren wirklich wahrzunehmen. Was helfen dann Beteuerungen wie: „Leider ist es uns noch nicht gelungen, die Völker im Osten Europas davon zu überzeugen, daß wir es ehrlich meinen"? Man hätte ja die Oder-Neiße-Grenze nicht unbedingt als Ostgrenze der DDR anerkennen müssen, aber doch immerhin für ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland akzeptieren können; ohne Zweifel hätte eine solche Bereitschaft manches Hindernis zur Wiedervereinigung aus dem Wege geräumt. Die Weigerung der Bundesregierung, das Münchner Abkommen von 1938, das die Teilung der Tschechoslowakei besiegelte, nun auch ihrerseits formell für ungültig zu erklären, ist um so unbegreiflicher, als zu ihren erklärten Zielen die Beendigung der Teilung Deutschlands gehört und die 1938 von der CSR abgetrennten Gebiete außerhalb der Grenzen von 1937 liegen. Wie aber kann man die Teilung des eigenen Landes für Unrecht halten und erklären, wenn die Teilung eines anderen

— selbst wenn schon rückgängig gemacht — nicht einmal nachträglich als zu annullierendes Unrecht anerkannt wird? Der Hinweis auf die bevorstehenden Bundestagswahlen als „taktische Klippe" für die Parteien und ihre Exponenten im Hinblick auf die früher in den Sudetengebieten ansässigen Wähler ist wenig überzeugend, wenn man die sonst geübten Gemeinsamkeiten in Betracht zieht: wenn alle Parteien übereinstimmend für die formale und endgültige Außerkraftsetzung des Münchner Abkommens eintreten, gibt es nichts mehr im Trüben zu fischen. Bei anderer Gelegenheit wird „München" gern als abschreckendes Beispiel herangezogen, um Argumente für die Politik der Stärke und Härte zu liefern — aber das eigentliche Opfer von München, die CSR, wird nicht als der Berücksichtigung wert befunden.

Wie soll bei solcher Haltung ernsthaft erwartet werden, daß die Welt einmal den viel geforderten „Schlußstrich" zieht? Jedesmal, wenn uns der Schlußstrich in Form eines Friedensvertrages angeboten wurde, stellte sich die Bundesregierung taub, denn sie befürchtete, daß nach der politisch-sozialen Restaurativität der inneren Entwicklung der Bundesrepublik, die von ihren Ministern und Parteien ja fast durchweg gefördert wurde, in einem Friedensvertrag nur noch das Dokument der nationalen Niederlage gesehen werden könnte. Die auf dem Wege der Restauration aufgegebene Konzeption und Erkenntnis der für Deutschland befreienden Wirkung des alliierten Sieges über Hitler und seinen Anhang hat mit ihrem Schwächerwerden und Verschwinden eine empfindliche Lücke in der Handlungs- und Entscheidungsfreiheit unserer Verantwortlichen hinterlassen. Die Rücksicht auf Wähler und „nationale Gesinnung" hindert sie, die Wahrheit zu sehen und zu sagen, die zunächst Illusionen zerstört, aber letztlich den Weg freimacht für lebensnotwendige Orientierungen.

In dieser Lage gibt es drei Auswege: Den Weg aggressiver nationalistischer Revisionspolitik, der letztlich zu faschistischer Radikalisierung, zur Diktatur und zum Krieg führt; auf diesem Wege erscheint der 8. Mai 1945 nur als Tag der nationalen Niederlage. Dann gibt es den Weg der „Europäisierung" des deutschen Schicksals, auf dem die westlichen NATO-Verbündeten für deutsche Versäumnisse und Fehlentscheidungen in Fragen der Wiedervereinigung und Grenzregelung mehr oder weniger (mit)verantwortlich gemacht werden sollen; hier besteht die Gefahr, daß ein europäischer Nationalismus und Irredentismus aufkommt, wenn nicht vor allem in Frankreich und auch Großbritannien genügend demokratisch-antifaschistische Substanz lebendig bleibt, die ihrerseits die „Europäisierung" des deutschen Schicksals als zivile Normalisierung durchzusetzen vermag, der es weniger auf alte Grenzen als auf gesunde friedliche und demokratische Verhältnisse im Innern ankommt. Auf diesem zweiten Wege würde der 8. Mai wenigstens als Tag unter der Devise „Nie mehr Krieg" begangen werden können. Der dritte Weg liefe in Richtung einer eigenständigen Friedenspolitik, die karitativ nach außen und demokratisch-progressiv nach innen orientiert wäre. Anerkennung des Bestehenden, unserer Schuldigkeit und Verpflichtung gegenüber allen Nachbarn und allen in den Zweiten Weltkrieg verwickelten Nationen würde den Erfolg der daraus erwachsnden Verständigungs- und Entspannungsbemühungen erleichtern und fördern. Die Entscheidung für diesen dritten Weg wäre zugleich die Anerkennung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung. Von einer solchen Entscheidung würde aber auch fortwirkend Befreiendes ausgehen: wir kämen aus den Widersprüchen der politischen Gegenwart heraus, deren Konsequenz das Andauern der deutschen Spaltung ist. So könnte der recht verstandene 8. Mai auch Maßstäbe und Impulse für Entwicklungen liefern, die es bewirken, daß diesem ersten Befreiungstag noch weitere entsprechende folgen. Noch aber sind alle drei Wege offen; wir Deutschen haben die Wahl, selbst den für uns und alle Welt besten zu bestimmen.

Hans Heinz Holz

Die Luftschutzgesetze - Schleichwege zum Notstand

Der Beschluß der obersten Parteigremien der SPD, in der zu Ende gehenden Legislaturperiode den verfassungsändernden Notstandsgesetzen nicht mehr zuzustimmen, hat — wahrlich in letzter Minute! — eine neue Situation im Kampf um die Erhaltung der deutschen Demokratie geschaffen. Wenigstens für den Augenblick sind die Warnungen nicht gänzlich verhallt, die von Professoren und Gewerkschaften, von studentischen und anderen Jugendorganisationen, von kirchlichen Kreisen und Verbandsgremien und nicht zuletzt von einzelnen beherzten Publizisten immer wieder unermüdlich vorgetragen wurden. Daß der Anschlag auf das Grundgesetz, der in großer Heimlichkeit vorbereitet wurde, fürs erste vereitelt werden konnte, daß nach so vielen halben und vierfünftel Zustimmungen, die von führenden Vertretern der SPD in den letzten Wochen und Monaten zu hören waren, die Oppositionspartei des Bundestages nun doch „Nein" gesagt hat, ist ein Erfolg der demokratischen öffentlichen Meinung.

Doch gibt es in der Haltung der Sozialdemokratie eine Inkonsequenz. Die SPD hatte seinerzeit darauf bestanden, daß die Notstandsgesetzgebung nur insgesamt verabschiedet werden dürfe; das Paket der Gesetzesentwürfe sollte ein Ganzes bilden, einzelne Teilmaßnahmen, die bestimmte Grundsatzregelungen bereits präjudizieren würden, sollten nicht vorweggenommen werden. Nun haben die obersten Parteigremien entschieden, daß die SPD der zweiten und dritten Lesung der Luftschutzgesetze noch im Juni zustimmen könne. Es handelt sich dabei um das Schutzbaugesetz, das Selbstschutzgesetz und das Gesetz über das Zivilschutzkorps. Inhaltlich bilden diese Gesetze einen Komplex, insofern es sich hier dem Titel nach um die Aufgaben des zivilen Bevölkerungsschutzes, insbesondere bei und nach Luft- und Raketenangriffen, handelt. Es wird zu zeigen sein, daß die Tragweite dieser Gesetze sich erheblich weiter erstreckt. Jedenfalls kann es nur als ein Zugeständnis an die CDU betrachtet werden, daß die SPD sich von ihrem ursprünglichen Standpunkt entfernt und sich an partiellen Notstandsmaßnahmen, ungeachtet der vorgängigen verfassungsrechtlichen Regelungen, zu beteiligen bereit ist. Offenbar fürchtete man für den kommenden Wahlkampf das gegnerische Argument, der Bevölkerung einen Gefahrenschutz zu verweigern. Diese wahltaktische Überlegung ist jedoch keineswegs stichhaltig; denn die Unpopularität des Luftschutzes ist nach den Erfahrungen des letzten Krieges weit größer als das Bedürfnis nach Selbstschutzausrüstungen, Alarmübungen und Kellerbunkern. Mit der Zustimmung zu den Schutzgesetzen werden jedoch Anfänge gesetzt und Folgerungen akzeptiert, die ganz auf der Linie der Aushöhlung unserer demokratischen Ordnung liegen und schwerwiegender sind, als es dem unverfänglichen Titel nach den Anschein haben mag. Das gilt es im folgenden zu untersuchen.

Das Schutzbaugesetz

Die Diskussion um die obligatorische Errichtung baulicher Schutzvorkehrungen gegen Feindeinwirkung in jedem Gebäude ist frühzeitig zu einem Expertenstreit um Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit der geplanten Maßnahmen geworden. Politische Bedenken wurden — mit Ausnahme des Bereichs der Zuständigkeiten und Lastenverteilung — nicht erhoben, obwohl sie, wie wir im weiteren sehen

werden, nur allzu angebracht wären. Indessen ist es durchaus sinnvoll, mit den Einwänden gegen die Zweckmäßigkeit der Schutzbauplanungen zu beginnen.

Es genügt, hierzu die begründeten Schlußfolgerungen des Fachmanns zu wiederholen, gegen die sich schlechterdings nichts einwenden läßt:

> „Der gesamte mitteleuropäische Raum ist allein wegen der verhältnismäßig kurzen Entfernungen einem unerwarteten Raketenbeschuß fast wehrlos ausgesetzt. Selbst wenn man das einwandfreie Funktionieren der Radarwarngeräte annimmt, durch das jedes Geschoß im Augenblick seines Aufsteigens registriert würde, wäre wenig gewonnen. Eine massierte Beschießung aus dem Ostseeraum heraus könnte in ein bis zwei Minuten sämtliche europäischen Hauptstädte erreichen . . . Demgegenüber sind die verschiedenen Warnsysteme viel zu schwerfällig, so daß in Spannungszeiten eigentlich immer schon ein Teil der Bevölkerung sein Leben in den Bunkern zubringen müßte, um überhaupt in den Genuß des sehr zweifelhaften Schutzes gelangen zu können. Sonst trifft ihn der Blitz, wo er gerade geht und steht" [1].

Wer noch den letzten Krieg und die Luftangriffe auf deutsche Städte miterlebt hat, weiß genau, daß selbst Warnzeiten von zehn Minuten und mehr meist nicht ausreichten, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Schutzbauten aufzusuchen. Jeder wird sich aus den letzten beiden Kriegsjahren der endlosen Scharen erinnern, die schon bei Einbruch der Dunkelheit in die großen Massenbunker strömten und dort, dicht gedrängt, am Boden gekauert oder auf kleinen Notsitzen, die Nacht zubrachten, weil im Augenblick des Alarms der Weg zum Bunker zu weit gewesen wäre und außerdem bei jähem Andrang die wenigen Eingänge sofort verstopft waren. Bei Marschgeschwindigkeiten der modernen Raketen von 30 000 Stundenkilometern ist überhaupt nicht daran zu denken, daß Groß-Schutzbauten noch rechtzeitig erreicht würden. Der Gedanke, unterirdische Parkhäuser in Städten zu errichten, die im Angriffsfalle auch als Schutzbunker Verwendung finden könnten, scheitert also schon an diesem Mangel. Nimmt man dazu noch an, daß bei einem überraschenden Angriff sich dann ja dieser Mehrzweckbau in Benutzung befände und eventuell Tausende von Kraftwagen beherbergte, so wird die Fragwürdigkeit solcher „Schutzvorstellungen" besonders deutlich. Die Errichtung zentraler Schutzbauten, die den Kommunen kaum tragbare Lasten auferlegen würde, könnte nur einem völlig illusionistischen Denken entspringen.

Der Schwerpunkt des Schutzbauprogramms liegt darum auch bei den überdruckgeschützten Kellern in Privathäusern und öffentlichen Gebäuden. Auch hier wird, besonders nachts, die Zeitspanne von der Warnung bis zur erfolgten Explosion zu kurz sein, um das Aufsuchen des Schutzraums noch zu gestatten. Das gilt insbesondere wieder von Gebäuden mit einer relativ großen Einwohnerzahl (Mehrfamilienhäuser, Hochhäuser) und langem Anmarschweg zum Schutzraum, gilt also vor allem für alle öffentlichen Gebäude, Bürohäuser, Betriebe usw. während der Dienstzeiten.

Hinzu kommt, daß die Schutzbauplanung sich über ein Jahrzehnt erstreckt. Bei dem Tempo der technischen Waffenentwicklung werden voraussichtlich die heute getroffenen Schutzmaßnahmen bereits weit überholt sein, ehe man in die zweite oder dritte Bauphase eintreten kann. Berücksichtigt man, daß selbst bei dem heutigen Stand der Waffentechnik die vorgesehenen Schutzbauten nur unter den günstigsten Umständen und auch dann nur minimal Schutz gewähren, so erhellt daraus die Unzweckmäßigkeit des ganzen Schutzbauprogramms, eine Unzweckmäßigkeit, die auch den ministeriellen Planern nicht entgangen sein kann.

Warum also drängt man so sehr auf die Verabschiedung eines letzten Endes

[1] Bodo Manstein, Atomare Gefahr und Bevölkerungsschutz, Stuttgart 1963, S. 34 f.

nutzlosen Gesetzes? Es besteht kein Grund, darin etwa eine verschleierte Konjunkturspritze der öffentlichen Hand für den Bausektor zu sehen, der immer noch mit zivilen Aufgaben voll ausgelastet ist. Im Gegenteil. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Klett hat seinerzeit deutlich gesagt, daß die Notstandsgesetzgebung alle inneren Entwicklungsaufgaben der Bundesrepublik lähmen müßte:

„Wenn es zur Annahme und Durchführung des vorliegenden Bündels von Notstandsgesetzen kommt, dann werden alle Pläne für den Ausbau der Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Sozialeinrichtungen, Sportplätze usw. zunichte gemacht" [2]).

Das große sozialpolitische Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes wäre ebenso gegenstandslos geworden wie die technischen Modernisierungsnotwendigkeiten der Industrie im Zeichen der Rationalisierung und Automatisierung. Die Minimalschätzung der Prognos AG Basel, Europäische Arbeitsgruppe für angewandte Wirtschaftsforschung, die im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler errechnet wurde, beläuft sich auf eine jährliche Belastung aus dem Schutzbaugesetz allein von 6,2 Milliarden DM, wozu noch die Kosten aus dem Selbstschutzgesetz (siehe unten) und aus dem Zivilschutzkorps kommen. Die im Auftrage des Deutschen Städtetags von der Stadt Düsseldorf angestellten Untersuchungen ergeben sogar einen jährlichen Aufwand von rund 9,6 Milliarden DM. In diesem Gutachten heißt es:

„In 20 Jahren müßten nach dem heutigen Kostenstand etwa 200 Milliarden DM ausgegeben werden, um das Programm des Luftschutzes nach dem Gesetzentwurf durchzuführen. Unter optimistischen Annahmen wäre dann nach 20 Jahren folgendes Ziel erreicht:

Schutzräume in Neubauten für 64 % der Bevölkerung
Schutzräume in Altbauten für 20 % der Bevölkerung
Schutzräume in Arbeitsstätten
und Schulen für 100 % der dort beschäftigten Bevölkerung
Trümmersicherheit in allen Neubauten
Öffentliche Luftschutzräume für 2,5 Millionen Menschen
Notdürftige Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wasser.

In den vorstehenden Kosten sind nur die Maßnahmen des Schutzbaugesetzes, nicht die Folgekosten aller weiteren Notstandsgesetze enthalten, die notwendig sind, den Luftschutz wirksam zu machen, z. B. Ausbildung von Luftschutzpersonal, Luftwarndienst, Bereitstellung von Hilfsgeräten, Unterhaltung von Lebensmittelvorräten und Vorräten an Medikamenten, Verwaltungskosten für alle baulichen Luftschutzmaßnahmen" [3]).

Die Baulasten sollen mindestens zum Teil von den Hausbesitzern getragen werden, die sie ihrerseits auf die Mieter abwälzen können. Dadurch wird das Realeinkommensniveau der Bevölkerung weiter gedrückt; in der Folge wird eine weitere Geldverschlechterung eintreten, zumal auch die Betriebe durch Auflagen aus den Schutzgesetzen erheblich belastet werden, was sich auf die Preisgestaltung letzten Endes auswirken muß. Es gibt ernste wirtschafts- und sozialpolitische Erwägungen, die einer so unsinnigen, weil wirkungslosen Ausgabe entgegenstehen. Und auch der Mythos des Bevölkerungsschutzes und der Rettung von Menschenleben, der einer realistischen Betrachtung der Effektivitätschancen der Luftschutzmaßnahmen nicht standhält, sollte niemanden davon abhalten, den Unsinn der Schutzgesetze zu entlarven und ihrer Verwirklichung aus guten Gründen entgegenzutreten.

Was aber, so fragen wir noch einmal, ist wohl der Grund dafür, daß Regierung

[2]) Zitiert nach Hans Heinz Holz und Paul Neuhöffer, Griff nach der Diktatur, Texte, Kommentare, Stellungnahmen zur geplanten Notstandsgesetzgebung, Köln 1965, S. 153 f.

[3]) Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V., Kostenheft zum Memorandum „Ziviler Bevölkerungsschutz heute", Frankfurt am Main 1964, S. 32. Die Zahlen der Prognos AG ebd., S. 16.

und Regierungspartei so sehr auf eine schleunige Verabschiedung der Luftschutzgesetze drängen? Nachdem die Absicht einer Verfassungsänderung in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr verwirklicht werden kann, soll offenbar auf dem Umweg über einige einfache Gesetze eine günstigere Ausgangsbasis für Notstandspläne in der neuen Legislaturperiode nach den Wahlen geschaffen werden. Man gewöhnt die Bevölkerung langsam an Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausnahmezustandes, stimmt sie auf die Hinnahme behördlicher Eingriffe und Belastungen ein und gibt ihr, angesichts eines weiteren militärischen Aufbaus der Bundesrepublik, ein Scheingefühl von Sicherheit für den „Ernstfall". Nachdem in allerjüngster Zeit auch wieder die Frage einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bei einer Atomstreitmacht gestellt wurde und — offenbar als Druckmittel gegen die unwillig gewordenen französischen NATO-Partner — der amerikanische Verteidigungsminister mit dem Gedanken einer bilateralen atomaren Gemeinschaft Bonn—Washington spielte, scheint eine solche psychologische Vorbereitung der Bevölkerung zu einem weitergehenden Aktionsplan der Bundesregierung zu gehören. Man sagt dem Bundesbürger: „Sieh, wir tun etwas für dich", um ihm damit die gefährliche Teilhabe an Nuklearwaffen schmackhaft zu machen. Im vergangenen Kriege nannten die Amerikaner so etwas ehrlicherweise „plychological warfare".

Über eine solche emotionale Einstimmung auf die Kriegsbereitschaft hinaus schafft jedoch die Anwendung des Schutzbaugesetzes (ebenso wie der beiden anderen Luftschutzgesetze) eine solche Zahl neuer Behördenverantwortungen und Zuständigkeiten im einzelnen, daß damit automatisch der Anlaß für die gesetzliche Fixierung weiterer Ausnahmebefugnisse geschaffen wird. Als Folge der Luftschutzgesetze wird man administrative Gründe finden, um die Vollmachten der Regierung in kleinen Schritten laufend zu erweitern. Aus diesem Grunde gibt es neben den Zweckmäßigkeitserwägungen und wirtschaftspolitischen Einwänden auch grundsätzliche politische Bedenken, die dem scheinbar rein technischen Schutzbaugesetz entgegenstehen [4]).

Das Selbstschutzgesetz

Daß die Luftschutzpläne der Bundesregierung bereits ein Teil der totalen Erfassung der Bevölkerung und genau auf diesen Zweck hin konzipiert sind, wird beim Selbstschutzgesetz besonders deutlich. Wir müssen hier dahingestellt sein lassen, ob die Idee des Rechts überhaupt eine Verpflichtung zum Selbstschutz auferlegen läßt; es gibt gute Gründe für die Annahme, daß der Schutz der eigenen Person nicht in die Sphäre der Rechtsordnung fällt, sondern Sache der freien Entscheidung jedes einzelnen im „rechtsleeren Raum" ist. Die Ausführung dieses Gedankens würde in rechtsphilosophische Erwägungen einmünden, die allerdings die Grundlegung unserer Verfassung und insbesondere des Artikels 2 Absatz 1 beträfen. Diesen Exkurs können wir uns indessen ersparen, weil wir von der Einsicht ausgehen dürfen, daß es sich bei dem Titel des sog. „Selbstschutzgesetzes" um eine (willentliche oder unwillentliche?) Täuschung handelt. Der Inhalt dieses Gesetzes betrifft nämlich nur scheinbar den Schutz der eigenen Person, in Wirklichkeit jedoch die Eingliederung jedes einzelnen, unabhängig von Alter und Geschlecht, in die Kriegsmaschinerie des Staates. Die Überlegung, ob man im Falle eines Krieges und seiner vorhersehbaren Folgen überhaupt über-

4) Auf die staats- und verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Lastenverteilung, die in ausführlichen Memoranden der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände geltend gemacht wurden, kann hier nicht näher eingegangen werden. Dafür sei auf die betreffenden Eingaben vom 1. 3. 1963, vom 22. 6. 1964 und vom 30. 9. 1964 verwiesen, die die verfassungsrechtliche Anfechtbarkeit der drei Luftschutzgesetze in wesentlichen Punkten herausstellen. Bundestag und Bundesrat sollten dies bedenken, ehe sie in die abschließende Lesung dieser Gesetze eintreten.

leben wolle, ist nicht mehr freigestellt, sondern für den Selbstschutzpflichtigen bereits so etwas wie ein landesverräterischer Gedanke. Die letzte Entscheidung über das eigene Ich wird dem Menschen damit versagt — sinngemäß müßte dann, wie im Hitler-Reich, der Selbstmordversuch oder die Selbstverstümmelung als ein strafbarer Tatbestand bezeichnet werden. Auch im letzten Krieg galt ja das Nicht-Aufsuchen von Schutzräumen bei Fliegeralarm als Zuwiderhandlung und wurde geahndet.

Auf die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der vorgesehenen Selbstschutzmaßnahmen braucht kaum mehr eingegangen zu werden. Wohlbekannte Begriffe wie „Entrümpelung" können demjenigen, der die Luftangriffe 1943—45 miterlebt hat, nur ein mitleidiges Lächeln entlocken. „Geräte zur Brandbekämpfung einschließlich Löschwasserbehälter" haben auch damals schon ihre Unzulänglichkeit unter viel milderen Umständen bewiesen, als sie in einem neuen Kriege auftreten würden. Welche Vorstellung, mit gefüllten Badewannen und Sandtüten im Treppenhaus den Feuersbrünsten nach einem gegnerischen Großangriff entgegentreten zu wollen! Die Feuerpatschenideologie, die in diesem Gesetz verbreitet wird und schon der bisherigen Tätigkeit des Bundesluftschutzverbandes zugrunde lag, wird von der Bevölkerung auch gar nicht akzeptiert — der eingestandene Mißerfolg dieses Verbandes bei der „Aufklärung" und bei der Gewinnung freiwilliger Helfer spricht für sich. Wir wissen ja auch, wie wenig die Organisation des Luftschutzes mit „Hauswarten", „Blockwarten" usw. im Ernstfall standhält.

Besieht man sich das Selbstschutzgesetz daraufhin näher, so bleibt eigentlich nur die Erweiterung der Regierungsbefugnisse zu einer totalen Erfassung der Bevölkerung schon in Friedenszeiten. Ausbildungsveranstaltungen müssen besucht, Aufgaben müssen übernommen werden. Dazu kommen die besonderen Leistungen, wie die Überlassung baulicher Anlagen, von Fernsprech- und Fernschreibteilnehmereinrichtungen, die Duldung von Einwirkungen auf bewegliche und unbewegliche Sachen und Werkleistungen wie Instandsetzungsarbeiten, Verpflegungsleistungen, Verkehrsleistungen usw. Im Ernstfall wären solche Leistungen auch auf Grund des ordentlichen Rechts und der in ihm enthaltenen Hilfeleistungsparagraphen zu erzwingen (abgesehen davon, daß im Notfall sich die Solidarität der Menschen untereinander besser bewährt als jede gesetzliche Regelung; das haben die selbstverständlichen und nicht erzwungenen unzähligen Fälle spontaner Nachbarschaftshilfe in den von Bombenangriffen betroffenen Städten oder auf der Flucht während des letzten Krieges gezeigt).

Dem vorliegenden Gesetzentwurf kommt es vielmehr darauf an, diesen Ausnahmezustand schon in Friedenszeiten zu Übungszwecken herstellen zu können, eventuell wohl auch zur Vorbereitung auf einen kurz bevorstehenden Krieg. Die Organisation des Selbstschutzes in lokale Selbstschutzeinheiten gibt die Möglichkeit, auf unterster Ebene und ohne besondere Einberufungen die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik bereits mitten im Frieden zu erfassen und in eine Kriegsplanung einzubeziehen. Die Blockwarte sollen ständigen Kontakt mit den Bewohnern ihres Bezirks halten und diese im Sinne der Notstandsideologie der Bundesregierung indoktrinieren. Bis zu internen Lageberichten über die Stimmung der Bevölkerung (wie sie von den Luftschutzfunktionären im letzten Kriege geliefert wurden) und zur Qualifizierung der Bürger als „gesinnungstüchtige" oder „defaitistische" ist es dann nicht mehr weit. Die Erfahrungen schrecken. Aus dem Slebstschutzverband könnte ein universelles Propaganda- und Spitzelsystem werden, wie wir es bereits einmal erlebt haben. Zum mindesten wird der Staatsbürger sich nicht mehr unbeaufsichtigt fühlen können. Die administrative Struktur einer perfekten Diktatur zeichnet sich hier ab.

Schon früher wurde auf die fragwürdige Struktur der Selbstschutzeinheiten in den Betrieben hingewiesen [5]). Es wäre sinnvoll gewesen, die Leitung des Werkschutzes etwa dem Betriebsratsvorsitzenden oder einem von der Belegschaft gewählten Werkschutzleiter zu übertragen. Daß automatisch der Betriebsinhaber diese Funktion erhalten und an Leute seines Vertrauens delegieren soll, schafft eine innerbetriebliche Befehlsstruktur, gegen die die Gewerkschaften im besonderen höchst mißtrauisch sein sollten.

Auch in der Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände gibt es grundsätzliche Bedenken gegen die im Selbstschutzgesetz vorgesehene Organisationsform. Insbesondere werden die konkurrierenden Zuständigkeiten des Bundesluftschutzverbandes als eine mögliche schwere Beeinträchtigung der Maßnahmen der örtlichen Luftschutzleitung, die von der Gemeinde getragen wird, angesehen. Diese Überschneidungen in der Kommandostruktur, die im Ernstfall eher lähmend wirken müßten, lassen sich indessen sehr wohl aus der Intention der Bundesregierung erklären, ein weiteres Instrument für die totale Erfassung der Bevölkerung in die Hand zu bekommen. Die Einrichtung von Selbstschutzzügen stellt gleichsam die letzte und unterste Stufe einer totalen Mobilisierung dar, eine Art Rekrutierung für die rückwärtigen Dienste, die mit der unmittelbaren Not- und Selbsthilfe des einzelnen im Schadensfalle nichts mehr zu tun hat. Im Rahmen der Abstufung von der Militärdienstpflicht über den Dienst im Zivilschutzkorps bis zur permanenten Präsenz für den Dienst in Selbstschutzzügen wird jeder einzelne während seines ganzen Lebens in quasimilitärischen Organisationen erfaßt. Die möglichst vielfältige Eingliederung des Staatsbürgers in irgenwelche Dienstpflichten gibt der Bundesregierung die Möglichkeit zu einer universellen Reglementierung der Bevölkerung auf verschiedenen Ebenen sich ergänzender und ablösender Leistungen.

Das Zivilschutzkorps

Am deutlichsten wird die Absicht, einen paramilitärischen Apparat aufzubauen, beim Gesetz über das Zivilschutzkorps. Ursprünglich waren zwei Formen des zivilen Verteidigungsdienstes vorgesehen, der lokal organisierte und verfügbare Zivilschutzdienst, der für die massierte Bekämpfung örtlicher Schadensfälle eingesetzt werden sollte, und das zentral vom Bund gesteuerte Zivilschutzkorps. Auf den Zivilschutzdienst, der für die Hilfsmaßnahmen nach Schadensfällen und für die Bekämpfung zum Beispiel ausgedehnter Brände an Ort und Stelle greifbar und einsatzfähig wäre — also auf den eigentlichen zivilen Bevölkerungsschutz — hat man nun verzichtet, um stattdessen das für ganz andere Zwecke geplante Zivilschutzkorps aufstellen zu wollen. Dieses wird von der obersten Landesbehörde eingesetzt; der Bundesinnenminister kann sich Einheiten und Einrichtungen unterstellen und sie auch außerhalb des jeweiligen Landes und sogar außerhalb des Bundesgebietes, also im Ausland, einsetzen. Diese letztere Bestimmung zeigt deutlich, daß hier Hilfseinheiten für die kämpfende Truppe geschaffen werden sollen, denn es ist nicht einzusehen, wie ein Einsatz außerhalb der Bundesrepublik dem „Schutz der Zivilbevölkerung gegen Gefahren, die durch die Wirkung von Kriegshandlungen oder Kriegswaffen im Verteidigungsfall entstehen können" (§ 1 Abs. 1) dienen sollte. Indirekt ist der paramilitärische Zweck des Zivilschutzkorps von der Bundesregierung selbst zugegeben worden, als sie in ihrer Begründung zu dem Gesetzentwurf im einzelnen ausführte:

> „Die zum Dienst im Zivilschutzkorps herangezogenen Männer — Dienstpflichtige — sollen während des Dienstes eine der persönlichen Rechtsstellung der zur Bun-

[5]) Heinrich Hannover in Kogon-Abendroth-Ridder-Hannover-Seifert, Der totale Notstandsstaat, Frankfurt am Main 1965, S. 58 f.

deswehr eingezogenen Wehrpflichtigen entsprechende Stellung erhalten, insbesondere sollen ihre Rechtsverhältnisse in bezug auf Besoldung, Unterhaltssicherung und Arbeitsplatzschutz denen der wehrpflichtigen Soldaten vergleichbar sein.

In Friedenszeiten soll der Dienstpflichtige im Rahmen dieser Einheit mehrere Übungen ableisten, wobei seine Kenntnisse aus der Grundausbildung aufgefrischt und dem neuesten Stand der Waffenentwicklung angepaßt und andererseits die Angehörigen einer Einheit aneinander gewöhnt und mit dem gemeinsamen Einsatz vertraut gemacht werden. Das Zivilschutzkorps soll also nach dem Vorbild einer Miliz aufgebaut werden.

Ein Teil des Zivilschutzkorps wird stets unmittelbar einsatzbereit sein, weil er entweder in Grundausbildung steht oder übt. Der größte Teil des Zivilschutzkorps wird dagegen zwar nicht unmittelbar, aber doch rasch einsatzfähig sein, weil die Angehörigen des Zivilschutzkorps bei einer Alarmierung sich rasch in voller Ausrüstung an dem ihnen längst vertrauten Sammelpunkt ihrer Einheit einfinden. Durch die Einführung einer Bereitschaft auf besondere Anordnung soll die Einsatzfähigkeit und die Einsatzschnelligkeit des Zivilschutzkorps in kritischen Zeiten wesentlich erhöht werden.

Über die im Entwurf des Zivildienstgesetzes vorgesehenen Vorschriften hinaus werden deshalb allen Angehörigen des Zivilschutzkorps Verpflichtungen ähnlich denen der Soldaten auferlegt werden müssen."

Diese Sprache ist deutlich genug. Zieht man darüber hinaus noch die von der Bundesregierung gemachten Planungsangaben heran, so gewinnt man ein deutliches Bild von den Aufrüstungsabsichten, die hier im Hintergrund stehen und die auf dem Umweg über das Bundesinnenministerium zu einer zweiten Wehrorganisation führen sollen. Als künftige Gesamtstärke wird eine Zahl von 200 000 Mann genannt, davon sollen jeweils 20 000 Mann ständig präsent sein. Die Zahl der hauptberuflichen Stufen (Offiziere) wird mit 5000 Mann angegeben. Jährlich sollen etwa 45 000 Mann zur Grundausbildung eingezogen werden, so daß die geplante Endstärke nach etwa fünf Jahren erreicht würde. „Es wird dann möglich sein, Reserven zu bilden", heißt es in der Regierungsbegründung wörtlich, also über die Anfangszahl von 200 000 Mann hinauszugehen und eine notfalls mobilisierbare Reserve zu schaffen, die praktisch das gesamte Volk umfaßt. Jeder Staatsbürger würde damit in den Stand eines Reservisten versetzt. Das hat mit zivilem Bevölkerungsschutz nichts mehr zu tun, wie auch aus dem erweiterten Aufgabenbereich (z. B. Schwimmbrückenbau) zu ersehen ist.

Mit dem Zivilschutzkorps wird neben der Bundeswehr eine zweite militärische Milizorganisation aufgebaut, die ständig einsatzbereit sein soll und vor allem den gleichen juristischen Bedingungen wie die Militärdienstpflicht untersteht. Es ist unschwer einzusehen, daß hiermit die Bundesregierung ein Mittel in die Hand bekommt, jeden Streik durch Einberufung zu Zivilschutzkorpsübungen mit Katastropheneinsatz zur Aufrechterhaltung der Produktion zu brechen. Die Gewerkschaften werden ihr besonderes Augenmerk darauf richten müssen, daß hier eine Art Streikbrecherorganisation von Staats wegen eingerichtet werden soll, die jederzeit in Friedenszeiten einsatzbereit ist.

Die Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf über das Zivilschutzkorps läßt klar erkennen, daß die eigentlichen Träger des Bevölkerungsschutzes, nämlich die Gemeinden, das Zivilschutzkorps als eine Zweckentfremdung der vorgesehenen Mittel und als eine Gefährdung ihrer unmittelbaren Nothilfsaufgaben betrachten. Da heißt es:

„Die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen in der Lage sein, bei jedem eintretenden Schadensfall, soweit möglich, zunächst aus eigener Kraft drohenden Schäden zu begegnen. Die Vorranigkeit des örtlichen Schutzes der Zivilbevölkerung vor dem Aufbau eines überörtlichen Schutzes als mobile Eingreifreserve ist damit offenkundig ...

Es werden sodann Bedenken dagegen geltend gemacht, „daß durch die überörtlichen Einheiten in vielen Fällen gute Kräfte aus den örtlichen Hilfseinrichtungen herausgezogen werden", und schließlich klingt ein tiefes Mißtrauen gegen die eigentliche Verwendungsabsicht des Zivilschutzkorps aus der Formulierung:

> „Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß in der Grundvorschrift (vgl. § 1 des Entwurfs) klar zum Ausdruck gebracht werden muß, daß es sich bei dem Zivilschutzkorps lediglich um eine den örtlichen Schutz ergänzende Einrichtung handelt."

Aus den Ausführungen der administrativen Fachleute ist deutlich herauszuhören, daß man die Effektivität des Zivilschutzkorps für den zivilen Bevölkerungsschutz bezweifelt, dagegen aber seine Verwendung als eine militärische Hilfstruppe befürchtet. Wobei es hier dahingestellt bleiben muß, ob die Aufstellung solcher paramilitärischer Einheiten, bei denen es in der Praxis nie ganz sicher sein kann, inwieweit sie zivile Aufgaben oder einen mittelbaren Kombattantenstatus haben, mit den Genfer Konventionen zu vereinbaren ist, denen sich die Bundesregierung angeschlossen hat.

Der schleichende Notstand

Eine Analyse der drei Luftschutzgesetze zeigt also eines: in ihnen werden Notstandsmaßnahmen vorweggenommen und der Bundesregierung Notstandsinstitute in die Hand gegeben, ehe die Frage einer verfassungsmäßigen Regelung einer Notstandssituation und der Erhaltung der parlamentarischen Demokratie unter diesen Umständen geklärt ist. Ja, die Zustimmung zu den Luftschutzgesetzen würde bedeuten, daß man unter der ausdrücklichen Anerkennung einer ungeklärten Verfassungssituation bereits Zuständigkeiten und Vollmachten schafft, die die Notstandsbefugnisse der Bundesregierung erheblich ausdehnen. Darin liegt die Inkonsequenz der Haltung, die die SPD nach der Parteiratssitzung von Saarbrücken eingenommen hat. Eine solche Inkonsequenz widerspricht der politischen und gesetzgeberischen Logik. Sie ist für eine Partei nicht tragbar und müßte die Glaubwürdigkeit ihrer Linie in Frage stellen. Sie kann darum nur in dem einen Sinne korrigiert werden, daß die ursprüngliche Bedingung beibehalten wird: vor einer Einigung über die grundlegenden Verfassungsfragen darf es auch keine partiellen Notstandsgesetze geben.

Denn jedes partielle Notstandsgesetz antizipiert bereits den ganzen Notstand. Das gilt auch für die vorliegenden Luftschutzgesetze. Das Schutzbaugesetz schafft Rechtsbefugnisse, die einen unmittelbaren Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Freiheit der Persönlichkeit darstellen. Es liefert damit gleichzeitig einen Präzedenzfall für späteres weitergehendes Vorgehen. Das Selbstschutzgesetz ermöglicht die universelle Heranziehung aller Erwachsenen und verletzt — in den Bestimmungen über den Werkschutz — vitale Interessen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Das Gesetz über das Zivilschutzkorps schließlich konstituiert eine paramilitärische Milizarmee zur Verfügung des Innenministers, die ebenso als Hilfstruppe für die rückwärtigen Dienste der kämpfenden Truppe im Kriege wie als Streikbrecher im Frieden eingesetzt werden kann. Noch geben diese Gesetze erst den Anfängen einer Notstandsdiktatur die Grundlage, aber sie stellen damit zugleich die Vorbereitung härterer Maßnahmen und die Einstimmung der Öffentlichkeit auf verfassungsmäßig nicht mehr zu rechtfertigende Zustände dar. Resolut angewandt, liefern diese Gesetze der Bundesregierung die Handhabe, um auf dem Verwaltungswege einen Teil der Eingriffe zu verwirklichen, zu denen detaillierter das Zivildienstgesetz, das Aufenthaltsregelungsgesetz, das Verkehrssicherstellungsgesetz die Rechtsbasis hätten abgeben sollen. Diese Gesetze, die evidentermaßen mit der Verfassung in Wider-

streit stehen, wurden zurückgestellt. Doch auf dem Schleichpfad über die Luftschutzgesetze wird unversehens das eingeleitet, was nach außen zurückgestellt worden schien. Wir haben schon früher[6]) darauf hingewiesen, daß die Notstandsgesetze ein derart verfilztes Ganzes bilden, daß jedes einzelne von ihnen schon Teile der anderen mitbedingt und in sich aufgenommen hat. Die Bundesregierung und die CDU/CSU wissen sehr wohl: gelingt es ihnen, an einer Stelle die Tür aufzustoßen, so können sie sich schrittweise und fast unbemerkt in den Notstand einschleichen. Die Gesetzentwürfe sind von raffinierten Könnern juristischer Taktik redigiert worden; diese wußten, wie man die Demokratie aushöhlt, scheinbar ohne sie wesentlich zu verletzen.

Noch einmal muß zum Schluß die Frage gestellt werden: was können diese sogenannten Schutzgesetze in Wirklichkeit bedeuten? Sie sind, so wie sie dastehen, eine umfassende Kriegsvorbereitung, und es wird in ihnen oft genug vom „Verteidigungsfall" gesprochen. Aber gerade im Fall eines Krieges, bei dem der Gegner den ersten Schlag führt, werden die meisten der Vorkehrungen nicht mehr anwendbar sein, die von Selbstschutz und Zivilschutzkorps getroffen werden sollen. Wer glaubt, daß nach dem ersten Bombenschlag noch ein Zivilschutzkorps einberufen und zentral eingesetzt werden könne, gibt sich einer offenkundigen Illusion hin. Wer in einem solchen Augenblick noch damit rechnet, Selbstschutzzüge zusammentrommeln und nach vorbereiteten Plänen disponieren zu können, stellt sich einen künftigen Krieg harmloser vor, als es schon der letzte gewesen ist. Und wie glaubt man etwa Vorräte an Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten usw. für vierzehn Tage in den ohnehin kleinen Schutzräumen, in die sich die Bevölkerung flüchten soll, lagern zu können? Dann müßte ja jeder Luftschutzkeller gleich noch einen Vorratskeller angebaut erhalten. Jede nüchterne Betrachtung zeigt, daß diese Gesetze „im Verteidigungsfall" nicht funktionabel sind.

Wohl aber würden sie ausgezeichnet funktionieren, wenn man sich vorstellt, daß die Bundesrepublik ihrerseits einen Angriff auf gegnerisches Territorium vorbereitet. Dann könnten rechtzeitig die Selbstschutzzüge zu Übungen einberufen und stationiert werden, die Zivilschutzkorpseinheiten ließen sich mobilisieren, ehe der Kampf begonnen hat, der Standort von Verkehrsmitteln ließe sich vor der Zerstörung der Straßen und Schienenwege disponieren — kurz, für die Durchführung eines strategischen Aufmarschplans sind diese Gesetze bestens geeignet. Da liegt nun aber eine nicht zu übersehende politische Gefahr. Eine Regierung, die sich im Besitz eines Instrumentes weiß, das letzten Endes nur präventiv wirkt, wird sich naturgemäß leichter und vielleicht sogar guten Glaubens notgedrungenermaßen zu einer Politik präventiver Kriegsführung, zu einer Strategie des „ersten Schlages" entschließen und damit eine Kettenreaktion auslösen, die sonst gar nicht eingetreten wäre. Eine solche Regierung kann in der Welt nicht das Vertrauen eines friedliebenden Partners genießen, sondern ihre politischen und strategischen Konzeptionen werden immer mit Besorgnis betrachtet werden. Es kommt dann Indiz zu Indiz, und diese Luftschutzgesetze sind sehr schwerwiegende Argumente, die gegen die Friedfertigkeit eines Landes sprechen, in dem sie gelten. Hier liegen Anfänge, die Unruhe in die Weltpolitik tragen werden und die Stellung der Bundesrepublik in Europa fragwürdig erscheinen lassen. Auch diese Auswirkungen der zur Debatte stehenden Gesetze dürfen nicht außer acht gelassen werden; sonst könnten wir eine gegenseitige Steigerung von Kriegsvorbereitungen heraufbeschwören, die leicht verhängnisvoll werden möchte. Die „Schutzgesetze" sind alles andere als ein Schutz des Friedens und des Bürgers.

[6]) Holz-Neuhöffer, Griff nach der Diktatur? a.a.O.

Dr. Günther Schreiber

Die CDU geht aufs Ganze

Neue Bündnisse mit Industrie und Kleiner Notstands-Koalition?

Die CDU ist seit 1961, als sie die absolute Mehrheit verlor, in einer Krise, die im wesentlichen daher rührt, daß sie nicht mehr alleiniger Machthalter ist. Ihre Hoffnung, die absolute Mehrheit, und damit ihren inneren Frieden, wieder zu gewinnen, ist in diesem Wahljahr so gering, daß sich ihre führenden Köpfe gar nicht darauf einstellen, sondern an einer durch sanften Druck der Industrie und einige fragwürdige „ost-politische" Konzessionen zu bewirkenden Gleichschaltung der Freien Demokraten zum homogenen Bürgerblock arbeiten. Gleichzeitig laufen über den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten und den Fraktionsführer der CDU/CSU im Bundestag Gespräche, um eventuell auch eine „große Koalition" zur Sicherung der bisherigen Politik auf die Beine zu bringen.

Die innere und äußere Verfassung der drei im Bundestag vertretenen Parteien ist zur Zeit derartig von den Einflüssen mächtiger Interessenten durchwirkt, daß dabei das Profil sowohl von CDU wie SPD und FDP weithin verlorengegangen ist. Bei der CDU wirkt sich das am augenfälligsten aus, weil mit dem Abtritt Konrad Adenauers der heterogene Charakter der „bürgerlichen Sammelbasis" der Bevölkerung wieder schlagartig deutlich wurde. Jahrelang sah sie in der Partei nur das Regierungsinstrument des „Alten", der seinerseits verstand, die verschiedenen sozialen Gruppen nach der Devise „Für jeden etwas" durch Sondervergünstigungen nach allen Seiten sich gefügig zu machen für die Ziele seiner Außen- und Militärpolitik. Nun fehlt diese Klammer, und die Diadochenkämpfe um die Nachfolge des ersten Kanzlers sind noch nicht entschieden. Auf der einen Seite steht eine vom Bundesverband der Deutschen Industrie maßgeblich geförderte Gruppierung mit Erhard, auf der anderen Seite versuchen autoritäre nationalistische und klerikale Kräfte, ebenfalls unterstützt von einem Teil der deutschen Industrie, vor allem dem einflußreichen Bund Katholischer Unternehmer des Herrn Wehrhahn, eine „stabile" CDU-SPD-Notstands-Koalition auf die Beine zu bringen. Schließlich gibt es noch einen schwachen liberaldemakratischen Flügel und einen nicht minder schwindsüchtigen christlich-sozialen Kreis, die Vorstellungen entwickeln, welche entweder (bei den Liberalen) auf eine aktive Teilnahme an der internationalen Entspannungspolitik oder (bei den Christlich-Sozialen) auf eine echte Mitbeteiligung der Gewerkschaften an der Staatsführung in einer sozial betonten „Großen Koalition" hinauslaufen. Diese beiden Flügel sind aber leider unerheblich, weil absolut ohnmächtig gegenüber den mächtigen Rivalen.

Die Gruppe, welche die kleine Koalition zementieren möchte, und die gegenteilige Gruppierung, die aus „staatspolitischen Erfordernissen" mit der SPD koalieren will, unterscheiden sich in der Methode und kulturpolitisch. Die außen-, militär- und innenpolitische Zielrichtung ist völlig identisch, ob nun der nächste CDU-Bundeskanzler wieder Erhard oder Gerstenmaier (oder gar Barzel) heißen sollte. Die Richtungskämpfe in der CDU gehen gleichwohl mit Heftigkeit und mit allen Tricks der Intrige weiter, weil jede der Gruppen starke wirtschaftliche und prestigemäßige Interessen mit im Spiele hat, die von der einzuschlagenden außen- und militärpolitischen Methodik abhängig sind. Das mag paradox erscheinen, da doch beide Gruppen eine militärisch abgestützte Machtpolitik verwirklichen wollen, um die Bundesrepublik in die Rolle eines mitteleuropäischen Spannungsfaktors zur Verfestigung des Kalten Krieges und zum Abwürgen der Ost-West-Entspannung hineinzumanövrieren. Aber die Wahl der Bundesgenossen im

Innern und nach außen fällt unterschiedlich aus, je nachdem, wie die Kräfteverhältnisse in der Welt von morgen als Operationsbasis für eine deutschnationale Politik neuen Zuschnitts beurteilt werden, welche Chancen man für günstiger hält und bei welchen Partnern die Exponenten des einen oder anderen Kurses ihre eigenen Konjunktur- und „Souveränitäts"-Erwartungen am besten aufgehoben sehen.

Namen und Rivalitäten

Man wird ein anschauliches Bild der miteinander ringenden Kräfte in der Union nur gewinnen, wenn man die Überlegungen der maßgeblichen Persönlichkeiten und ihres jeweiligen spezifischen Hintergrundes analysiert. Nach außen tritt die CDU natürlich mit dem Bemühen im Wahljahr auf, die Risse und Gegensätze möglichst zu verkleistern und hinter einem Phrasenschwall zu verbergen. Mit der Herausstellung Erhards als Wahrzeichen der Konjunktur und des Wohlstands und als „Volkskanzler über den Parteien" soll ein massenpsychologisch wirkungsvoller Effekt erzielt werden, gerade beim „unpolitischen" Wähler. Was die Politiker aber jeweils sagen, wenn sie vor ihrer persönlichen Hausmacht, der ihnen verbundenen Interessengruppe sprechen, das zeigt das wahre Bild der CDU im Wahljahr 1965. Und das sieht recht buntscheckig aus.

Die Parteiführung liegt immer noch bei Konrad Adenauer, und er übt sie keineswegs nur „nominell" aus. Wenn er auch kaum einmal die Geschäftsräume in Bonns Nassestraße betritt, wo der geschäftsführende Vorsitzende Dufhues, ein einflußreicher Industrieanwalt, amtiert, so ist Adenauer doch noch zu einem erheblichen Teil der Chef der Partei. Wie ihm einst Globke bei der Regierungsführung maßgeblich zur Hand ging, so spinnt jetzt Rainer Barzel die Fäden nach den Intentionen des „Alten". Daß Barzel gleichzeitig, als Fraktionsführer der CDU im Bundestag, auch der Kontaktmann zu Erhard ist, der für Erhards Regierungsführung unersetzliche Partner, stärkt nicht nur Barzels, sondern auch Adenauers Einfluß in der Partei. Und gegenüber der Regierung.

Daß Adenauer nicht dazu kommt, seine Memoiren zu schreiben, hat seinen Grund unter anderem darin, daß er noch als Mitregent kräftig im politischen Alltag werkelt. Es sieht nicht danach aus, daß er, der nächstes Jahr neunzig Jahre alt wird, sich davon fürs erste zurückziehen will. Außer Barzel ist Krone dabei sein Helfer. Der Minister ohne Portefeuille ist immerhin gleichzeitig Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates und somit auch am Schalthebel militärischer Macht. Durch Krone ist Adenauers Schalten im Kabinett mitvertreten, durch Barzel nimmt er Einfluß auf die Fraktionsführung, die Parteiführung hat der Alte sich ohnehin persönlich vorbehalten. Dieses Triumvirat macht alle Versuche Erhards zunichte, nach eigenem Gutdünken zu regieren, wie er und Außenminister Schröder sich das bei dem Regierungswechsel 1963 erträumt hatten. Vielmehr sind auf die zwei Jahre äußerster Erstarrung, in denen Adenauer noch mit harter Faust, und mit Franz Josef Strauß als Nothelfer, Ab-Kanzler war, zwei Jahre gefolgt, in denen Adenauer das Konzept Erhards stets durch ein geschicktes Taktieren in all den Punkten korrigiert hat, in denen es ihm nicht paßte. So war die Kanzlerschaft Erhards bisher durch den ständigen Zwang zur Rechtfertigung vor der CDU-Parteispitze, vor Adenauer, Dufhues, Barzel, dem CSU-Vorsitzenden Strauß und dem Sonderminister Krone gekennzeichnet.

Rainer Barzel hat zu dieser Situation auf einer Tagung des katholischen Männerwerks in Fulda im Mai beachtliche Ausführungen gemacht, die es verdienen, einer breiteren Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden (nach den Aufzeichnungen eines Teilnehmers an dieser Veranstaltung). Barzel ging davon aus, die CDU sei noch immer in ihrer Parteiführung eine Partei nach den Vorstellungen des katho-

lischen Klerus, auch wenn mit Erhard, Schröder und Hassel jetzt evangelische Politiker die wichtigsten Regierungsämter innehätten. Der „katholische Charakter" der Partei müsse dominierend bleiben, meinte Barzel, weil der Protestantismus viel zu anfällig sei für „alle möglichen versöhnlerischen Tendenzen" im Ost-West-Konflikt, während der deutsche Katholizismus, dank der Haltung der deutschen Bischöfe, gewisse „aufweichlerische Strömungen", die Papst Johannes XXIII. förderte, stets strikt ablehnte und, ähnlich wie der amerikanische Katholizismus unter dem McCarthy-Freund Kardinal Spellman, ein Fels der Beharrung geblieben sei. Der neue Papst Paul VI. komme diesem Beharrungsvermögen entgegen, und so arbeite auch im Vatikan die Zeit wieder für die Politik der deutschen Bischöfe (von Außenseitern wie dem „quasi sozialistisch experimentierenden" Ruhrbischof Franz Hengsbach einmal abgesehen, den man auch aus seiner Position im Ruhrgebiet, der dortigen Arbeiterschaft gegenüber, verstehen müsse). Barzel brauchte in diesem Freundeskreis, dem er selbst geistig entstammt, keine diffizilen Erörterungen über das „C" in der CDU anzustellen. Für ihn und seinesgleichen ist es klar, daß es „ohne Zimperlichkeit" nur bedeuten kann: Im Sinne des verstorbenen Papstes Pius XII. „christlich" verstanden als antikommunistische Ideologie, als Politik der Stärke, als autoritäres Korsett. Gleichzeitig versichert man sich dabei des orthodox-nationalistischen Flügels im Protestantismus, der etwa durch die Gestalt des Bischofs Dibelius geistlich und durch den deutschnationalen Verteidigungsminister von Hassel militärisch, schließlich zivil durch Bundestagspräsident Gerstenmaier repräsentiert wird. Mit diesen Exponenten eines „deutschchristlichen" Protestantismus teilt man die gleiche Ideologie des Kalten Krieges. (Als Gustav Heinemann sein Amt als CDU-Innenminister der ersten Regierung Adenauer niederlegte wegen des unüberbrückbaren Gegensatzes zu Adenauers Angebot einer deutschen Wiederaufrüstung an die Westalliierten, wurde die ursprüngliche, aus der Wiederstandsbewegung geschöpfte Idee eines demokratischen Zusammengehens von Christen beider Konfessionen beim Aufbau einer neuen deutschen Republik bereits als Utopie entlarvt, und mit Heinemann verließen damals die antimilitaristischen Protestanten die Union für immer.)

Die christlich-katholische Komponente der CDU, mit deutschchristlich-evangelischem Anhang, hat also mit alldem nichts zu tun, was man im Konzil, in der Ökumenischen Bewegung, im Weltkirchenrat oder in der Prager Friedenskonferenz unter dem „neuen Erwachen der Kirche Christi in den Seelen und Gewissen der einzelnen Christen" versteht, wofür Männer wie Papst Johannes XXIII., der Präsident des Weltkirchenrates, Martin Niemöller, oder der Generalsekretär der Okumene, Dr. Visser t'Hooft, sich eingesetzt haben.

Der Soziologe Theodor W. Adorno hat vielmehr recht, wenn er die „christliche" Ideologie der CDU einen „Ersatz" für den ideologischen Antikommunismus nennt, der von 1933 bis 1945 in Deutschland offiziell gepredigt wurde und den man im NS-Jargon nicht übernehmen konnte, sondern anderweitig absichern mußte. Und da bot sich der autoritäre Traditionalismus sowohl des politischen Katholizismus wie des „Thron und Altar"-Obrigkeitsstaats-Protestantismus an. Mächte, nicht einmal der „gemäßigten Restauration", sondern eindeutig der Reaktion gegen das demokratische Bewußtsein (wie sich in ihrem Zusammenwirken von Seebohm bis Kardinal Jaeger in der „Abendländischen Akademie" zeigte), die den „harten" Kern der CDU als „Weltanschauungspartei" bilden. Wenn also Barzel in Fulda versicherte: „Wir sind und wir bleiben eine Weltanschauungspartei", dann ist das in diesem autoritären Sinne zu verstehen.

Nach Klarlegung solcher „Grundlagen" wandte sich Barzel dann dem Thema zu, was er und seine Freunde als „demokratisch" bezeichnen. Die Aufgabe, die De-

mokratie in der Bundesrepublik zu festigen, sieht Barzel als „nicht wirklich gelöst" an, solange der Regierung nicht eine Notstandsgesetzgebung in die Hand gegeben ist, „ um den Staat, wie wir ihn aufgebaut haben, vor jeder Erschütterung seiner tragenden sittlichen und materiellen Fundamente zu schützen". Dazu erscheint es Barzel und Krone, mit dem Segen Adenauers, „unumgänglich", das Gespräch mit der SPD „geduldig" weiterzuführen, um diese Partei „in einem vertretbaren Ausmaß nach ihrer geistigen Wandlung mitzubeteiligen an der Ausübung der Macht und sie damit vor den Anfechtungen des Linksradikalismus zu schützen". Barzel konnte darauf hinweisen, daß Männer wie Erler und Wehner, „trotz der labilen Haltung Brandts", dafür gesorgt haben, den Sinn für Autorität in der SPD zu stärken. Das habe zu einer „Annäherung der Standpunkte" geführt. Zu diesem Zeitpunkt hegte Barzel noch die Hoffnung, bereits in der auslaufenden Legislaturperiode die volle Zustimmung der SPD zu den Notstandsgesetzen erhalten zu können, was dann eine „gediegene Basis für eine große Koalition oder ein Allparteienkabinett nach der Wahl" sein könnte, angesichts der „auf die Bundesrepublik zukommenden Gefährdungen, die aus der Lockerung der NATO resultieren". (Barzel deutete den „möglichen" Austritt Frankreichs aus der NATO als Beispiel für einen solchen „Zwang zum nationalen Zusammenstehen" an.) Es war auch Barzel, der im gleichen Monat Mai die weitreichenden Absprachen mit Erler (und Kühlmann-Stumm für die FDP) traf, die beinahe bereits die perfekte Notstand-Gemeinsamkeit der Parteispitzen ergeben hätten. Damit demonstrierte Barzel in der Tat, was er in Fulda mit den beziehungsvollen Worten andeutete:

> „Die wahre Regierungsbasis für das Deutschland von morgen wird durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze fair zwischen den demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages hergestellt. So gestärkt, können wir dann jeder Belastung, die auf die Bundesrepublik zukommt, in nationaler Sammlung entgegensehen."

Man kann von daher verstehen, daß Erhard und Schröder persönlich nicht allzu stark zur Verabschiedung der Notstandsgesetze gedrängt haben. (Wohl Höcherl als Innenminister aus den Reihen der CSU, natürlich auch auf Geheiß seines Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß, der schon in der „Spiegel"-Affäre die mißliche Erfahrung machen mußte, daß ohne Notstands-Vollmachten beispielsweise der Pressefreiheit kein entscheidender Schlag zu versetzen ist.) Sie wünschen genau so wie ihre auf diesem Gebiet aktiven Parteifreunde die Notstands-„Demokratie" mit unbeschränkten Machtmitteln für die Regierung. Aber sie wollen sich nicht auf einen Preis für die SPD festlegen, sondern weiter mit der „kleinen Koalition" CDU-FDP regieren. Und sie werden, wenn diese Koalition noch einmal eine ausreichende Mehrheit bekommt, die SPD getrost mit Barzel rechten lassen, warum ihr auch für dieses Opfer der Eintritt in die Regierung nicht gewährt wurde. Erhard, Schröder und ihr Anhang kommen aus einem anderen weltanschaulichen und interessenbezogenen Lager als Barzel, Krone, Adenauer, Gerstenmaier. Schröder ist unter anderem deshalb Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, weil er in dieser Gruppierung jene Kräfte sammelt, die dem autoritären Katholizismus und seinen Mitläufern, denen es in erster Linie um den Obrigkeitsstaat geht, das Bild eines vom industriellen Kalkül bestimmten Wirtschaftsliberalismus entgegensetzen (der allerdings ebenso nationalistisch geprägt ist, aber dabei keine andere Hierarchie als ausschlaggebend anerkennen will als die Hierarchie des industriellen Management). Das führt zum Beispiel in Fragen der Bildungspolitik zu Auseinandersetzungen. Die Industrie will nichts mehr hören von Bekenntnisschulen, weil sie nicht leistungssteigernd wirken. Die Industrie lehnt — wie einer ihrer Analytiker, Günter Triesch vom Deutschen Industrie-Institut, Kandidat für den Posten des CDU-Parteisekretärs

nach der Wahl, in einer Denkschrift schon zu den vorjährigen Kommunalwahlen fesstellte — den „kleinbürgerlichen Honoratiorenklüngel meist klerikaler Prägung" ab, der in Mittel- und Kleinstädten „Kirchtumspolitik" betreibt ohne „straffe Bindung an die Leitsätze der Bundespartei". Die Industrie ist schließlich gegen die Bevorzugung der „grünen Front" in der CDU und für eine verstärkte Wirksamkeit der Union in den Großstädten. Das weithin noch „kleinbürgerlich-agrarische" Gepräge, das sich die CDU gebe, tadelte Triesch, mache sie „unzeitgemäß" und „unglaubwürdig" in den Strukturfragen, vor denen unsere Gesellschaft stehe. Stattdessen empfiehlt die Industrie, eher die nationale Welle schäumen zu lassen und gleichzeitig im Zeichen von Phrasen, die auch Erhard zur „Seelenmassage" verwendet, wie der „Notwendigkeit, im weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu bestehen", den „erreichten Wohlstand zu sichern", dafür „Opfer zu bringen als einsichtsvolle Staatsbürger" usw., die höchstmögliche Angleichung an die gesellschaftspolitische Herrschaftssystematik der Industrie in allen Lebensbereichen zu vollziehen. Dafür verheißt die Industrie, den Klerikalismus in der Union herunterzuspielen und somit kulturell „Toleranz" zu üben.

Tatsächlich kann der politische Katholizismus und auch der Dibelius-Flügel der Protestanten die Konzentration wirtschaftlicher Macht, wie sie die deutsche Großindustrie auf dem Weg neuer Kartellbildung anstrebt, nicht bedingungslos fördern, weil der Klerus auf die Sonderinteressen des Mittelstandes Rücksicht nehmen muß. Auch eine noch so „reformierte" SPD könnte da nicht voll mitmachen. Das ist der Hauptgrund, warum der Flügel Erhard-Schröder nicht von der kleinen Koalition mit der FDP lassen will. Nur wo Klerikalismus und Industrialismus sich treffen, wie etwa im Bund katholischer Unternehmer, sieht man auch in Industriekreisen die Dinge anders und meint, die beste Sicherung für die Industrieherrschaft im Staate sei ein Bündnis mit einem autoritären Klerus, das im Zeichen gemeinsamer Notstandsbefugnisse auch von den konkordatsfreudigen sozialdemokratischen Führern der Rechten mitgetragen werde. Wenn damit das Ziel der industrieförmigen Gesellschaft auch nicht perfekt erreicht werde, so doch unter weit geringeren Reibungsverlusten als bei der den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit weit stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückenden „bürgerlichen" Koalition.

Ein Verbindungsmann zwischen den Lagern ist der zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählte katholische Industrieanwalt Josef Hermann Dufhues. Nur bringt er für diese Funktion nicht genügend weltmännische Geschmeidigkeit mit und läßt allzu oft die Maske des „um das Gemeinwohl besorgten" Managers vor der Öffentlichkeit fallen. Deshalb trachten sowohl Katholiken als auch Industrielle danach, ihn durch einen gelenkigeren Politiker auszuwechseln. Doch böte sich dafür nur Rainer Barzel an, der schon anderweitig engagiert ist. Und so behilft man sich weiter, seufzend, einstweilen mit dem „Provinzler", wie ihn der Bankier Abs zu nennen beliebt.

Gleichwohl blieb es Dufhues vorbehalten, 1963 den „Wirtschaftsrat" der CDU zu gründen, in dem Wehrhahn und Abs friedlich vereint sind. Dieser Wirtschaftsrat, dem auch Industrielle angehören, die nicht CDU-Mitglieder sind, ist eine finanzstarke lobby, die mit Spenden die CDU-Kasse auffüllt (Mindestbeitrag 5000 DM) und mit Nachdruck Interessen der Wirtschaft durchficht. Etwa bei der Kandidatenaufstellung, bei der für die Bundestagswahlen 1965 besonders viele Unternehmer und Unternehmensmanager auf „sichere" Platze in den Reservelisten, bzw. zu einem „sicheren" Wahlkreis gelangten. Der prozentuale Anteil von Abgeordneten der CDU, die den Unternehmensleitungen beruflich behilflich sind, dürfte sich in der neuen Unionsfraktion verdreifachen. Dagegen sind christ-

lichsoziale Gewerkschafter in weit geringerer Zahl und meist auf ungünstigeren Plätzen als bei den früheren Bundestagswahlen berücksichtigt worden.

Interner parteipolitischer Gegner des Wirtschaftsrates sind nämlich die Sozialausschüsse der CDU, geleitet von dem katholischen Arbeiterführer Hans Katzer. Der Wirtschaftsrat hat seine ganze Aktivität darauf konzentriert, sozialpolitische Forderungen dieser Gruppe in der Fraktion nicht oder nur geschmälert zum Zuge kommen zu lassen. Nun wird Katzers Schar nur dezimiert in den nächsten Bundestag einziehen, womit die CDU-Manager auch verhindern wollen, daß etwa im Zusammenspiel der Sozialausschüsse mit der SPD, wie es bisweilen in den letzten Jahren geschah, unternehmerfreundliche Gesetzesvorlagen der Regierung zu Fall gebracht oder gar sozialpolitische Verbesserungen gegen die übrige CDU und FDP erstritten werden.

Der Wirtschaftsrat ist über diese lobby-Funktionen hinaus mit dem Fernziel ins Leben gerufen worden, die Integration einander widerstreitender Gesichtspunkte innerhalb der deutschen Industrie unter dem Dach der CDU zu bewerkstelligen. Darum ist die Zugehörigkeit zu diesem Verein auch von keinem Parteibuch abhängig gemacht worden. Nicht zuletzt soll die „brüderliche" Aufnahme von Parteilosen und FDP-Mitgliedern und die gemeinsame Verfolgung materiell lohnender Ziele ein Anreiz sein, Industriepolitik und CDU-Politik auf den gleichen Nenner auch in der Außen- und Militärpolitik zu bringen.

Von diesem Ziel ist die CDU allerdings noch weit entfernt, und es erscheint immer fragwürdiger, ob sie es je erreicht. Manche Industrielle, die sich um der handgreiflichen Vorteile willen durchaus für die Mitarbeit im Wirtschaftsrat erklärten, gehen beispielsweise in der Ostpolitik ganz andere Wege, suchen mit den Ländern des Ostblocks ins Geschäft zu kommen und sind an der Teilnahme der Bundesrepublik an einer Friedenskonjunktur interessiert, während sie sich nicht begeistert von den Verlockungen des Rüstungsgeschäfts zeigen. Aus diesen Kreisen ist auf die Bundesregierung ein gewisser Druck zum Abbau, zumindest zur Modifizierung der Hallsteindoktrin ausgeübt worden. Auch das Zustandekommen der deutschen Industrieausstellung in Bukarest und Sondierungen über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (als Anfang einer Normalisierung unserer Verhältnisse zu Osteuropa) wurden daher propagiert. Der Mittelsmann der CDU zu diesen Kreisen ist Außenminister Schröder. Ihm fällt eine Aufgabe gleich der Quadratur des Kreises zu. Er soll einerseits dazu beitragen, die deutsche Außenpolitik so geschmeidig zu machen, daß sie den Osthandel nicht behindert, andererseits aber politisch und militärisch — mit dem Ziel einer vollen deutschen Verfügungsgewalt über Atomwaffen aller Art — die deutsche Militärmacht gegen den Osten mitaufbauen. Schröder tat sich in dieser Hinsicht geradezu hektisch hervor, als der (an amerikanischer Besorgnis über deutsche Verfügungsgewalt gescheiterte) Versuch unternommen wurde, über das Gespensterflotten-Projekt der MLF Deutschland zur „gleichberechtigten Atommacht" zu erheben. An dem konstitutionellen Widerspruch zwischen der Bonner Handels- und Militärpolitik gegenüber Osteuropa beweist sich die Unglaubwürdigkeit aller angeblichen „Verständigungsbereitschaft" der CDU.

Das generelle Leitbild

Ein wichtiger Faktor der Ostpolitik der CDU ist der starke Einfluß, der den Vertriebenenverbänden eingeräumt wird. Diese Verbände blockieren mit ihren Forderungen nach den „Grenzen von 1937" und dem Bestehen auf dem Münchener Abkommen von 1938 jede Normalisierung der Beziehungen zu Polen und der CSSR. Der CDU-Landesverband Oder-Neisse, der nicht einmal eine einwandfrei demokratische Satzung besitzt, sondern „unabsetzbar" von einer Clique geleitet wird, in der Theodor Oberländer noch immer die beherrschende Rolle spielt, ist

ein tiefbraun getöntes Schattenkabinett des Revanchismus in Westdeutschland. Der Parteivorsitzende Adenauer hat gerade diesem in vieler Hinsicht irregulären „Landesverband" der Union immer seine besondere Sympathie gewidmet, sogar gegen Kritik aus den eigenen Reihen (so aus dem liberalen Landesverband Hamburg). Auch die „Exil-CDU" — aus der DDR geflohene CDU-Mitglieder — unter Ernst Lemmer ist unermüdlich in der Agitation für die „Wiedererlangung der verlorenen Ostgebiete" und für eine scharfe Fortsetzung des Kalten Krieges. Allerdings hat die „Exil-CDU" seit 1962 ihren „Erbhof", das Gesamtdeutsche Ministerium, verloren. Sie bekam unter Erhard für ihren Vorsitzenden Lemmer zum Ausgleich das Vertriebenenministerium eingeräumt, das einstmals durch die Politik Oberländers international bekannt wurde und nach dessen von der Weltmeinung erzwungener Absetzung mit Krüger einen weiteren Minister erhielt, der sich in der deutschen Besatzungszeit in Osteuropa schmutzige Hände gemacht hatte und auf Grund dokumentarischen Materials demissionieren mußte. Auch Lemmers Haltung während des Hitlerreiches war nachweislich zwielichtig. Der Landesverband Oder-Neisse und die Exil-CDU sind Kontaktstellen zu den rechtsradikalen Kreisen außerhalb der CDU, wie sie sich etwa um die „Deutsche National- und Soldatenzeitung" sammeln. Alarmierender noch als diese Verbindungen zwischen „Ehemaligen" ist die lebhafte Fühlungnahme von rechtsradikalen Organisationen und Presseorganen mit einigen Landesverbänden der Jungen Union, der Nachwuchsorganisation der CDU. Die Junge Union zeichnet sich nicht nur durch rücksichtslose Methoden der Diffamierung des Gegners im Wahlkampf aus oder als schlagkräftiger Saalordnertrupp gegen mißliebige Diskussionssprecher, bzw. gegen Leute, die nicht die erste Strophe des Deutschlandliedes mitsingen, sondern huldigt auch am unverhohlensten dem Militarismus. Ihr Idol ist Franz Josef Strauß. Als der Hamburger CDU-Sprecher Rollmann auf dem „Deutschlandtag" der Jungen Union in Saarbrücken 1964 Kritik an Strauß (vorsichtig dosiert) äußerte, wurde er niedergeschrien. Fälle wie Nagold wurden nicht der Bundeswehr, sondern den „Schmutzfinken in der deutschen Presse" angekreidet, die unsere Verteidigungsbereitschaft wieder einmal zersetzten. Der Ton, der in der Jungen Union gang und gäbe ist, läßt Schlimmes befürchten, wenn diese Generation nachwachsender CDU-Politiker einmal für „Disziplin und Ordnung im Staate" sorgen darf. Die meisten heutigen Mitglieder der Jungen Union scheinen nur von einem Vorsatz beseelt zu sein: Durch ingrimmige Hexenjagd gegen alle Andersdenkenden von links ihren Schneid zu beweisen. Gleichzeitig plädiieren sie für „Schluß mit Kriegsverbrecherprozessen" und Wiedereinführung der Todesstrafe, für staatliche Zensur über Kunst und Literatur, eine „Säuberung" von Funk und Fernsehen, den „Brutstätten des Linksliberalismus", und für die „Aktion saubere Leinwand" zwecks frommer Ausrichtung des Filmangebots. Die Junge Union ist in ihrer Führungsgruppe immerhin das Produkt der CDU-Parteischulen. Was dort gelehrt wird (und wer dort lehrt), verträgt sich kaum mit einer staatsbürgerlichen Bildung für die Demokratie.

Hier aber wird sichtbar, welche Zukunft die CDU dem ganzen Volk bereiten möchte. Begeisterung für den Kriegsdienst, verfolgungssüchtiger Antikommunismus, zu einem nicht unerheblichen Prozentsatz in gröbster ideologischer Manier „christlich" untermauert, an die „Traditionen" der „Heerführer des Zweiten Weltkriegs" anknüpfend — die Selbstrechtfertigungen von Hitlers Generalen und Admiralen, von Guderian, Manstein, Dönitz usw. gehören zum „Bildungsgut" der Jungen Union —, Gleichsetzung von konsequentem Antifaschismus mit kommunistischer „Wühlarbeit", blindes Vertrauen in starke Männer, auch wenn sie zur Gewalttätigkeit neigen und das Grundgesetz nicht ernst nehmen, aber autoritäre Exempel statuieren — das sind die „Tugenden", die im Spiegel der Jungen Union,

als einer „unbelasteten Generation", die verdrängten Sehnsüchte ihrer Lehrmeister reflektieren. Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates, Heinrich Krone, schrieb nach einem Treffen der Jungen Union, bei dem er als Gegner jeglicher Entspannungspolitik gefeiert wurde:

> „Beim Anblick dieser Jugend geht einem das Herz auf. Das ist eine Generation, die unser Erbe in Staat und Gesellschaft so entschieden verwalten und mehren wird, wie es der von Skrupeln gepeinigten älteren Generation nicht vergönnt war. Sie ist energisch, glaubensstark und zum äußersten Einsatz für ihre Ideale entschlossen."

Nun, Krone, kennt sich in der Strategie, welche die CDU empfiehlt, genug aus, um zu wissen, warum diese Jugend für die Ideale der Union schon zum äußersten Einsatz entschlossen sein muß. Es geht nämlich wieder einmal darum, daß die Deutschen an die Front müssen, damit die Front nicht aufgegeben wird. Diese Front verläuft allerdings quer durch Deutschland, teilt das wirkliche vom „sogenannten" Deutschland, nach CDU-Meinung. Und diese Front interessiert die westlichen NATO-Verbündeten nicht mehr allzu sehr. Also müssen wir dafür sorgen, daß sie immer wieder den Alliierten in Erinnerung gebracht wird. Und vor allem müssen wir stark genug werden, diese Front notfalls allein zu halten.

> „Wir müssen", faßte Heinrich Krone seine strategischen Erkenntnisse in einem Gespräch mit katholischen Redakteuren (in seiner Eigenschaft als Verbindungsmann der CDU zu kirchlichen Institutionen und zur Kirchenpresse) zusammen, „die bewegende Unruhe im Kalten Kriege sein. Das wird uns nur gelingen, wenn wir — etwa mit Bundestagssitzungen in Berlin — unser Recht, allein für ganz Deutschland zu sprechen, ständig im Angesicht des Ulbrichtregimes demonstrativ unterstreichen, wenn wir uns vor solchen Demonstrationen nicht abschrecken lassen, wenn wir nichts tun, was als eine Konzession an das Ulbrichtregime ausgelegt werden kann, wenn wir uns in allen diesen Fragen auf kein Gespräch einlassen und auch keinem Ratschlag uninformierter amerikanischer Kreise folgen, uns in unserem guten Recht einschränken zu lassen."

Krone, der lange dem Irrtum anhing, de Gaulle werde die Bundesrepublik gegen den Osten unterstützen, sagte in einem ähnlichen Gremium nach dem Besuch Gromykos in Paris, im April dieses Jahres, es sei nicht abzusehen, wie weit der französisch-sowjetische Flirt noch führen werde. Man müsse auf das Schlimmste, den Austritt Frankreichs aus der NATO, innerlich gefaßt sein.

> „In dem Augenblick können wir nur durch das Bild unserer entschlossenen, unverzagten Kampfbereitschaft die Vereinigten Staaten als Schutzmacht weiter an unser deutsches Schicksal fesseln."

In einem von Krone inspirierten Leitartikel der „Welt" wurde alsbald die Notwendigkeit einer engeren zweiseitigen deutsch-amerikanischen Militärallianz angesichts der wankelmütigen Haltung Frankreichs zur NATO gefordert. Die enttäuschten „Gaullisten" in der CDU sind heute die entschiedensten „Atlantiker". Ihre Spekulation ist, daß Johnson mehr vom Erbe seines geschlagenen Gegenkandidaten Goldwater übernommen hat, als die amerikanische Öffentlichkeit bei ihrem überwältigenden Plebiszit gegen den Goldwaterismus ahnte und wünschte. Genau wie die Provokateure in anderen Erdteilen, empfiehlt der Vorsitzende des Verteidigungsrates jedem, der es aus seinem Munde hören will, heute die Zuspitzung der Lage an der Demarkationslinie, um „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" den Amerikanern „den Ernst der Situation im gespaltenen Deutschland zu verdeutlichen, damit sie uns über den anderen Krisenherden in der Welt nicht vergessen". Dazu gibt es freilich manche Mittel. Krone kann, ebenso wie das gelegentlich der von ihm bewunderte Allan Dulles tut, zu gegebener Zeit auch mit dem Potential eines Geheimdienstes operieren.

Streit um Nuancen — sonst nichts

Gegenüber dieser harten Linie — wie sie in der CDU von der gesamten Parteispitze vertreten wird — verfolgt der CDU-Bundeskanzler und auch sein Außenminister einen vergleichsweise weicheren Kurs. Schröder hatte vor der Berlinsitzung des Bundestages im Kabinett einen harten Zusammenstoß mit Krone, weil er gegen die „nutzlose Demonstration" war. Er weiß zu gut, daß das Interesse der USA für ein Engagement in Berlin auch nicht durch provozierende Gesten der Bundesrepublik neu zu beleben ist, daß Johnson einfach für dieses Thema nicht zu Spontanreaktionen zu verlocken ist, von Engländern und Franzosen zu schweigen. Außerdem wird er, anders als der klerikale Krone, immer von Rücksichten auf die Stimmung im Düsseldorfer Industrieclub gebremst. Was Schröder vorschwebt, ist das Erreichen des gleichen Zieles mit vorwiegend politischen Mitteln, deren ständige Erprobung allerdings die Forderungen nach einer „angemesseneren" Berücksichtigung der Bundesrepublik in der NATO-Führung effektvoll untermauern soll.

Zu diesen politischen Mitteln rechnet Schröder die bedingungslose Bereitschaft, alle Aktionen der USA, auch wenn sie rundum die Verurteilung der Weltöffentlichkeit erfahren, „solidarisch" gutzuheißen, sei es in Vietnam oder in Santo Domingo. Frankreich hingegen muß bei jeder Gelegenheit den USA gegenüber als der unzuverlässige Partner hingestellt werden. England ist in seinen finanziellen Schwierigkeiten jede Hilfe zu gewähren, um es auf diese Weise konzessionsbereit gegenüber der Bonner Politik der planmäßigen, bewußten Verschlechterung des Verhältnisses zur Sowjetunion und zu einem Abrücken von Plänen einer europäischen Sicherheitskonferenz zu bewegen. Die Fiktion einer deutsch-angelsächsischen Partnerschaft, eines Antikominternpaktes Bonn—London—Washington, muß unter allen Umständen gepflegt und über die lenkbaren Presseorgane stets neu propagiert werden. Gerade deshalb aber ist Schröder der Ansicht, daß jede Maßnahme töricht ist, die, wie die Berlin-Demonstration des Bundestages, umschlägt in eine Bloßstellung der realen machtpolitischen Lage der Bundesrepublik, des Desinteressements seiner Verbündeten, einschließlich der Amerikaner und Engländer, an jedem Kraftakt zugunsten des Bonner Prestiges. Solche Peinlichkeiten, das ließ Schröder bei der Tagung „seines" Evangelischen Arbeitskreises der CDU Ende Mai erkennen, „gefährden nur zur Unzeit unseren Anspruch auf Verfügung über Atomwaffen". Wenn uns die von Schröder und Erhard erhofften Positionen in der NATO und wenn uns die Verfügung über Atomwaffen angeboten worden sind — Mc Namara scheine damit zu operieren, wenn auch zunächst mal als Druckmittel gegen Frankreich —, dann erst habe Bonn die nötige Bewegungsfreiheit, auch strategisch „selbständiger" zu operieren. Solange aber heiße es brav sein und in der Rolle des Musterschülers die USA von der erlangten moralischen Reife zu überzeugen.

So aufschlußreich dieser Streit um Nuancen ist, bestimmt durch den Hintergrund des jeweiligen Milieus, ob industriell-rational oder klerikal-emotional: was in der CDU kaum zur Debatte steht und gar nicht in ihren Führungsgremien, das ist die Möglichkeit einer ernsthaften europäischen Sicherheitspolitik und eines deutschen Beitrages dazu. Von der Wiedervereinigung Deutschlands wird nach wie vor nur in einem Tone gesprochen, der die selbstverständliche Einkassierung der DDR — eines guten Tages, wenn man „langen Atem" behält — einschließt. Mit welchen Mitteln das geschehen soll, darüber gibt es keine Vorstellungen in der CDU. Es gibt nur Aufmarschpläne. Gespräche mit Ostberlin werden in der CDU strikt verpönt, und sie werden von CDU-Sprechern scharf attackiert, falls Außenseiter in der FDP oder SPD sie gelegentlich als im Bereich des Menschenmöglichen liegend auch noch so theoretisch erörtern. Insofern nennt

Barzel zutreffend die ein wenig aufgelockerte Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber einigen Ostblockstaaten (bei Vereisung gegenüber der Sowjetunion) eine Politik der versuchten „Einwirkung" auf diese Länder, die mittelbar gegen die DDR gerichtet ist. „Wir müssen Ostberlin isolieren", gesteht auch Schröder ein. Als der Mainzer evangelische Theologieprofessor Pannenberg indes beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU anregte, doch endlich die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, stellte Schröder klar, daß ein solcher Gedanke noch immer böseste Ketzerei für die CDU bedeute. Er distanzierte sich mit Vehemenz davon. Das aber heißt, daß er ernstlich eine Normalisierung des Verhältnisses zu Polen mit seiner Politik der halben Gesten keineswegs anstrebt. Wie denn überhaupt die ganze Erhard-Schröder-Politik nur eine berechnete Schau für deutsche und amerikanische Gemüter zur Verschleierung der wahren Intentionen ist. Deren Voraussetzungen aber müssen erst „heranreifen".

Die Zeiten Johannes' XXIII. sind in Deutschland vorüber

Mit welcher Strategie will die CDU nun ihre Position als Regierungspartei verteidigen? Welche Reserven hat sie aufzubieten? Wie kann sie sich trotz ihrer rivalisierenden Gruppen und der Rückschläge, die sie in der letzten Legislaturperiode angesichts des ihr zuwiderlaufenden Trends der Weltpolitik hinnehmen mußte, als überzeugende und erfolgreiche einheitliche Mannschaft dem Wähler präsentieren?

Das CDU-Rezept für die Wahl heißt nicht Einheit, sondern Vielfalt, heißt, jede Bevölkerungsschicht spezifisch ansprechen, und kennt nur einen Einheitswert, der mit dem Namen Erhard identisch sein und bleiben soll: die Konjunktur. Ihre Gefährdungen und Erschütterungen können heute noch kaschiert werden. Die Welle der Automation mit ihrer Problematik hat die Bundesrepublik noch nicht krisenhaft erreicht. Daß dafür keinerlei Vorsorge getroffen ist, kann unerwähnt bleiben. Die Notstandsfrage wird dreist zur „Pflicht der Vaterlandsverteidigung" verfälscht. Die Bildungskatastrophe wird, etwa von Dufhues, als „Phrase der SPD" bagatellisiert. Die Misere der Politik der CDU soll als nationaler Notstand interpretiert werden, von den „alten Feinden Deutschlands" ausgelöst.

Die wirksamste Idee, Wahlhelfer zu mobilisieren, sieht die CDU in der Mobilisierung der etablierten Mächte, denen am künftigen Notstandsregiment über das Volk jede erwünschte Beteiligung eingeräumt wird. Dem Bundesverband der Deutschen Industrie sind, auch für den Fall einer Großen Koalition, so weitreichende Zusicherungen gemacht worden, daß von hier aus wieder alle Gelder fließen. Werbestrategen der Industrie sind nach dem Kalkül modernster Reklametechnik an der Arbeit, mit Erhard noch einmal die Marktwirtschaft als Schlaraffenland auszumalen. Auch wird es vor den Wahlen keine wesentlichen Preiserhöhungen mehr geben. Lohnkämpfen werden die Unternehmer bis zum September weithin auszuweichen trachten. Barzel hat in Gesprächen mit dem Bundesverband der Industrie auf seine Weise ein Abkommen über größtmöglichen sozialen Frieden und eine Schonzeit für die Verbraucher wie für die Währung erzielt. Sein Argument: „Jeder Eklat in dieser Richtung kann uns noch entscheidende Stimmen kosten." Die Industrie ihrerseits ist zufrieden mit dem ihr zugestandenen erheblich vergrößerten Einfluß, den sie nach der Wahl in der CDU-Fraktion in jedem Fall zum Zuge bringen kann. Vor allem natürlich in einer CDU-Regierungspartei. Die „Verjüngung" von Parlament und Regierung soll nicht unerheblich zu ihren Gunsten ausfallen.

Weit erstaunlicher als diese Entwicklung, auf die immerhin mit dem Instrumentarium des Wirtschaftsrates seit 1963 zielbewußt hingearbeitet wurde, ist allerdings das neuerliche bereite Einschwenken der katholischen Kirche auf die CDU-

Linie, woran auch das Konkordat der SPD mit dem Vatikan in Niedersachsen nichts mehr änderte (das der SPD wahrscheinlich nur einen Verlust an Glaubwürdigkeit und Stimmen einbringt). Es ist an vielen Symptomen zu beobachten, angefangen von dem Erscheinen eines Abgesandten des Kardinals Döpfner, des Prälaten Maier, beim Landestreffen der CSU, wobei er Strauß und den Seinen „reiche Aussaat" wünschte, über die neuerliche „spontane" CDU-Begeisterung kirchlicher Blätter und Kommentatoren, bis hin zu dem eindeutigen Spektakulum der Kolping- und KAB-Verbandstage in Köln und Dortmund, bei denen CDU-Prominenz das Wort führte und Wahlkampfreden gegen SPD und FDP gehalten wurden. Das alles schien vor einem halben Jahr noch kaum denkbar. Zu Jahresbeginn hatte vielmehr das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Godesberg „Empfehlungen" herausgegeben, die lediglich katholische Sachwünsche, adressiert an alle Parteien, anmeldeten. (Alle Parteien des Bundestages versicherten daraufhin, vollkommen mit diesen katholischen Wünschen übereinzustimmen.) Nun aber scheint sich der offizielle deutsche Katholizismus zu einer neuen umfassenden Hilfsaktion für die CDU wieder bereitgefunden zu haben. Auch in diesem Falle war es Barzel, der den Vermittler spielte, unterstützt von Krone und dem Wohnungsbauminister Lücke (dem Präsidenten des Katholikentages von Hannover). Dabei kommt es der katholischen Kirche vor allem darauf an, eine Abwanderung der katholischen Arbeiterschaft aus der CDU zu verhindern. Seit die Gewerkschaften in der Notstandsfrage so eindeutig gegen die autoritären Kräfte Front machten, ist der deutsche Klerus entschlossen, die katholischen Arbeitnehmer wieder mehr an die eindeutig notstandsbejahende CDU zu binden, die für gewerkschaftliche Initiativen und Anregungen nahezu unerreichbar ist. So wurde auf dem KAB-Verbandstag in Dortmund unter massivem Druck des Klerus der eindeutig klerikale CDU-Bundestagsabgeordnete und Gründer der „Christlichen" Zwerggewerkschaft Bernhard Winkelheide zum neuen Verbandsvorsitzenden (nach dem Tode von Johannes Even) gewählt, gegen den für eine solidarische Haltung mit dem DGB und der ganzen Arbeiterbewegung plädierenden Bildungssekretär Heinz Budde. Winkelheide sagte nach der Wahl unverhohlen, nun gelte es, mit Hilfe der Katholischen Arbeiterbewegung die Bundestagswahlen für die Union zu gewinnen. Der geistliche Verbandspräses Wöste bekräftigte dieses parteipolitische Bekenntnis. Er sagte den katholischen Arbeitnehmern in einem Kulturkampfstil, wie man ihn im deutschen Katholizismus schon fast überwunden glaubte, wie er aber nun neu entfacht zu sein scheint:

> „Es gilt, gegen liberalistische und sozialistische Einflüsse unseren Staat und unsere Gesellschaftsordnung zu verteidigen."

Und zumindest unter den Delegierten hatten solche Sprüche zündende Wirkung, ausgestattet mit der geistlichen Autorität. Ob die Kirche allerdings diesen Umschwung, doch noch zugunsten der CDU zu intervenieren, ihren Getreuen bis zur Wahl überall einprägen kann, bleibt abzuwarten. Der katholische Laie, der sich als mündiger Christ fühlt, hat nicht zuletzt die Debatten und Dokumentationen über die politische Stellung der katholischen Kirche zu dem mit einem Ermächtigungsgesetz regierenden Hitlerregime aufmerksam verfolgt und sich seine Gedanken dazu gemacht. Außerdem gelang es schon unter vergleichsweise günstigeren Umständen in den fünfziger Jahren nicht, die überwiegende Mehrheit katholischer Arbeiter auf kirchlichen Wink der nach dem Kriege begründeten Einheitsgewerkschaft wieder zu entfremden. Schließlich waren es nur 30 000, die diesem Appell folgten. In der Katholischen Arbeiter-Bewegung waren damals auch die meisten Funktionäre für die CGD, aber über neunzig Prozent der Mitglieder verblieben im DGB. Sie wählten zwar überwiegend weiter die CDU, aber sie haben doch gemerkt, wie einflußlos das Häuflein um Hans Katzer nunmehr ge-

worden ist, wie von vornherein dezimiert es in die Wahlentscheidung geht, vieler ihrer Kandidaten mangels Berücksichtigung auf den CDU-Wahlvorschlägen bereits „vor der Schlacht" verlustig.

Und dennoch soll man nicht unterschätzen, daß die neuerliche Stärkung der CDU durch den katholischen Klerus — es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch wieder ein eindeutiges Hirtenwort für die CDU zur Wahl verlesen werden — ein Trumpf ist, auf den die CDU fast schon nicht mehr gezählt hatte. Die Zeiten Johannes' XXIII. sind in Deutschland vorüber, ehe sie sich recht auswirken konnten. Industrie und Klerus bieten sich wie zu Adenauers Zeiten erneut als Stützen der Union an. Wenn auch die Industrie auf die „kleine" und die Kirche auf die „große" Koalition setzt.

Nur in der entschiedenen Verteidigung der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes kann die Alternative der übrigen Parteien bestehen. Die CDU identifiziert sich wieder einmal fälschlich mit dem Staat. Unter Voraussetzung des Bruchs des Grundgesetzes durch seine „Erweiterung" zum Ermächtigungsgesetz lädt sie die anderen Parteien zum Mitregieren ein. Was aber bleibt dann noch von den vielgepriesenen Freiheiten unserer Bundesrepublik für das vor keine Wahl mehr gestellte Volk übrig? Nur der Versuch, wie wir ihn in diesen Tagen erleben, mit außerparlamentarischen Mitteln die Grundrechte zu verteidigen. Die CDU freilich folgt in ihrer Entwicklung dem Gesetz, das Konrad Adenauer ihr spätestens in dem Augenblick aufnötigte, als er freiwillig und ungefragt den westlichen Alliierten die Remilitarisierung Deutschlands vorschlug und damit den Kalten Krieg zur Wiederherstellung eines neuen deutschen Untertanenstaates und zur schrittweisen Demontage der republikanischen Verfassung zu nutzen begann. Er hatte dabei, um mit Prälat Maier zu sprechen, „eine reiche Aussaat".

Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.

Hitler verwirklicht seinen Grund-Plan (I)

Zur Psychologie und Soziologie der nationalsozialistischen Diktatur und Expansion

I

Diktatoren gleichen Bakterien — sie entwickeln sich nur, wo und soweit sie einen passenden Herd finden. Die revolutionären Verhältnisse, die diese Herde bilden, sind in der Weltgeschichte gar nicht so sehr häufig, und so müssen wir annehmen, daß Millionen von Diktator-Kandidaten, die es unter geeigneten Verhältnissen zu etwas bringen könnten, im Strom des Geschehens unentdeckt vergehen — ganz wie Bakterien ohne passende Pflanzstätte. Und selbst wenn schließlich geeignete Verhältnisse eintreten, die solche Entwicklungen begünstigen, haben nicht alle der vielen verschiedenartigen Typen von Diktator-Kandidaten die gleiche Gelegenheit zum Aufstieg — ein Los, das sie wiederum mit den Bakterien teilen, die sich niemals alle zur gleichen Zeit entwickeln, da die Voraussetzungen hierfür ganz verschiedenartig sind.

Bereits die Diktatoren der Vergangenheit — sowohl die Tyrannen Griechenlands, Siziliens, der Renaissance wie auch die Sterne erster Ordnung, ein Cäsar, Cromwell, Napoleon, schwimmen sämtlich auf revolutionären Fluten einher. Sobald diese Fluten verebbten, bildet sich auch die Tyrannis und Diktatur zurück. In

England, wo es im Lauf der Geschichte nur eine einzige große Sozialrevolution gab, findet sich auch nur ein vereinzelter Diktator: der aus dieser Revolution hervorgestiegene Oliver Cromwell. Anders liegen die Dinge auf dem Festland, wo es stehende Heere gibt, was dazu anreizt, soziale Gegensätze mit den Waffen auszutragen. In bewaffneten Republiken — in Frankreich seit der Großen Revolution, in Lateinamerika und an vielen Stellen des heutigen Erdballs — herrschen auch Tyrannis und Diktatur in Permanenz. Der Diktator-Kandidat sucht sich in solchen Fällen des Beistands der Armee zu versichern, sofern er nicht überhaupt selbst ihr angehört und durch Eingreifen in die revolutionäre Bewegung seinem Generalsrang Dauerhaftigkeit verleiht. Das ist freilich ein nicht ungefährliches Spiel, besonders solange die Revolution Hochflut hat. In Frankreich fallen nach 1789 mehrere solcher Figuren über Bord und weichen der Diktatur von unten unter Maximilian Robespierre; zu einer dauerhaften Diktatur kommt es erst, als einer der Anhänger Robespierres, der junge General Napoleon Bonaparte, der verängstigten Oberschicht der Revolution die Hand zum Bunde reicht und so die Bewegung spaltet und für sich gewinnt. Als eine Festlands-Republik, die ihren Bestand mit den Waffen verteidigen muß, bietet Frankreich der Diktatur auch weiter gute Aussichten. Zu Ende des Revolutionsjahres 1848 kommt es zur Präsidentschaft eines weiteren Bonaparte, der sich einige Jahre später mit Hilfe der Armee zum Diktator und unter der Bezeichnung Napoleon III., wie sein großer Onkel, schließlich zum Kaiser macht. Gegen Ende der achtziger Jahre führt eine Sozialkrise beinahe nochmals zu einer Militärdiktatur, unter dem General Boulanger, die hauptsächlich an dessen Unfähigkeit scheitert. Nach der Niederlage des Landes im Kampf gegen Hitler kommt es zur gegenrevolutionären und profaschistischen Diktatur unter dem alten Marschall Pétain, und als dann nach Hitlers und Pétains Sturz abermals eine französische Republik errichtet wird, entsteht nach einer neuen schweren Sozialkrise durch Eingreifen der Armee wiederum eine Gewaltherrschaft: die sogenannte Fünfte Republik — praktisch nichts als eine kaum verhüllende Verkleidung für das unumschränkte Walten des Generals de Gaulle.

II

Das Deutsche Reich ist durch den Sturz der Monarchien im Jahre 1918 ebenfalls in die Stellung einer bewaffneten Republik gelangt, freilich mit dem Unterschied, daß die Bewaffnung des Staats durch den Versailler Vertrag beschränkt war und daß die Versuche zur Unterdrückung der Republik mit den Waffen, die auch hier gleich nach dem Umsturz begannen, unter Verhältnissen einsetzten, die der Diktatur des Marschalls Pétain im Frankreich der Hitlerzeit ähnelten: Es fand eine Gegenrevolution unter Mitwirkung geschlagener Heerführer statt.

Daß in Deutschland, im Gegensatz zu fast allen übrigen Ländern, in denen sich Fälle von Diktatur ereigneten, die Diktatur bisher ausschließlich in ihren antirevolutionären Formen vorkam, ist durch seine Geschichte und seinen Gesellschaftsaufbau begründet. Geographisch der Kernteil des vormaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, war Deutschland durch seine Vorstellungen von deutscher Macht, Größe, ja kultureller und selbst körperlicher Überlegenheit erfüllt, die zu den Ergebnissen seiner geschichtlichen Entwicklung in einem grotesken Mißverhältnis standen. Abseits der großen Seewege gelegen, die die alte mit der neuen Welt jenseits des Atlantik verbanden, hatte Deutschland es nicht verstanden, rechtzeitig ein starkes gewerbliches Bürgertum, einen kräftigen Nationalstaat und ein gewaltiges Herrschaftsgebiet zu erringen, das jenen alten Träumen entsprach. Der verspätete Versuch unter Wilhelm II., das Versäumte nachzuholen und der im 19. Jahrhundert rasch aufgeblühten Industrie und ihren

Arbeitern ein neues Haus zu bauen, in dem auch der Adel noch seinen gewohnten führenden Platz hatte, war 1918 zusammengebrochen. Die Niederlage hatte die Verwirklichung jener Wunschträume noch weit mehr zweifelhaft gemacht als je. Zum Sieg der Gegner Deutschlands im Außenraum war die Übernahme der Macht im Inneren durch Schichten getreten, die jeden Versuch einer nationalen Gegenbewegung als abenteuerlich ablehnten. Aus der so entstandenen Spanne zwischen dem Wahn von über einem Jahrtausend und der Wirklichkeit von 1918 ist die deutsche Form der Diktatur hervorgegangen.

Da die Verhältnisse nach dem November 1918 eine Zusammenarbeit zwischen dem aus der Staatsmacht vertriebenen Adel, der Industrie, der Masse des Bürgertums und den hinter ihm einherhinkenden kleinbürgerlichen Schichten förderten, ergab sich, daß keiner der vielen Versuche, diese Lage zum Sturz der Republik und zur Errichtung einer Diktatur zu benutzen, sich etwa an das Vorbild Napoleons oder der vielen sonstigen revolutionären Diktatoren anlehnen konnte. Der psychologische Typus, der nunmehr gefragt war, war der eines Führers der Gegenrevolution, nicht der Revolution. Keiner gewöhnlichen Gegenrevolution freilich, bei denen der starke Mann an der Spitze von ihm gewonnener oder verführter Truppenteile die Hauptstadt besetzt und die Zivilregierung vertreibt. Der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der dies 1920 versuchte, ist elend gescheitert. Auch die Führer der vielen sogenannten Freikorps — kleine zusammengestellte Einheiten aus erwerbslos gewordenen früheren Militärs und sonstigen Kriegsteilnehmern, die sich nach 1918 der Republik zur Bekämpfung einzelner kommunistischer oder sonstiger Unruhen zur Verfügung stellten und dann ihre Verbände zu verewigen suchten — taugten hierzu meist nicht. Ehemalige Beamte, wie Kapp, oder Berufsoffiziere entbehrten eben des bacillus dictatorialis, auf den es hier ankam und ohne den sich heute weder revolutionäre noch gegenrevolutionäre Bewegungen großen Stils führen lassen. Eigentliche Militärdiktaturen, bei denen der starke Mann nicht mindestens durch eine das Volk darstellende Flügelgruppe — wie Franco's Falange — unterstützt wird, sind heute eine Seltenheit und existieren höchstens in sehr zurückgebliebenen Staaten. Im Falle des Deutschland der Weimarer Zeit kam hierzu noch etwas weiteres, ungemein Wichtiges, das die ganze Form der gegenrevolutionären Diktatur bestimmte: Der künftige Führer der Gegenrevolution mußte besonders darauf bedacht sein, sich mit Rußland auseinanderzusetzen, das 1917 in die Hände Lenins und des Kommunismus gefallen war. Vielen Anhängern der 1918 gestürzten deutschen Gewalten schien es, als sei eine wirkliche Rückkehr der alten deutschen Ordnung oder deren Ersatz durch etwas Passenderes unmöglich, solange der Staat Lenins und seines Nachfolgers, Josef Stalin, weiterbestehen dürfe.

III

An diesem Punkte schieden sich die Geister, und diese ungemein wichtige Frage bestimmte auch die Lösung des Problems, welcher der recht zahlreichen Kandidaten für die deutsche Diktatur schließlich das Rennen machen durfte. Für den Adel besonders Preußens, der das Geschick des Reichs dank Bismarck so stark mitbestimmte, waren gute Beziehungen zu dem ungeheuren Nachbarreich des Ostens lange eine Selbstverständlichkeit gewesen. Rußland und Preußen, später Preußen—Deutschland, waren Bollwerke des europäischen Konservativismus; beide hatten, in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn, Polen unter sich geteilt, und beide befürchteten mit Recht, daß ein Bruderkrieg zwischen ihnen die demokratischen Westmächte stärken und im unterliegenden Staate die Gegner des Monarchentums zur Herrschaft bringen würde. Darüber hinaus hatte der als „Junker" bekannte preußische Adel noch einen weiteren Grund, einen solchen Zusam-

menstoß zu meiden. Im Vergleich zu seinem Nachbarn im Osten war Preußen winzig klein, mußte also im Falle eines Krieges sein Offizierskorps zu einem Grade mit bürgerlichen Elementen durchsetzen, der das seit Jahrhunderten sorgfältig gehütete Monopol des Adels in der Besetzung der oberen Offiziersstellen endgültig zu zerstören drohte. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, bei dem beide Reiche gegeneinander fochten, hat dann in der Tat die befürchtete Wirkung gehabt. Der Krieg zertrümmerte die Stellung des russischen Adels für immer und erschütterte die der preußischen Junker so stark, daß sie sich nie mehr richtig erholten; im Zweiten Weltkrieg besiegelte sich dann auch ihr Geschick.

Unter diesen Umständen konnte ein deutsches Diktatur-Programm, das einen Angriff auf Rußland, das zur Sowjetunion umgewandelte Hauptbollwerk des europäischen Kommunismus, in sich schloß, nur von Leuten durchgeführt werden, die keine psychologische Bindung an die Junker besaßen. Und auch dies erst in einem Augenblick, wo ein gesellschaftlicher Erdrutsch innerhalb Deutschlands den Rest der Stellung erschüttert hatte, die die Junker selbst nach der Niederlage des Kaiserlichen Deutschland im Jahre 1918 noch innehatten.

IV

Da die Junker seit dem Großen Kurfürsten mehr und mehr zum Vorbild des preußischen und später des preußisch-deutschen Kriegsgeistes geworden waren, enthielt das Programm eines gegen ihren eigentlichen Willen, ja gegen ihr wohlverstandenes Interesse unternommenen Massenkriegs zu ihrer Rettung einen tiefen Selbstwiderspruch, der auch in beiden Weltkriegen sehr deutlich zum Ausdruck kam. Seine Träger waren in beiden Kriegen nicht-adelige Männer, die das alte Preußentum, so sehr sie seinen Militärgeist schätzten, in Abenteuer hineinrissen, die schließlich allen Beteiligten zum Verhängnis wurden. Der erste dieser Männer, Erich Ludendorff, fühlte sich als Sohn eines stramm-preußischen, aber bürgerlichen Gutsbesitzers aus den polnisch besiedelten Ostgebieten Deutschlands gewissermaßen durch die Weltgeschichte „beim Portopee genommen", Preußen-Deutschland, koste es was es wolle, militärisch unverwundbar zu machen. Obschon an sich ein Verehrer des Kriegsadels und der preußischen Tradition, war er bereits vor 1914 Hauptverfechter aller Pläne, Deutschland durch Heeresverstärkung, wenn nötig auf Kosten des alten adeligen Preußens, stark zu machen. Er wurde so, nicht zur Freude seine adeligen Vorgesetzten, der Vater der Militärvorlage von 1913, die die größte Heeresverstärkung vorsah, die Deutschland vor 1914 erlebt hat. Im Weltkrieg zur Verteidigung des bedrohten Ostens entsandt, wurde er gemeinsam mit seinem Chef, General von Hindenburg, noch im Monat des Kriegsausbruchs durch seinen Sieg bei Tannenberg das Symbol einer Ostkriegführung, die Deutschland, zum Kummer der preußischen Junker, in die Weite der russischen Steppen hinauslocken mochte. Der schwere Kriegsmaterial- und Munitionsmangel der zahlenmäßig überlegenen russischen Streitkräfte verhalf ihm bereits im nächsten Jahre, 1915, zu weiteren Siegen im Osten, die im Westen so nicht möglich gewesen wären. Die Fehler der deutschen Kriegführung im Westen, wo sich die Blüte Deutschlands vor Verdun verblutete, machte dann die erfolgreichen beiden Ostgenerale zu Häuptern einer praktischen Militärdiktatur. Ludendorffs weltgeschichtlich folgenreichstes und für ihn selbst erfolgreichstes Strategem, die Durchschleusung Lenins im plombierten Eisenbahnwagen auf dem Weg ins revolutionär gewordene Rußland, war ein Schachzug, den ein echter preußischer Junker wohl kaum fertiggebracht hätte. Daß er dann trotz vollständigen Erfolgs im Osten bei seinem riesigen Endangriff im Westen auf ausgeruhte und technisch überlegene Gegner stieß, die ihm den Sieg aus den Händen rissen und Deutschland zu Fall brachten, war etwas, das er sich rational nicht erklären

konnte oder mochte. So entwickelte sich denn in ihm in den etwa zwei Jahrzehnten, die er nach der Niederlage noch lebte, eine schwere Psychose, deren Natur und Verlauf von hohem geschichtlichen Interesse ist, da sie — wenn auch als Ergebnis eines Falls von schwindelnder Höhe — so viel gemein hat mit der seelischen Bombe, die seinen Bewunderer Adolf Hitler, den Mann von der tiefsten Stufenleiter des Heeres, in eine noch weit weniger erreichbar scheinende Höhe hinaufschnellte.

Niemand versteht die deutsche Geschichte, der die eigenartige seelische Entwicklung außer acht läßt, die sich in diesen beiden Männern vollzog, denen der Verlauf des Krieges und der Nachkriegszeit gesellschaftlich den Weg zur Spitze freimachte*), und der es sich klar zu machen versäumt, wie die Entladung ihrer seelischen Spannungen die gesellschaftliche Entwicklung weitertrieb. Wer es unternimmt, in diese Fragen einzudringen, muß freilich gegen geistige Krankheiten ebenso gefeit sein wie jemand, der ein Irrenhaus betritt und der so in die Gefahr gerät, sich der Argumentation der Irren anzuschließen. Die Form und Weite der in Ludendorff entstandenen seelischen Spannung wurde sehr wesentlich bestimmt durch seine nach beiderseitigen Scheidungen zu Mitte der zwanziger Jahre zustande gekommene Ehe mit der anziehenden, aber seelisch bereits völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Dr. Mathilde von Kemnitz, geborene Spieß, aus Wiesbaden, die damals, ebenso wie Ludendorff, in München lebte und in dortigen pazifistischen Frauenorganisationen, denen sie zeitweise nahetrat, ihrer hysterischen Ausbrüche halber als „Heulboje" bekannt war. „Mathilde", so schrieb Ludendorff später, wurde ihm die „Führerin zur Gotteserkenntnis. Wir fanden den Schlüssel zur Weltgeschichte insonderheit in dem Wirken der geheimen überstaatlichen Mächte, des Juden mit seinen Wahnlehren von der Christenlehre bis zum Kommunismus und Bolschewismus und Roms mit entsprechenden Irrlehren, die [im Falle Roms] ebenso wie beim Juden in der Bibel und im Okkultismus wurzelten." Unter den Erkenntnissen, die den deutschen Feldherrn und de facto-Diktatur des Ersten Weltkriegs schließlich dazu trieben, im „Ernting" (Herbst) 1927 gemeinsam mit seiner Frau seine „Kampfziele" aufzustellen, gehören Einsichten folgender Art: Die von dem englischen König Edward VII. beeinflußte Konferenz von Algeciras (1906) war die Probemobilmachung der Freimaurerei gegen Deutschland. Geleitet von den Großlogen Frankreichs und Deutschlands, inszenierten die Freimaurer unter anderem die Ermordung des serbischen Königs Alexander Obrenowitsch, der durch einen Feind der Mittelmächte ersetzt wurde, sowie wenig später (1908) die Jungtürkische Revolution. Der „Großlogenschieber und Betrüger" Helphand-Parvus verleitete ihn, Ludendorff, dazu, Lenin nach Rußland zu befördern — eine Abschiebung der Verantwortung für einen seiner wichtigsten eigenen Entschlüsse. Am „Jahrestage", dem 26. Oktober 1918, erreichten Ludendorffs Gegner dann seine Verabschiedung (an der er anscheinend ebenfalls schuldlos war, auch wenn er inzwischen den Krieg verloren hatte). Den Freimaurern gelang es dann, auch den alten Hindenburg von ihm wegzureißen. „Ich persönlich zweifle nicht daran", schreibt er mit Abscheu, „daß Generalfeldmarschall von Hindenburg selbst Freimaurer war ... [Er] hat mich genau so an die schwarz-rot-gelbe Revolution verraten wie am 9. 11. den Kaiser, dem er zudem Treue geschworen hatte." Die Männer, die 1925 den Locarno-Pakt vereinbarten, dessen friedliche Absicht Ludendorff gründlich mißfiel, waren Ludendorff zufolge alles Freimaurer, und „auch der frühere Freimaurer Mussolini hatte sich eingefunden." Nicht minder stark aber war Ludendorffs Haß gegen Rom. Lange

*) Dies gilt nicht nur von Hitler, sondern besonders auch von Ludendorff selbst. Seine militärischen Leistungen erlaubten ihm, eine lange Serie von Generalen zu überspringen, die der Rangliste nach ein größeres Anrecht auf seine führende Stelle hatten als er.

Kapitel in seinen Schriften sind besonders der „Dressur im Schwarzen Zwinger", das heißt dem Jesuitentum, gewidmet.

Man erinnert sich aus Thomas Manns „Zauberberg" der mit großer Liebe gezeichneten Figuren Settembrinis, der Verkörperung des Freimaurertums, und seines dialektischen Gegners Naphta, des zur Römischen Kirche übergetretenen Juden, der die Jesuiten verteidigt. Es blieb dem deutschen Führer im Ersten Weltkrieg überlassen, diese sich streitenden Gegensätze, ja obendrein noch das Christentum als solches, die Juden und selbst die Mohammedaner in einen Topf zu werfen und ihnen allen miteinander den Krieg zu erklären.

War das Wahnsinn? Für den Kenner der deutschen Geschichte und Psychologie nicht ohne weiteres. Und überdies, es hatte Methode. Es handelte sich hier um einen ganz bewußten Versuch, die deutschen Massen aus ihrer alt-überlieferten militärischen und gesellschaftlichen Hörigkeit gegenüber Adel und Monarchen zu befreien, sie von allen geistigen Klammern zu lösen, die sie noch an diese versinkende Welt banden, und ein Massenheer auf die Beine zu stellen, das ohne alle Rücksicht auf die adelige Furcht vor Bewaffnung aller Nicht-Adeligen den Kampf gegen Moskau zu führen gewillt war. Nicht zufällig verfaßte Ludendorff in eben den Jahren, wo er diese Ideen aufnahm und verbreitete, sein berühmtes Buch „Der Totale Krieg". Mit Wohlgefallen zitierte er damals die bekannten Prophetenworte von Heinrich Heine — einer Gestalt, die im übrigen in jeder Weise das genaue Gegenteil des Ludendorffschen Ideals war:

> „Das Christentum — und das ist sein schönstes Verdienst — hat die brutale germanische Kampflust einigermaßen besänftigt, konnte sie jedoch nicht zerstören, und wenn einst der zähmende Talisman, das Kreuz, zerbricht, dann rasseln wieder empor die Wildheit der alten Kämpfer, die unsinnige Berserkerwut, wovon die nordischen Dichter soviel singen und sagen. Jener Talismann ist morsch, und kommen wird der Tag, wo er kläglich zusammenbricht . . . Der deutsche Donner ist freilich auch ein deutscher und nicht sehr gelenkig und kommt etwas langsam herangerollt; aber kommen wird er, und wenn ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat, so wißt, der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht . . . Es wird ein Stück aufgeführt werden in Deutschland, wogegen die französische Revolution wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte."

Ludendorff selbst war freilich schon zu alt und als typischer preußischer General nicht der Mann, in der Nachkriegswelt mit ihrer aufsteigenden Arbeiterbewegung und ihren zahllosen Sozialproblemen die Führung zu übernehmen: es fehlte ihm der Tropfen sozialen Öls, mit dem ein Nachkriegs-Diktator gesalbt sein mußte. Überspielt von seinem Bewunderer und zeitweiligen Bundesgenossen Adolf Hitler, verschwand er in den Jahren nach dem von beiden unternommenen verunglückten Putsch von 1923 immer mehr im Hintergrund.

V

Zum Unterschied von Ludendorff, bei dem solche Gedanken erst verhältnismäßig spät, als Folge einer durch seinen ungeheuren Sturz im Jahre 1918 ausgelösten schweren Psychose auftreten, war Hitler ein Mann, bei dem sich eine Absturz-Psychose sehr früh vollzog, was ihm Zeit ließ, die durch sie beförderten Ideen, die mit der Gedankenwelt des Generals große Ähnlichkeit hatten, bis zu ihrer schauerlichen Vollreife zu entwickeln. Man gewahrt hier und in dem ähnlich gelagerten Fall Mussolinis, nebenbei bemerkt, deutlich, wie sehr sich der Typ der „Bakterien", die im Zeitalter des Faschismus „virulent" wurden, von jenem Typ unterscheidet, der „fortschrittliche" Diktatoren — Männer wie Cäsar, Cromwell oder Napoleon — emporschleudert; im Fall Napoleons, um nur eine dieser Entwicklungen zu berühren, entstand die typische Diktatoren-Psychose zwar ebenfalls sehr frühzeitig, wie bei Hitler, jedoch als Folge einer genau entgegengesetz-

ten gesellschaftlichen Lage: als Kampf um die Anerkennung eines Trotzkopfes aus Korsika, der sich, seine Heimat und den zu Unrecht angefochtenen Adel seiner Sippe gegen die Herablassung hochadeliger Mitschüler in der französischen Kriegsschule in Brienne verteidigte.

Der Absturz des jungen Hitler läßt sich genau datieren. Er vollzog sich unmittelbar nach dem Tod der Mutter, der nach einer Photographie ihres Grabsteins am 21. Dezember 1907 — nicht, wie manche Biographen sagen, 1908 — erfolgte, Damit hörte die Möglichkeit des Unterhalts des achtzehnjährigen gründlich verbummelten jungen Menschen durch die Witwen-Pension der Mutter, sowie auch die Hergabe gelegentlicher Geldzuschüsse auf, wie sie die Mutter dem Sohn noch in ihrem letzten Lebensjahr anläßlich seiner beiden Bemühungen um Aufnahme in die Wiener Kunstakademie gewährt zu haben scheint, die bekanntlich fehlschlugen. Anfang 1908 ging er wieder nach Wien zurück, und nun folgten jene berühmten, wenn auch in ihren Einzelheiten nicht allzu gut belegten fünf Jahre in Asylen und Armenhäusern, in denen sich der spätere Diktator seelisch formte. Für einen Träumer seiner Art, der von seiner künstlerischen Mission überzeugt war, mußte der Absturz ins gesellschaftliche Nichts noch verletzender sein als für ein durchschnittliches Mitglied der kleinbürgerlichen Schicht, aus der er stammte und die ohnehin, wie er in „Mein Kampf" mit merkwürdiger Einsicht feststellt, als eine unstabile Gesellschaftsgruppe, „die sich erst ganz kurze Zeit aus dem Niveau der Handarbeiter herausgehoben hat", eine weit größere Angst vor dem Versinken ins Proletariat zu bezeigen pflegte als etwa die große Bourgeoisie. Wie sehr er selbst an solchen Gefühlen litt, zeigt seine bekannte Schilderung seiner mißglückten Laufbahn als Bauarbeiter, die er aus Furcht vor sozialer Proletarisierung nach kurzem Versuch wieder aufgab. Der junge Hitler war, mit anderen Worten, zum empfindlichsten und verletzbarsten Vertreter jenes Teils der Deutsch-Österreicher geworden, der sich damals mit Händen und Füßen gegen die habsburgische Politik zur Wehr setzte, weil sie nach seiner Meinung den Aufstieg der Slawen, Juden und der Arbeiterklasse begünstigte. Die Österreicher dieser Gattung besaßen eine starke seelische Verwandtschaft mit dem „poor white trash", dem „armen weißen Luder" im Süden der Vereinigten Staaten, dessen Lebensstandard sich von dem der ihn umgebenden Negerbevölkerung kaum unterscheidet, ja der noch tiefer steht als sie, der aber gerade aus diesem Grunde mit verzweifelter Entschlossenheit an den politischen und gesellschaftlichen Vorrechten festhält, die den weißen Mann gegenüber den Farbigen begünstigen.*)

Trotz aller Bedenken gegen die Innenpolitik der Doppelmonarchie und besonders den behaupteten Aufstieg der Slawen, Juden und Sozialisten in deren Rahmen unterstützten selbst die rabiatesten Deutsch-Österreicher die Monarchie in ihrer Außenpolitik, zum wenigsten so weit sie nicht „schlapp machte". Die Tatsache, daß das Habsburgreich seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich immer stärker mit Rußland rieb, machte es zu einem Vorkämpfer gegen die Vormacht des Slawentums — es mochte wollen oder nicht. Die Deutsch-Österreicher der bezeichneten Richtung erachteten es als ihre Pflicht, diesen Gegensatz nach Kräften zu schüren. Der junge Hitler machte hier keine Ausnahme. Obschon sich sein Aufstieg zum Politiker und Diktator erst im Deutschland der Nachkriegszeit vollzog, verrät die Gesamtkonzeption seiner Außenpolitik unverkennbar den Österreicher und seine Raubpolitik obendrein die Gier des „armen weißen Luders" aus dem Habsburger Reich. Bis 1932, als man es ihm möglich machte, Regierungsrat in Braunschweig zu werden und sich so durch die Hintertür zum Deutschen zu machen, ist er ja selbst staatsrechtlich Österreicher geblieben. Dem ent-

*) Die zweite Hälfte des letzten Abschnitts ist wörtlich dem Buch des Verfassers „Dämonen oder Retter?" Frankfurt, Europäische Verlagsanstalt, 1957 (S. 232) entnommen.

spricht seine entschiedene Wendung gegen Rußland, wie auch sein Bemühen, sich mit England gut zu stellen. Er spricht darüber in „Mein Kampf" und in noch aufschlußreicherer Weise in seinem „Zweiten Buch", das 1961 in Deutschland von Professor Weinberg von der University of Michigan herausgegeben worden ist. In dem auf Rußland bezüglichen Abschnitt dieser sehr interessanten Schrift stellt er unumwunden fest, daß sich die deutsche Politik selbst dann gegen Rußland richten müsse, wenn der Bolschewismus beseitigt sei, denn der Kampf gelte der slawischen Gefahr als solcher. Die Herausforderung Englands durch die Alldeutschen und die deutsche Flottenpolitik, die vor 1914 zur Isolierung der Mittelmächte geführt hatte, wird hier zum Teil mit sehr treffenden Argumenten aufs schärfste angegriffen. Sie paßte eben gar nicht zum Programm der Schöpfung eines gewaltigen deutschen Ost-Reichs auf den Trümmern des Slawentums, das das eigentliche Ziel der Hitlerschen Form der Expansion war. Hitler entwickelte hierbei geradezu eigene geschichtliche Erkenntnisse, denen er freilich nur so weit Raum gab, als sie seine Pläne zu fördern schienen*), die, wie sich aus den beiden Büchern zeigt, seit spätestens den zwanziger Jahren ziemlich feststanden. Sein Erfolg erklärt sich — ganz wie bei Napoleon — daraus, daß für eine gewisse Zeitspanne die allgemeine geschichtliche Entwicklung Europas seinem Staatsbau Vorschub leistete; sobald eine Spanne zwischen beiden entstand, brach sein Werk zusammen wie ein Kartenhaus. Es liegt in der Natur aller Diktatoren, daß sie in solchen Fällen nicht Maß halten können, sondern monomanisch auf Durchführung ihrer Pläne bestehen, was ihren Untergang beschleunigt. (Schluß folgt)

---

*) Dies zeigt sich in ganz schlagender Weise in nachfolgender Passage aus Hitlers Zweitem Buch, der wir zum Vergleich eine Parallelstelle aus des Verfassers Werk „Imperialismus vor 1914" folgen lassen, das zuerst 1951 erschien. Ungemein typisch für Hitler ist freilich, daß er die von ihm erarbeitete Erkenntnis — die schon in dem, was hier von ihm über Frankreich gesagt wird, schief formuliert zu werden beginnt — dann noch auf einer weiteren Seite immer stärker übertreibend abwandelt, in dem offensichtlichen Bestreben, sich und anderen zu beweisen, daß England seine Kontinentalpläne nicht hemmen werde.

Hitler, „Zweites Buch", Weinbergsche Ausgabe, Seite 167:

„Es ist in Deutschland besonders eine sehr irrtümliche Auffassung weit verbreitet, daß nämlich England jede europäische Vormacht sofort bekämpfe. Dies ist tatsächlich nicht richtig. England hat sich eigentlich um die europäischen Verhältnisse immer so lange wenig gekümmert, solange ihm nicht aus ihnen heraus ein drohender Weltkonkurrent entstand, wobei es die Bedrohung stets nur in einer Entwicklung empfand, die seine See- und Kolonialherrschaft eines Tages durchkreuzen mußte.

Es gibt keinen europäischen Konflikt Englands, bei dem dieses nicht seine Handels- und Industrieinteressen in Schutz genommen hätte. Die Kämpfe gegen Spanien, Holland und später Frankreich hatten ihren Grund nicht in einer bedrohlichen militärischen Macht dieser Staaten an sich, sondern nur in der Art der Fundierung dieser Macht sowie der Auswirkung derselben. Wäre Spanien nicht überseeische und damit Konkurrenzmacht Englands gewesen, hätte dieses vermutlich wenig Notiz von Spanien genommen. Das gleiche gilt von Holland. Und selbst der spätere gigantische Kampf Englands gegen Frankreich wurde nicht geführt gegen ein kontinentales Frankreich Napoleons, sondern gegen das napoleonische Frankreich, das seine Kontinentalpolitik nur als Sprungbrett für größere, durchaus nicht kontinentale Ziele ansah . . ."

Hallgarten, „Imperialismus vor 1914", I, Seite 62:

„Man pflegt diese ganze [englische] Außenpolitik, die auch als Gleichgewichtspolitik bezeichnet wird, gern als den Versuch zu definieren, die jeweils stärkste Festlandsmacht durch eine zweckmäßige Gruppierung ihrer Gegner in Schach zu halten.

Diese populäre Formel ist indessen etwas schief; England hat nämlich nicht so sehr den jeweils mächtigsten, als vielmehr denjenigen Kontinentalstaat angegriffen, der für die Herrschaft des englischen Kapitelexports am gefährlichsten war. Beide Typen konnten sich decken, mußten es aber nicht. Ließ es die Sorge auf die britische Kapitalausfuhr zu, dann nahm England auch eine zeitweise Hegemonie eines Festlandsstaats oder einer festländischen Staatengruppe mit in Kauf. Die zeitweilig recht dicke Freundschaft mit Napoleon III., besonders während des Krimkrieges, und das Wohlwollen für die Einigung Italiens erklärt sich nicht zum wenigsten aus Rücksicht auf den englischen Kapitalexport."

Dr. Anton Reithinger

Kritische Anmerkungen zum Thema Soziale Marktwirtschaft (I)

I. Die Problematik von Kapital- und Eigentumsbildung

Man hat sich in der Bundesrepublik daran gewöhnt, die wirtschaftlichen Wiederaufbauleistungen nach dem Krieg und den anhaltend hohen Beschäftigungsstand unter der Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft" gewissermaßen als eine Art Patentrezept „made in Western Germany" zu betrachten. Der Wortschöpfung liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft mit den gesellschaftspolitischen Zielen des sozialen Wohlfahrtsstaates zu einem harmonischen System verschmolzen ist, das der Gesamtheit der Bevölkerung einen hohen und kontinuierlich weiter steigenden Lebensstandard garantieren soll.

Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich

Um den Eigenwert des Systems zu testen, müssen zunächst einige Vorbehalte angemerkt werden. Nach jedem Krieg holen die beteiligten Volkswirtschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit ihren Vorkriegsstand wieder ein, und der technische Fortschritt sorgt dafür, daß er in der Regel beträchtlich überschritten wird. Die Bundesrepublik liegt hier im Entwicklungstrend mit den anderen Ländern ohne Unterschied ihrer gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Verfassung. Die Vermehrung des Wohlstandes scheint von einer gewissen Entwicklungsstufe ab weniger eine Variante des Wirtschaftssystems als der Technik, des verfügbaren Kapitals und der vorhandenen Arbeitskräfte zu sein. Die Unterschiede der gesellschaftlichen Verfassung kommen erst bei der Verteilung des Sozialprodukts voll zur Geltung. Ob man lieber Weltraumforschung betreibt und Bildung forciert oder den Volksautomobilismus und Ferienreisen, ist eine Wertfrage, die hier nicht interessiert. Mit der fortschreitenden Eingliederung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und dem wachsenden Anteil der Außenwirtschaft wird aber die Bundesrepublik immer stärker von der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes und der Weltkonjunktur abhängig. Der Spielraum für eine eigenständige Politik wird dadurch geringer und die Bedeutung der inneren Verteilungsvorgänge größer.

Hohe Investitionsquote und niedrige Konsumrate als Merkmale des Systems

Der Kern der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in den letzten 15 Jahren praktiziert wurde, ist eine durch staatlichen Eingriff mit allen Mitteln aktivierte Unternehmerwirtschaft; um vergleichbare Leitbilder dafür zu finden, muß man in die Zeit des Früh- und Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts zurückgreifen. Das tritt nicht auf den ersten Blick in Erscheinung, weil Teilgebiete der Volkswirtschaft, die dieser gesteigerten Aktivität nicht folgen können, wie die Landwirtschaft oder Teile der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens, aus der freien Marktwirtschaft herausgenommen und besonderen marktlenkenden Regulierungen unterstellt sind. Spitzenreiter im Sektor der freien Unternehmerwirtschaft ist die Exportwirtschaft, während Gemeinschaftsaufgaben von allgemeinem Interesse, wie der Straßen- und Städtebau, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Reinhaltung von Luft und Wasser, entsprechend der Entfernung vom Zentrum der Unternehmertätigkeit vernachlässigt werden. Der zweite Energiespender der Sozialen Marktwirtschaft, der staatlich geförderte Wohnungsbau, ist ein Sonder-

fall, der deshalb getrennt behandelt wird. Der hohe Wirkungsgrad wird durch eine Reihe gut aufeinander abgestimmter Maßnahmen der Steuer-, Preis- und Geldpolitik sichergestellt, die im Endeffekt die Konsumquote niedriger halten als in den Konkurrenzländern, wodurch eine entsprechend höhere Kapitalbildung erzielt wird. Die erste Tabelle zeigt die gegenüber den Vergleichsländern erheblich größere deutsche Investitionsquote (27% gegenüber 16—23%); die zweite Übersicht erweist, daß die gegenläufige Bewegung zwischen Privatverbrauch und Investitionen im Zeitraum 1950/64 nicht kleiner, sondern fortlaufend größer geworden ist. Die Konsumquote ist von 65 auf 56% zurückgefallen und die Investitionsrate von 22 auf 26% angestiegen.

Privatverbrauch, Investitionen und Staatsverbrauch in wichtigen Vergleichsländern 1961 in vH des Sozialprodukts

	Bundesrepublik	*Frankreich*	*Großbritannien*	*Italien*	*USA*
Privatverbrauch	*56,8*	*64,6*	*64,5*	*60,5*	*63,7*
Investitionen	*26,9*	*19,5*	*16,9*	*23,2*	*15,9*
Staatsverbrauch	*14,1*	*13,3*	*16,9*	*14,5*	*19,2*

Steigende Investitionsquote und sinkende Konsumrate in der Bundesrepublik 1950 bis 1964

	1950	*1955*	*1960*	*1964*
Privatverbrauch	*64,7*	*58,0*	*56,8*	*56,3*
Investitionen	*22,3*	*26,3*	*26,8*	*26,2*
Staatsverbrauch	*14,3*	*13,3*	*13,5*	*15,0*
Außenbeitrag	*— 1,3*	*2,4*	*2,9*	*1,2*

Diese Entwicklung wird nur verständlich, wenn man sich die Situation vergegenwärtigt, die durch das Zusammentreffen zweier Umstände an ihrem Ausgangspunkt gegeben waren: Den Überhang vieler Millionen beschäftigungsloser Arbeitskräfte und den Übergang zur Marktwirtschaft im Anschluß an die Währungsreform von 1948. Das Einströmen von 12 Millionen Flüchtlingen, Vertriebenen und Zuwanderern mit einer hohen Quote von gelernten Fachkräften brachte zusammen mit den Millionen von Kriegsheimkehrern und von der Währungsreform Enteigneten [1]) ein massiertes Angebot billiger Lohnarbeit auf den Markt, wie es in keiner anderen Epoche des Früh- oder Hochkapitalismus den Unternehmern zur Verfügung stand. Und das gleichzeitige Hineinwerfen einer leergebluteten Volkswirtschaft in das Kräftespiel des freien Marktes sicherte den Unternehmungen ebenso exzessive wie risikolose Gewinnspannen. Löhne und Arbeitsbedingungen paßten sich dieser Zwangslage an, und Arbeitskämpfe waren praktisch auf Jahre hinaus undenkbar. In keinem anderen Land der westlichen Welt waren die Unternehmer nach dem Krieg in einer auch nur annähernd vergleichbaren Ausgangslage. (Für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe sorgten die Besatzungsmächte.)

Kapitalbildung als Grundlage der wirtschaftlichen Expansion

Kapitalbildung ist in modernen Industriewirtschaften — gleichgültig, wie ihre gesellschaftliche Organisationsform aussieht — die Grundlage des Fortschritts. In

[1]) Indem das Umtauschverhältnis RM/DM tiefer angesetzt wurde, als es der Entwicklungskraft der Volkswirtschaft entsprochen hätte, wurde der Teil der Bevölkerung, der Geldersparnisse hatte, praktisch enteignet, während der Teil, der Sachvermögen besaß, entschuldet und in eine ungewöhnlich günstige Ausgangsposition versetzt wurde. Ich habe an anderer Stelle dargelegt, daß die proklamierten Absichten der Währungsreform, Geld- und Sachvermögen, Gläubiger und Schuldner gleichmäßig zu behandeln, rein fiktiv blieben (Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand, Frankfurt 1958).

marktwirtschaftlich organisierten Ländern wird sie über marktkonforme Mittel durch den Sparwillen der Bevölkerung, in planwirtschaftlich gesteuerten Volkswirtschaften durch staatlichen Sparzwang sichergestellt. In der Bundesrepublik wurde die Kapitalbildung mit allen Mitteln der Steuer- und Geldpolitik forciert, auf die ich später noch im einzelnen zurückkommen werde. Eine überdurchschnittlich hohe volkswirtschaftliche Kapitalbildung war nach den vorausgegangenen Kriegszerstörungen die Voraussetzung für eine rasche wirtschaftliche Erholung und die Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze. Ihr entspricht die im internationalen Vergleich wesentlich niedrigere Konsumquote. Die Gesamtbevölkerung hat den wirtschaftlichen Wiederaufbau durch erzwungenen Konsumverzicht finanziert [2]). Das ist das unverkennbare Rezept des Frühkapitalismus.

Die ungewöhnlich hohen und von Jahr zu Jahr verstärkten Anlageinvestitionen (1950 22 Mrd., 1955 47 Mrd., 1960 71 Mrd. und 1964 108 Mrd. DM) haben zu einer explosionsartigen Steigerung der gesamten Wirtschaftstätigkeit geführt, die sich in einer kontinuierlichen Ausweitung des Binnenmarktes und einer noch stärkeren Zunahme der Ausfuhr (1950 8½ Mrd., 1955 26 Mrd., 1960 48 Mrd. und 1964 65 Mrd. DM) auswirkte. Die weitere Folge war ein von Jahr zu Jahr steigender Überschuß der Leistungsbilanz im Verkehr mit dem Ausland (in den Jahren 1957/1961 zwischen 7 und 8 Mrd. DM jährlich, später sinkend), die wiederum die Anhäufung immer größerer Gold- und Devisenbestände beim Zentralnoteninstitut (Ende 1964 über 30 Mrd. DM) nach sich zog. Daraus ergaben sich internationale Schwierigkeiten, weil die Handelspartner, denen Währungsreserven entzogen wurden, gegen die Fortsetzung dieser Politik Vorstellungen erhoben [3]).

In der Binnenwirtschaft haben die von der Notenbank für die Deviseneingänge der Exportwirtschaft gutgeschriebenen DM-Gegenwerte das Geldvolumen und den Kreditspielraum vervielfacht und immer neue und gewinnbringendere Investitionen ermöglicht. Die Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens und der übermäßige Sog der Exportwirtschaft halten einen ständigen Schub auf die Verbraucherpreise in Gang, wodurch zusammen mit der Steuerprogression und der Agrarpreis- und Einfuhrpolitik einer übermäßigen Ausweitung des Verbrauchs entgegengewirkt wird [4]). Die im Ausgangspunkt tief angesetzten Löhne und Gehälter konnten mit der fortschreitenden Kapitalbildung und Produktivität laufend erhöht werden, ohne daß die Konsumquote anstieg oder die hohe Kapital- und Gewinnbildung gestört wurde. Da die dynamischen Kräfte der Kreditausweitung bevorzugt in den Kapitalgütersektor abgeleitet wurden, ist schließlich auch die Vervielfachung des Geld- und Kreditvolumens ohne übermäßige Steigerung der Verbraucherpreise verkraftet worden. Es kann nicht geleugnet werden, daß das System nicht nur einen hohen wirtschaftlichen Wirkungsgrad hat, sondern heute auch eine freundliche soziale Schauseite zeigt, weil es bei der erwähnten Initialzündung genügend Spielraum bewiesen hat, um laufende Lohnerhöhungen und Rentenanpassungen zu ermöglichen und eindrucksvolle Subventionen zu gewähren. Seine Kehrseite kommt bei der Eigentumsbildung zum Vorschein.

---

2) In den ersten Jahren nach der Währungsreform durch niedrige Löhne und hohe Unternehmergewinne über die Preise, in den späteren Jahren über die Steuerprogression.
Die Gesamtsumme der Anlageinvestitionen seit der Währungsreform dürfte die Größenordnung von einer ¾ Billion DM überschritten haben.

3) Sie verlangten eine Dämpfung der Ausfuhroffensive durch Währungsaufwertung oder innere Preisanpassung. Der Ausdruck Ausfuhroffensive ist nicht übertrieben, weil die durch die hohen Anlageinvestitionen neu geschaffenen Kapazitäten den Inlandsmarkt weit überstiegen und nur durch vermehrte Ausfuhr beschäftigt werden können.

4) Beweis die rückläufige Konsumquote.

Volkswirtschaftliche Kapitalbildung und private Eigentumsbildung

Die Bedeutung der Kapitalbildung für Produktion und Wachstum des Volkseinkommens liegt in allen Ländern ähnlich; die Problematik beginnt bei der Verteilung des Sozialprodukts. Hier entscheidet sich der soziale oder reaktionäre Charakter des Gesellschaftssystems. Die Politik der Bundesregierung hat mit der Forcierung der Kapitalbildung zwar die Grundlage des „Wohlstand für alle" geschaffen, aber mangels gesellschaftspolitischer Vorstellungen einer ganz einseitigen Eigentumsbildung Vorschub geleistet. Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung schlägt sich entsprechend den Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eigentumsbildung der einzelnen Gruppen der Gesellschaft nieder. Die Statistik unterscheidet die Kapital(Eigentums)bildung der öffentlichen Hand, die Kapital(Eigentums)bildung der Unternehmungen und die Eigentums(Vermögens)bildung der privaten Haushalte. Letztere ist gemeint, wenn in der Bundesrepublik von Eigentumspolitik die Rede ist. Wir müssen aber noch einen weiteren Begriff einführen, der von der amtlichen Statistik nicht erfaßt wird, nämlich die Eigentumsbildung durch Preissteigerung. Sie ist zwar für die volkswirtschaftliche Kapitalbildung und das Wachstum der Gesamtwirtschaft unerheblich, aber umso bedeutsamer für die unterschiedliche Reichtumsvermehrung der einzelnen Klassen der Gesellschaft.

Es ist für den Charakter des Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik kennzeichnend, daß die Hauptmasse der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung unter Umgehung des Marktes und der in den kapitalistischen Volkswirtschaften üblichen Wege der privaten Vermögensbildung durch eine völlig einseitige Steuerpolitik in der Hauptsache der Selbstfinanzierung der Unternehmungen und der öffentlichen Hand zugeführt wird. Die Kapitalbildung der öffentlichen Hand wird dadurch erreicht, daß die Verbrauchseinkommen höher besteuert werden, als zur Deckung des öffentlichen Bedarfs notwendig wäre. Die Kapitalbildung der Unternehmungen und der Besitzer großer Sachvermögen wird durch eine Reihe von Maßnahmen der Steuerpolitik sichergestellt, auf die ich im II. Teil dieser Untersuchung näher eingehen werde. Manche Unternehmungen haben sich aus legalen Steuerersparnissen Grundstücks- und Baugesellschaften im Ausmaß kleiner Städte oder Handelsflotten und Luftfahrtgesellschaften von imponierender Größe angegliedert[5]). Das volle Ausmaß der Reichtumskonzentration in relativ wenigen Händen und seine Verästelung im In- und Ausland ist heute nur noch in Umrissen zu vermuten.

Für die Eigentumsbildung der privaten Haushalte, die nicht wie die Unternehmungen und die großen Sachvermögensbesitzer steuerfrei Vermögen bilden können, werden gewisse Freibeträge und Prämien für festgeschriebene Sparkonten gewährt. Man könnte für den Unterschied zwischen Kapitalbildung und Eigentumsbildung in der Bundesrepublik die Formel aufstellen: Kapital wird durch Steuersparen (Investieren) Eigentum durch Geldsparen (Konsumverzicht) gebildet.

Wie einseitig in den vergangenen 15 Jahren die Kapitalbildung auf den Staat und die Unternehmungen hingeleitet und wie rücksichtslos die Vermögensbildung der privaten Haushalte beschränkt wurde, läßt sich statistisch nachrechnen. Für die Periode von 1949—1956 liegen Untersuchungen vor, nach denen von einer Nettovermögensbildung von 225 Milliarden DM 80 % der Fiskus und die Unternehmungen an sich gezogen haben und nur 20 % der Eigentumsbildung der privaten Haushalte verblieben sind. Die Unternehmerwirtschaft war in dieser Periode mit über 100 Milliarden, der Fiskus mit 80—85 Mrd. und die private Ver-

[5]) Der Ausbau des Presseimperiums von Springer hängt mit den Steuervorteilen für Westberlin zusammen, die für andere Zwecke gedacht waren.

mögensbildung mit 40—45 Mrd. DM an der Nettoersparnisbildung beteiligt. Nach Berechnungen der Bundesbank sind in der 10-Jahresperiode von 1950—1959 rund 300 Mrd. DM Sachkapital gebildet worden, wovon 109 Mrd. auf die öffentliche Hand, 106 Mrd. auf die Unternehmungen und 78 Mrd. auf die privaten Haushalte entfallen. Demnach ist etwa ein Viertel der Gesamtvermögensbildung der privaten Ersparnisbildung belassen worden. Nach derselben Quelle betrug für die Jahre 1961—1964 die Ersparnisbildung der Unternehmungen 89 Mrd., der öffentlichen Haushalte 80 Mrd. und der privaten Sparer 87 Mrd. DM. Gegenwärtig verteilt sich also die volkswirtschaftliche Ersparnisbildung mit je etwa einem Drittel auf die drei Gruppen. Auch in anderen Ländern ist die Selbstfinanzierung der Unternehmungen und des Staates gegenüber der individuellen Vermögensbildung höher als vor dem Krieg, aber eine so einseitige Eigentumsbildung, die weder marktkonform noch sozial ist, hat nur die Bundesrepublik aufzuweisen[6]). In USA, dem Prototy der kapitalistischen Wirtschaft, liegt die private Ersparnisbildung im Durchschnitt doppelt so hoch wie die Selbstfinanzierung der Unternehmungen. Die Folge ist eine überaus breite Streuung des Volksvermögens und besonders des Eigentums an den Produktionsmitteln, eine gesunde Sozialstruktur und leistungsfähige Kapitalmärkte.

Die Verzerrung der Eigentumsbildung durch die Preisentwicklung

Die einseitige Vermögensbildung aus der jährlichen Sparquote der Vokswirtschaft ist jedoch nur ein Teilaspekt der ungesunden Sozialstruktur der Eigentumsbildung in der Bundesrepublik. Die Politik der Bundesregierung, die einen immer größeren Anteil der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung in den Kapitalgütersektor leitete, hatte zur Folge, daß für nicht beliebig reproduzierbare Güter (in erster Linie Grund- und Hausbesitz, Produktionsanlagen und alle monopolähnlichen Besitz- und Produktionsverhältnisse) massive Preissteigerungen eingetreten sind, die das ebenfalls kräftig angehobene Lohnniveau um ein Mehrfaches übertreffen. Hier ist eine Quelle der steuerfreien Vermögensbildung erschlossen worden, die ausschließlich den Sachvermögensbesitzern zugute kommt. Es handelt sich dabei um Größenordnungen, die statistisch kaum erfaßbar sind, aber in ihren gesellschaftspolitischen Auswirkungen die Ungleichheiten des Verteilungsmodus aus der jährlichen Sachkapitalbildung noch übertroffen haben dürften. Das Mißverhältnis zwischen der Vermögensbildung der Sachkapitalbesitzer und der Eigentumsbildung der abhängigen Einkommensbezieher ist dadurch weiter verschärft worden. Ihre Aussichten, durch Konsumverzicht Sachkapital zu erwerben und damit am Aufstieg der Gesamtwirtschaft teilzunehmen, sind durch die Preisentwicklung auf dem Kapitalgütermarkt auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Die Masse der Arbeitseinkommen nimmt am allgemeinen Aufstieg durch Lohn- und Gehaltserhöhungen teil, deren Nettobeträge durch die Steuerprogression und die Erhöhung der Sozialabzüge und deren Kaufkraft durch die laufenden Preiserhöhungen in Grenzen gehalten werden. Ihre Eigentumsbildung ist praktisch auf die Anlage kleinerer Geldvermögen in Form von Sparkonten, Prämiensparen, Bausparen und Lebensversicherungen beschränkt, deren Realwert durch die Geldentwertung fortlaufend vermindert wird. Die Sachkapitalbildung durch Investition und ihre steuerfreie Vermehrung durch wirtschaftliche Expansion und Preisinflationie-

---

6) Diesen Feststellungen wird in der Regel die billige Ausrede entgegengehalten, für den Wiederaufbau sei die wichtigste Aufgabe die volkswirtschaftliche Kapitalbildung gewesen und die Sozialstruktur der Eigentumsbildung sei eine Frage zweiter Ordnung; das ist aber keine Entschuldigung für den Mangel an gesellschaftspolitischem Vorstellungsvermögen oder für Einfallslosigkeit in bezug auf die Mittel zu ihrer Verwirklichung.

rung[7]) ist das Monopol einer bevorzugten Gesellschaftsgruppe der Unternehmer und Manager geworden. Die soziale Ungleichheit der wirtschaftlichen Möglichkeiten ist evident. Die schuldbewußten „Sozialprogramme" von Regierung und Parlament (Förderung des Eigenheimbaus, Ausschüttung von Volksaktien, Rentenanpassungen, Erhöhung der steuerfreien Beträge für gewisse Kategorien von Steerpflichtigen) können diese Ungleichheit aus 15 Jahren sozialer Marktwirtschaft nur oberflächlich überdecken.

Die einseitige Verteilung der (realen) Eigentumsbildung aus der jährlichen Ersparnisquote der Volkswirtschaft und der (nominalen) Vermögensbildung durch Expansion und Preisinflation haben zu merkwürdigen Dissonanzen der gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik geführt. Während das äußere Bild des Verbrauchs den Übergang zur klassenlosen Konsumgesellschaft vortäuscht, hat sich hinter den Kulissen der Eigentumsbildung und Besitzverteilung eine Rückkehr zur feudalkapitalistischen Klassengesellschaft vollzogen, deren Snobismus gelegentlich die schläfrige soziale Fassade durchbricht. Im allgemeinen entziehen sich aber Verbrauch, Lebensgewohnheiten und Reichtumskonzentration der neuen Klasse der Kontrolle einer breiteren Öffentlichkeit.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus

Ein wichtiges Sammelbecken der Sachkapitalbildung und neben dem Export die zuverlässigste Konjunkturstütze ist der Wohnungsbau, der zu den sichtbarsten Realisationen des deutschen Wirtschaftswunders gehört. Seine stolzen Dächerfronten ragen in allen großen und kleinen Städten der Bundesrepublik ins Licht; seine Finanzierung ist in Dunkel gehüllt, und das im Dunkeln sieht man nicht. Die deutschen Steuerzahler haben nämlich über ein Jahrzehnt geduldig viele Milliarden DM jährlich dem Fiskus anvertraut, die sich inzwischen in riesige Wohnblocks im Wert von vielleicht 100, vielleicht auch 200 Mrd. DM verwandelt haben, genau kann man das nicht mehr abschätzen. Man möchte nach den Gesetzen der Marktwirtschaft annehmen, daß diese Milliardensummen denjenigen gehören, die sie durch Konsumverzicht zwangsgespart haben. In der guten alten Zeit der kapitalistischen Wirtschaft war es üblich, daß der Bauherr am Kapitalmarkt Hypotheken aufnahm, die er im Laufe der Zeit aus den Mieteinnahmen abzahlte. Dieses System hat man in der sozialen Marktwirtschaft als zu umständlich und langsam verlassen. Die Subventionierung des Wohnungsbaus zu Lasten des Steuerzahlers verlangt — außer einem bewilligungsfreudigen Parlament — keinerlei intellektuelle Anstrengungen und hat den Vorteil, daß die Kapitalbildung enorm gesteigert werden kann, ohne daß eine innere Verschuldung erfolgt. Sie wird praktisch um den Preis einer kalten Enteignung von Einkommensteilen der privaten Haushalte erreicht. Das ist für die laufende Aufheizung der Konjunktur von nicht geringem Einfluß, aber für die soziale Marktwirtschaft keine besondere Empfehlung. Die aus allgemeinen Steuermitteln aufgebrachten Milliardenwerte sind wie durch Zauberei in großenteils schuldenfreies Eigentum anonymer Grundstücks- und Baugesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und privater Grundstücks- und Bauspekulanten verwandelt worden. Auf die Finanzierung von Eigenheimen der kleinen Sparer ist ein Bruchteil der vergebenen öffentlichen Mittel entfallen. Der Fiskus hat hier offensichtlich nicht als getreuer Knecht zugunsten seines Geldgebers, sondern für fremde Interessen mit den ihm anvertrauten Pfunden gewuchert. Glücklicherweise haben die Steuerzahler bereits vergessen, daß sie das alles durch Konsumverzicht oder Verzicht auf Eigensparen aufgebracht haben. Soweit sie von Glück begünstigt sind, können sie zur Miete

[7]) Es ist das gleiche Spiel, das bereits in zwei Inflationen und beim Lastenausgleich durchgespielt worden ist, diesmal nicht durch höhere (Kriegs)Gewalt, sondern als Ergebnis der Wirtschaftspolitik.

in einem der von ihnen finanzierten Häuser wohnen. Dieses System hat sich so gut bewährt, daß man dem aus dem Steueraufkommen anderer Leute geförderten Eigentum auch noch Grundsteuerfreiheit und laufend hohe Abschreibungen gewähren kann. Mit dieser simplen Finanzierungsmethode auf Kosten der Steuerzahler könnte man natürlich in jedem Lande ein kleines Wirtschafts- oder Wohnungsbauwunder entfachen. Aber Demokratien alten Stils können sich derartige „soziale" Kunststücke nur sehr beschränkt leisten.

Die Währungspolitik

Die wirtschaftspolitische Konzeption der sozialen Marktwirtschaft, wie sie in den letzten 15 Jahren praktiziert wurde, weist einige weitere Schwächepunkte auf, an denen der theoretische Mörtel der Konstruktion nicht zu einer fugenlosen Bindung erhärtet. Das System der Kapitalbildung durch Beschränkung der Konsumquote hat bei der industriellen Kosten- und Preisstruktur der Bundesrepublik zu immer höheren Exportquoten und damit zu immer rascher steigenden Außenhandelsüberschüssen und Gold- und Deviseneinfuhren geführt. Das hat den Nachteil, daß das wirtschaftliche Wohlergehen Westdeutschlands immer mehr von der einheimischen Grundlage auf das Ausland verlagert und von der Weltkonjunktur abhängig wird. Der zweite Nachteil ist, daß die aus den Zahlungsbilanzüberschüssen stammenden Gold- und Devisenzugänge bei starren Wechselkursen entsprechende DM-Gutschriften seitens der Notenbank erzeugen und damit fortlaufend das innere Geld- und Kreditvolumen aufblähen. Dadurch wird nach der Quantitätstheorie ein latenter Schub auf die Preise in Gang gehalten, selbst wenn zeitweilig die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nachläßt. Das Gerede von der sogenannten „importierten Inflation" ist eine sprachliche Verfremdung von Vorgängen der inneren Geld- und Kreditpolitik, wodurch die wirklichen Verantwortlichkeiten verschleiert werden. Da außerdem von der Konzentration der öffentlichen Ausgaben auf gewisse Gebiete, insbesondere die Bauwirtschaft, preistreibende Wirkungen ausgehen, steht das inflatorische Endergebnis trotz aller Abschwächungsversuche der verantwortlichen Stellen außer Zweifel.

Nun ist man in der Bundesrepublik nach zwei Inflationen und einem nicht gehaltenen Lastenausgleichsversprechen in der Frage des Geldwertes besonders empfindlich. Die Inflation kann deshalb nicht über eine gewisse Grenze hinaus fortgesetzt werden, ohne den Mythos des Wirtschaftswunders zu gefährden. Es ist zwar bisher durch die geschilderten Methoden der Kapital- und Eigentumsbildung gelungen, die offene Inflation hauptsächlich auf den Kapitalgüterbereich einzugrenzen. Aber auch im Konsumgütersektor sind die Preise immer lebhafter in Bewegung gekommen. Zwischendurch hat man versucht, mit einer Markaufwertung die Dinge wieder unter Kontrolle zu bringen. Aber das inflatorische Reizklima ist ein Bestandteil des Wirtschaftssystems und mit einem echten Klimawechsel dürfte auch der Treibstoff für den Expansionsmotor der sozialen Marktwirtschaft ziemlich am Ende sein. Es ist schwer abzuschätzen, wieviel von dem Goldglanz des westdeutschen „Wirtschaftswunders" in den nächsten Jahren noch abbröckeln wird; wahrscheinlich werden spätere Zeitgenossen es genauso nüchtern betrachten, wie wir heute die Gründerzeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg oder die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Dritten Reichs.

Ich habe bewußt die reichen Statistiken über die Steigerung der Produktion, des Außenhandels, des Verbrauchs oder der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben vernachlässigt, die gewöhnlich als Beweis für die unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge der „sozialen Marktwirtschaft" genannt werden. Hier interessieren die gesellschaftlichen Vorgänge und Interessengruppierungen, die sich hinter den statistischen Ziffern verbergen. Und diese lassen eindeutig erkennen, daß die soziale

Schauseite den im Grunde tief reaktionären Charakter des Systems auf dem Sektor der Eigentumsbildung nur mühsam verbirgt. Westdeutschland erlebt gegenwärtig so etwas wie eine neue Gründerzeit mit vielen Erscheinungen aus der Epoche des Frühkapitalismus, allerdings auf der höheren Ebene einer durch die moderne Technik gesteigerten Produktivität und Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung. Die soziale Garnierung mit Rentenanpassungen, Volksaktien, Eigenheimparolen und Sparprämien gibt der Außenseite ein freundliches Gesicht, ohne den Wesenskern zu verändern. Man wird sogar unterstellen dürfen, daß der Mechanismus des Systems eine hohe Wirtschaftstätigkeit unter Milderung der konjunkturzyklischen Schwankungen gewährleistet, solange er in seinen wesentlichen Teilen unangetastet bleibt und die Weltkonjunktur anhält.

II. Das Steuer-Einmaleins

Das Steuersystem der Feudalzeit

Im Mittelalter gab es ein äußerst praktisches Steuersystem. Adel und Geistlichkeit waren steuerfrei und leisteten dafür Kirchen- und Waffendienst, während die Bürger und Bauern für den Zehnten und die übrigen Abgaben aufkamen. Diese Arbeitsteilung nannte man das Feudalsystem. Man scheint damit gute Erfahrungen gemacht zu haben, wenn man den zahlreichen Burgen und Schlössern im Lande und den prächtigen Kirchen und Bürgerhäusern in den Städten Glauben schenken darf. Später kam mit der Demokratie die allgemeine Steuerpflicht und in der Weimarer Zeit die Hilferdings'che Steuerreform. Zwischendurch entdeckten die Finanzpolitiker, daß man den öffentlichen Haushalt und die Aufrüstung praktischer über die Geldentwertung finanzieren kann. In dieser Zeit war das Steuersystem von geringem Interesse.

Demokratisches Steuersystem mit Hintertürchen

Nach 1945 übernahmen die alliierten Militärregierungen die Steuerhoheit und machten ihre zeitweiligen Untertanen mit einem Steuersystem bekannt, das die Reichen hoch und die Armen niedrig besteuert. Dieses System wurde nach der Wiederherstellung der Souveränität von der Bundesrepublik dahingehend verbessert, daß man die demokratische Außenseite mit der bewährten Tradition der Feudalzeit verband. Die Progression der Steuertabelle entspricht etwa dem in den westlichen Ländern üblichen Schema, aber das Steuergesetz hat in die demokratische Fassade einige Hintertürchen eingebaut, durch die die Sach-Vermögensbesitzer und hohen Einkommensbezieher unbemerkt entwischen können. So hat man für die Grundvermögen einen Meßbetrag und die Hebesätze der Gemeinden, aber die Einheitswerte der Grundvermögen sind auf der Basis der Vorkriegspreise so niedrig festgesetzt (vielleicht $^1/_5$ bis $^1/_{10}$ der wirklichen Verkehrswerte), daß der landwirtschaftliche Grundbesitz praktisch steuerfrei ist und die städtischen Grundvermögen nur zu Bruchteilen ihres tatsächlichen Wertes besteuert werden. Das Aufkommen aus der Grundvermögensteuer beträgt jährlich zwischen $1^1/_2$ und 2 Mrd. DM; sein Anteil am gesamten Steueraufkommen ist in der Periode 1950/60 von 6,2 auf 2,2 % abgesunken und dürfte 1964 unter 2 % zurückgefallen sein[8]). Dieses Hintertürchen hat sich auch beim Lastenausgleich bewährt; gleichzeitig ist es eine der Ursachen für die enormen Preissteigerungen am Grundstücks- und Baumarkt, weil die Anlage in Grundvermögen die steuerbilligste Art der Vermögenserhaltung, -vermehrung und -vererbung ist. Das Steuerprivileg der Grundherren ist das Kennzeichen der Feudalzeit und ein Fremdkörper in modernen Demokratien. In der Bundesrepublik ist es das Produkt wahlpolitischer Spekulationen.

[8]) Zum Vergleich: Es erreicht nicht mal die Höhe der jährlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Die Progression der Lohn- und Einkommensteuer ist in der Bundesrepublik etwas geringer als in anderen Ländern, aber nach vernünftigen Gesichtspunkten mehr als ausreichend. Sie ermöglicht es bei der kontinuierlichen Zunahme des Sozialprodukts und den laufenden Preis- und Lohnerhöhungen dem Fiskus, eine immer höhere Quote von Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte abzuschöpfen, ohne daß er hierfür die übliche parlamentarische Prozedur in Gang setzen muß. Daher waren die öffentlichen Kassen bis vor kurzem zum Bersten gefüllt und konnten in großzügiger Weise für Subventionen und Wahlgeschenke zu Lasten der Steuerzahler wieder geleert werden.

Verschiedenes Steuerrecht für Unternehmergewinne und Arbeitseinkommen

Die Progression der Steuertabelle trifft in vollem Ausmaß nur die abhängigen Einkommen, in der Hauptsache also die Lohn- und Gehaltsempfänger, freien Berufe, Beamten usw. Für die Unternehmereinkommen gibt es die degressive Abschreibung, die 7er-Paragraphen und andere Möglichkeiten, die es den Steuerberatern erlaubt, erhebliche Teile der Gesellschaftsgewinne vor dem Zugriff des Steuerfiskus in Sicherheit zu bringen. Die Unternehmerlobby ist hier bei den gesetzgebenden Körperschaften ebenso wendig und erfindungsreich wie das Landwirtschaftsministerium bei der Anhebung der Verbraucherpreise. Beispielsweise waren ursprünglich Gewinne der Unternehmungen steuerfrei oder minderbesteuert, wenn sie nicht ausgeschüttet, sondern wieder im Betrieb investiert wurden. Nachdem sich auf diese Weise nach einer Anzahl von Jahren enorme Reserven (zuweilen in der mehrfachen Höhe des ausgewiesenen Kapitals) angesammelt hatten, wurden die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend abgeändert, daß die steuerfreie Umbildung der Reserven in ausgewiesenes Kapital und die Ausschüttung von Gratisaktien möglich wurde. War solcherart der Hauptteil der Unternehmergewinne von der steuerlichen Erfassung freigekommen, so wurde durch eine neue Gesetzesnovelle sichergestellt, daß nunmehr die Ausschüttung der laufenden Gewinne auf das erhöhte Aktienkapital zu einem ermäßigten Steuersatz vorgenommen werden kann[9]). Auf diese und ähnliche Weise hat der Steuerfiskus den Unternehmungen seit der Währungsreform einen maßgeblichen Teil der Neukapitalbildung in Größenordnungen von vielleicht 100, vielleicht auch 200 Mrd. DM steuerfrei oder minderbesteuert zukommen lassen; für die Ausfälle mußten die abhängigen Einkommensbezieher durch entsprechend höhere Steuersätze aufkommen. Auf eine einfache Formel gebracht, heißt das, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger mehr Steuern bezahlen müssen, damit die Unternehmungen mehr Kapital bilden können. Dieses Resultat wird aber weniger auf dem Weg offener Steuermanipulationen durch den Gesetzgeber, als vielmehr geräuschlos durch das Zusammenspiel von Steuerprogression und schleichender Inflation erzielt.

Der Betrag der direkten Steuern aus Löhnen und Einkommen am Gesamt-Steueraufkommen ist von 10 % im Jahre 1950 auf 35 % im Jahre 1964 gesteigert worden. Das Gesamtaufkommen der öffentlichen Haushalte hat im Zeitraum 1950/1960 von 39,7 auf 66,4 Mrd. DM (+ 56 %) zugenommen und wird für 1964 auf 91,5 Mrd. (+ 131 %) geschätzt; das Aufkommen aus der Lohn- und Einkommensteuer allein ist von 3,9 auf 17,6 Mrd. gestiegen (+ 450 %) und hat 1964 31,4 Mrd. DM (+ 800 %) erreicht. Sie betrug 1950 das Doppelte, 1964 bereits über das Fünfzehnfache der Grundvermögensteuer[10]).

[9]) Zum Ausgleich der Doppelbesteuerung von Unternehmen und Aktionär durchaus gerechtfertigt.

[10]) Darin kommt natürlich auch die in dieser Periode erfolgte Zunahme der Beschäftigten zum Ausdruck.

Die Lohn- und Einkommensteuer ist nur die eine Hauptstütze des öffentlichen Haushalts; die zweite ist die indirekte Besteuerung der Masseneinkommen durch Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchsabgaben, die als Kostenbestandteile in den Preisen zu Lasten der Verbraucher aufgebracht werden. Die Erträge aus diesen Posten sind im Zeitraum 1950/60 von 9,2 Mrd. auf 27,8 Mrd. DM (300 %) angewachsen und haben 1964 39,1 Mrd. (425 %) ergeben [11]). Die aus Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte erhobenen Steuern sind also zusammen von 13,1 Mrd. 1950 auf 45,4 Mrd. 1960 und auf 70 Mrd. DM 1964, d. h. von weniger als 1/3 auf über 3/4 des Gesamtaufkommens der öffentlichen Haushalte angestiegen. Neben diesen Größenordnungen spielen die aus Unternehmertätigkeit und Besitz aufgebrachten Steuern (Körperschaftsteuer mit 8,0 Mrd., Gewerbe- und Lohnsummensteuer mit 9,9 Mrd. und Kapitalertragssteuer mit 2,3 Mrd.) eine ganz untergeordnete Rolle. (Ziffern für 1964.) Denn die Hälfte der Gesamtsteuersumme von 20 Mrd. DM fließt an die Unternehmungen (einschließlich Wohnungsbau) allein aus zinsverbilligten Darlehen der öffentlichen Haushalte wieder zurück. (9 Mrd. DM). Die direkten Subventionen an die Produktionswirtschaft sind darin nicht berücksichtigt (Landwirtschaft, Wohnungsbau, Bergbau, Industrie) und dürften die restliche Hälfte mehr als kompensieren. (Schluß folgt)

11) Da sich der Verbrauch der von Unternehmereinkommen und Vermögen lebenden Haushalte zu den abhängigen Masseneinkommen wie 1 : 3 verhält, entfallen nur etwa 2/3 dieser Ziffern auf die Masseneinkommen. Für die Größenordnungen ist dies nicht ausschlaggebend.

Rolf Seeliger

. . . die sich die Freiheit nehmen

Struktur und Situation der Studentenpresse in der Bundesrepublik

„Wissen wir auch, wie vorläufig und durchaus nicht immer ohne Irrtum unsere Meinung ist, wir schreiben sie nieder und veröffentlichen sie. Auch das haben wir von unseren Professoren gelernt, und es ist gewiß nichts Ehrenrühriges. Wir wünschen eine studentische und professorale Leserschaft weder für noch gegen uns voreingenommen und bereit, eine geistige Auseinandersetzung zu wagen". So meinte ein Redakteur der Mainzer Studentenzeitung „nobis", eine von den über 70 Studentenzeitungen, die in der Bundesrepublik jeden Semestermonat in einer Gesamtauflage von rund 250 000 Exemplaren die Rotations- oder Offsetdruckereien verlassen. Per definitionem können sie kaum unter einen Hut gebracht werden: Sie sind weder bemüht, dem Allgemeinverständnis einer Zeitung zu dienen, noch sind sie Zeitschriften, die sich auf Spezialfragen des Hochschulstudiums beschränken. Ihre informierende Funktion ist oft gering, dafür wird bei ihnen das gesellschaftskritische Engagement groß geschrieben.

Der jugendliche Unwille, der aus einem großen Teil der Studentenpresse spricht und ihr immer wieder diffamierende Kollektivbezeichnungen wie „radikal", „links" oder „krypto-kommunistisch" einträgt, spiegelt mehr als einen Generationskonflikt. Hier artikuliert sich — mal bewußter, mal unbewußter — das Unbehagen über die antiquierte autoritäre Struktur unserer Universitäten und das Unbehagen über eine Demokratie, die sich durch ihre Institutionen in Frage stellt.

Die bundesdeutsche Alma mater ist keine „segenspendende Mutter", sondern ein gestrenger Patriarch, der Autoritätsgläubigkeit in Fragen der Wissenschaft und politischen Meinungsbildung wie Anno dazumal verlangt. Das akademische Disziplinarrecht stammt aus dem Ständestaat. Und nach wie vor ist die institutionalisierte Macht des Ordinarius beinahe unbeschränkt.

Hetzjagd auf Redakteure

Die Tübinger Studentenzeitung „notizen", die vom Rektor einmal als „Skandal- und Boulevardblättchen" liebevoll charakterisiert wurde, traf ins Schwarze, als sie in einem Beitrag äußerte, die Hochschulreform könne nicht erreicht werden, solange „die soziale Stellung des Professors nicht systematisch untergraben" werde. Manche Herren, denen angesichts solcher „Anpöbeleien" der Schreck in die Glieder fuhr, veranstalten seit Jahren eine Hetzjagd auf die Reste unabhängiger Publizistik im Raume der Universität. Aber es gibt mutige Studentenredakteure, die sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und nicht vor Drohungen und politischen Verleumdungen kapitulieren. So schrieb der Chefredakteur in der 50. Jubiläumsausgabe von „notizen":

> „Es ist eine wahre Lust und ebensolche Last: Einstweilige Verfügungen, Beschlagnahme-Anträge, Beleidigungs-Anzeigen, Gefängnis-Androhungen. Es gibt einen hübschen Reigen und einen ziemlichen personellen Verschleiß. Vergangenes Jahr gab der Pressereferent seinen Posten erschöpft auf, mit der Begründung, er fühle sich dieser Flut von Prozessen und gerichtlichen Schritten nicht mehr gewachsen ..."

Wenn ein Studentenredakteur in seinem „Editorial" jammerte: „Nichts ist beständiger als der personelle Wechsel in unserer Redaktion", — dann fragt man sich unwillkürlich, ob nicht gerade der häufige Redakteur- und Mitarbeiterwechsel von Semester zu Semester den Studentenzeitungen ihre relative Freiheit garantiert. Denn die existentielle Unabhängigkeit eines Studentenredakteurs ist weit größer als die eines Berufsjournalisten. Das Rücksichtslos-die-Wahrheit-sagen, ungehemmt von publizistischen und presserechtlichen Erfahrungen, bestimmt die Freiheit der Studentenpresse, die immer noch die freieste Presse in der Bundesrepublik ist. Natürlich ist diese Freiheit von Jahr zu Jahr stärker bedroht — wie wir an Beispielen zeigen werden —, doch folgen den Studenten, die den Mut verloren haben, neue Studenten, die sich die Freiheit nehmen, zu schreiben und zu drucken, was in unserem Lande kaum mehr einer zu schreiben, geschweige denn zu drucken wagt.

Die Rebellion eines Teils der Studenten — es ist nur ein kleiner Teil, der sich kritische Urteilsfähigkeit bewahrt hat — wird von der Universitäts-Hierarchie, von der politischen Gleichgültigkeit der Mehrzahl der Kommilitonen, aber auch von den studentischen Korporationen provoziert. So stehen den 70 Studentenzeitungen etwa 30 Zeitungen der Korporierten als sinnfälliger Ausdruck von Reaktion und Restauration gegenüber. Daß die Blätter der Korporationspresse meist von „Alten Herren" redigiert werden, sagt alles.

„Seid die Unruhe unserer Zeit!" rief der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder auf dem 3. Deutschen Studententag 1954. Das war einmal ... Bis zum Jahre 1957 hatten die Studentenzeitungen mehr oder weniger „Narrenfreiheit". Und die zornigen jungen Männer als Journalisten und Redakteure, die „kein Blatt machten, um es vor den Mund zu nehmen" („nobis"), wurden von offizieller Seite als akademische Hauskabarettisten geduldet. Doch das änderte sich, als eine rechtsgesteuerte Regierungspolitik alle verdächtig machte, die ihre Unabhängigkeit zwischen Cliquen und Programmen zu wahren suchten, als eine Bundeswehr-Generation in die Hörsäle einzog und als sich Universitäten und Pro-

fessoren auf ihre abendländische Tradition besannen. Wer sich heute die Freiheit nimmt, zu sagen, was er denkt, läuft Gefahr, im vogelfreien Niemandsland zu landen. Die Studentenpresse bekommt die Disziplinargewalt der Universität zu spüren, wobei Rektor und Senat die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit in eleganter Weise umgehen und unter Berufung auf das Hausrecht Vertriebsverbote aussprechen können.

So verabschiedete bereits 1958 die Kommission für Hochschulrecht der Westdeutschen Rektorenkonferenz folgenden Beschluß:

> a) „In welchem Umfang der Vertrieb von Zeitungen auf akademischem Boden zugelassen wird, ist eine Frage des Hausrechts der Hochschule. Die Entscheidung unterliegt dem pflichtmäßigen Ermessen der für die Ausübung des Hausrechts zuständigen Organe.
>
> b) Das gilt auch für Zeitungen, die sich in erster Linie an Studenten wenden oder von Studenten redigiert oder herausgegeben werden.
>
> c) Anders dagegen liegt es bei Zeitungen, die unter entscheidender Mitverantwortung von Organen der studentischen Selbstverwaltung erscheinen. Die Zulassung ihres Vertriebs ist eine Frage der Anstaltsgewalt der Hochschule."

. . . bellen durch den Maulkorb

Wenn in den letzten Jahren allerlei unternommen wurde, um der Studentenpresse einen Maulkorb anzulegen, dann ist es erfreulich, daß die meisten Studentenredakteure nicht den Mut verloren haben, ihre studentischen und politischen Forderungen konsequent zu vertreten. Und wenn es nicht anders geht, wird eben durch den Maulkorb gebellt . . . Fast alle Blätter zeigen eine nonkonformistische Gesinnung, nicht nur die unabhängigen, sondern auch Publikationen politischer Studentenverbände und Zeitungen, die mit der Studentenvertretung der örtlichen Hochschule institutionell verbunden sind.

Das Gros der Studentenpresse bilden die lokalen Studentenzeitungen, die im Auftrag des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) herausgegeben und durch Zuschüsse der Studentenschaft aus den Sozialgebühren schlecht und recht subventioniert werden. Eine Aufbesserung des Budgets durch Inserate kommt kaum in Frage, da sich die Wirtschaft von einer Werbung bei den finanzschwachen Studenten nicht viel verspricht (abgesehen von den Offizierswerbern des Bundesverteidigungsministeriums). Ob das Echo dieser Studentenblätter nur an den Wänden der Universität widerhallt oder über den Universitätsbereich hinausdringt, ob sie sich von Nachrichtenorganen der Hochschule zu Meinungsorganen entwickeln, hängt von der Initiative, dem zeitkritischen Mut, Ehrgeiz und Können der einzelnen Studenten ab, die als Redakteure gewählt wurden. Allerdings hat der Studentenrat die Möglichkeit, die Kündigung der Redaktion zu veranlassen, und das kommt vor, wenn die Rechtsdenker und Korporierten die Überhand gewinnen . . .

Ob in der „darmstädter studentenzeitung", im Westberliner „FU-Spiegel", in den „marburger blättern", „perspektiven" (Köln), in „politikon" (Göttingen), im „semester-spiegel" (Münster), „Speculum" (Saarbrücken), „Ventil" (Karlsruhe), oder im „Würzburger Semesterspiegel" — es werden Argumente entwickelt, die sich nicht in die Schubfächer politischer Vorurteile einordnen lassen, es werden Tabus durchlöchert und heiße Eisen angepackt: Ostkontakte, Notstandsgesetze, Neonazismus, DDR-Literatur, Braune Universität, Vertriebenenverbände usw. Einige Blätter versuchen mit graphischem Elan den Rahmen zu sprengen. So schockierte das Heidelberger „forum academicum" (Auflage 5000) mit einem blutspritzenden Guillotinierten, der die Titelseite eines Heftes mit Beiträgen rund um die Problematik der Todesstrafe schmückte: „Die zackige Verneigung unseres Geköpften soll Sie herzlich zum Wintersemester in Heidelberg begrüßen!"

Musterexemplare der Spitzengruppe, die sich trotz lokaler Bindung an Allgemeine Studentenausschüsse zu überregional anerkannten Blättern entwickelt haben, sind vor allem die Mainzer Studentenzeitung „nobis" (Auflage 7000) und die Tübinger Studentenzeitung „notizen" (Auflage 4500). Mit einer Phalanx talentierter Essayisten und renommierter Autoren von Hans Erich Nossack bis Günther Weisenborn bemüht sich „nobis", den Platz einzunehmen, den die in den letzten Jahren reihenweise eingegangenen Kulturzeitschriften freigemacht haben. Anspruchsvoll ist der Gedanke, jedes Heft unter ein Hauptthema zu stellen — beispielsweise das Thema „Tradition" mit Attacken auf Bildungsaristokratismus, Bundeswehr und schlagende Verbindungen oder das Thema „Der die das Fremde" mit Beiträgen über DDR-Filme, exilierten Geist und die Situation der Homosexuellen in Deutschland. Den Tübinger „notizen" gelang es, mit der Frage nach dem Versagen der Universität und ihrer Lehrer im „Tausendjährigen Reich" die Gemüter so zu erhitzen, daß der Funke in die Öffentlichkeit übersprang und eine Kettenreaktion von Fragen auslöste, die schließlich an der Tübinger Universität zu der verdienstvollen Ringvorlesung „Das deutsche Geistesleben und der Nationalsozialismus" im Wintersemester 1964/65 geführt haben.

Eine neue Studentengeneration, drängender fragend als ihre früheren Kommilitonen, die jene braunen Jahre noch miterlebt haben, forderte „von der Universität ein klares Wort zu den Grundsätzen, nach denen bei der Wiedereingliederung beziehungsweise -berufung von belasteten Professoren verfahren worden ist . . ." Die Studenten erzwangen eine Stellungnahme. Und Hochschullehrer, die sich in ihrer Autorität für unangreifbar hielten, starrten wie hypnotisierte Kaninchen auf das „notizen"-Titelblatt, auf dem das Ölgemälde eines ehemaligen Rektors in SA-Uniform mit Hakenkreuzbinde, NS-Orden und Rektorenkette prangte. Ein andermal markierten „notizen"-Redakteure ihr Anliegen mit einem roten Hakenkreuz, dessen Balken sich um das altehrwürdige Universitätsgebäude schlangen: Ist es der Universität gelungen, Maßstäbe zu finden, die Verständnis und Überwindung ihrer damaligen Perversion ermöglichen?

> „Ich habe den Eindruck", meinte Professor von Engelhardt, der bis Frühjahr 1964 Rektor der Universität Tübingen war, „daß die Mitarbeiter der ‚notizen' emsig darum bemüht sind, ‚Material' zu sammeln gegen einzelne Professoren oder Fakultäten, um in jeder Nummer mit besonders interessanten ‚Enthüllungen' aufzuwarten . . ." Und Professor Steindorff wetterte in einer Vorlesung: „Die ‚notizen' schütten Kübel voll Jauche über die Universität!"

. . . blasen Staub von Parteiprogrammen

Leichter haben es natürlich die „privaten" Studentenzeitungen, die von unabhängigen, manchmal schon zu Berufsjournalisten avancierten Studenten herausgegeben und redigiert werden: Aus Westberlin stammt „Colloquium" (Auflage 16 000), die älteste deutsche Studentenzeitschrift, die ihrem Namen Ehre macht, indem sie das hochschulinterne Gespräch zu einer Diskussion über Politik, Hochschulreform und künstlerische Probleme kritisch ausweitet. Ihr Literaturteil ist eine Spielwiese für eigenwillige junge Talente. Aus Frankfurt stammt die Studentenzeitung „Diskus", aus München das Studentenmagazin für Kultur, Politik und Technik „Profil" und aus Kiel eine Studentenzeitung, die sich von „arena" in „agora" und von „agora" in „res nostra" verwandelt hat, ohne ihrer linksliberalen Geisteshaltung untreu zu werden.

Daneben gibt es — ebenfalls überregional — eine Reihe politischer Studentenzeitungen, die aber nicht einfach als studentische Parteiblätter anzusehen sind:

Da ist die Hauszeitung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes „frontal" (Auflage 10 000). Da ist „Civis" (Auflage 25 000), ein auf „Spiegel" getrimmtes Magazin für Kultur und Politik des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten.

Da ist die Diskussionszeitschrift „neue kritik" (Auflage 4000) des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, von dem sich die SPD 1960 losgesagt hat, weil er das Godesberger Programm nur platonisch anerkannte. Und da ist die in ihrer Aufmachung altväterlich wirkende „Liberale Studentenzeitung" (Auflage 9000) des Liberalen Studentenbundes Deutschlands. Obwohl diese Blätter (wenn wir von der „neuen kritik" absehen) SPD- oder CDU- oder FDP-inspiriert und finanziert sind, verstehen es die meisten Studentenredakteure und -journalisten doch, ihre Chance zu nutzen und mit jugendlichem Ungestüm den Staub von doktrinären Parteiprogrammen zu blasen. Es kommt vor, daß Parteiväter über das offene Wort ihrer Parteikinder entsetzt sind.

Nur die alten Herren der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands empfinden gemeinsam mit Rechtsradikalisten und Neonazisten aller Schattierungen ungetrübte Freude über das forsche Betragen ihres studentischen Jungvolks. Denn der „Deutsche Studenten-Anzeiger" mit Kopfblättern in Gießen und Marburg (Gesamtauflage 20 000), der im National-Verlag in Hannover erscheint und auf der Linie des als verfassungswidrig aufgelösten „Bundes Nationaler Studenten" marschiert, ist drauf und dran, sich zur auflagenstärksten überregionalen Studentenzeitung in der Bundesrepublik zu entwickeln. Er verficht die totalitären Thesen der Unverbesserlichen: Die Prozesse gegen Naziverbrecher dienen der „Fellachierung des deutschen Volkes" ... Thomas Manns Roman „Dr. Faustus" bietet ein „haßerfülltes Zerrbild Deutschlands" ... Wissenschaftler wie Rothfels und Hofer, die sich mit unserer jüngsten Vergangenheit auseinandersetzen, sind „Meaculpisten" und „bundesdeutsche Hofhistoriker" ... Und die anderen Studentenjournalisten werden, wie könnte es anders sein, als „avantgardistisch-progressistisch-pazifistische Schreiber" beschimpft, „die mit allen Mitteln die Werte zersetzen, deren ein Volk zur Verteidigung seiner Freiheit bedarf."

Soll die Studentenpresse gleichgeschaltet werden?

Eine vollständige Liste der Vertriebsverbote und Zensurmaßnahmen gegen Studentenzeitungen, eine Zusammenfassung der Gerichtsprotokolle und juristischen Schriftsätze würde ein dickes Buch ergeben. Hier nur ein paar Beispiele von vielen:

1958

Einen Skandal entfacht die Wilhelmshavener Studentenzeitung „zoon politikon" mit einem Leitartikel „Denken oder Studieren", der „alte und ehrwürdige Einrichtungen unserer brüchigen Gesellschaft" als „Fiktionen" entlarvte: So den „Rechtsstaat" („... daß man bei uns Oberlandesgerichtspräsident werden kann, obwohl man das Recht jahrelang gebrochen hat"), die „Freie Marktwirtschaft" („... das ‚frei' gilt nur für 10 oder 15 Unternehmer à la Oetker, Krupp oder Pferdmenges"), die „ungeheuerliche Heuchelei mit dem Christentum" und vor allem das „Vaterland" („... daß es für uns so wenig ein Vaterland gibt wie etwa ein Kaisertum von Gottes Gnaden!") Der damalige Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel, Professor Dr. Peter Robert Hofstätter, distanzierte sich von der Zeitung seiner Studenten, deren Vertrieb er durch Anschlag am Schwarzen Brett „mit sofortiger Wirkung" verbieten ließ: Die These des Leitartikels stehe im Widerspruch zu der von jedem Studenten bei seiner Immatrikulation übernommenen Verpflichtung, „... in Treue zu Volk und Vaterland für die Sache der Menschheit zu wirken." Nebenbei rief er in einem Rundschreiben an die Inserenten zum Boykott der Zeitung auf. Fünf Jahre später hat Professor Hofstätter, unterdessen Ordinarius für Psychologie an der Universität Hamburg, mit eigenen Thesen einen Skandal entfacht, indem er die Meinung

vertrat, Hitler habe den Juden den Krieg erklärt. Mit anderen Worten: Die getöteten Juden sind „gefallen", nicht ermordet worden! Während die Studentenzeitung mit dem Namen „zoon politikon", mit dem einst Aristoteles den Menschen als ein „geselliges Wesen" definierte, von der Bildfläche verschwand, durfte der Professor seinen Skandal als Hochschullehrer überleben.

1959

Die Heidelberger Studentenzeitschrift „forum academicum" stellte als „literarisches Experiment" eine „Paradiesgeschichte" zur Diskussion, in der geschildert wird, wie ein katholischer Geistlicher an beichtenden Frauen unzüchtige Handlungen begeht. Reaktion: Protestbekundung der akademischen katholischen Studentengemeinde. Strafantrag des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg wegen „Gotteslästerung" (§ 166 StBGB) und „Beleidigung des Priesterstandes". Obwohl literarische Gutachter die poetische Qualität des Textes mit dem Hinweis bestätigten, daß moderne katholische Autoren wie Leon Bloy, Graham Greene, Francois Mauriac oder Julien Green nicht minder offen zu religiösen und erotischen Problemen Stellung genommen haben, verurteilte das Gericht den Studentenredakteur, der für den pseudonymen Beitrag einstehen mußte, wegen Gotteslästerung und Beleidigung „in Tateinheit mit Verbreitung einer unzüchtigen Schrift" zu einer Geldstrafe von 500 DM. Als bald darauf im „forum academicum" unter dem Titel „Man trägt wieder Braunhemd" ein Artikel erschien, in dem die rechtsradikale Ideologie des unterdessen wegen „Verfassungsfeindlichkeit" verbotenen „Bundes Nationaler Studenten" zerpflückt wurde, platzte dem Heidelberger Universitätssenat der Stehkragen. Der Redaktion wurde ein senatsbeauftragter Dozent als „Vertrauensmann" vor die Nase gesetzt, um die Jungakademiker zu lehren, was man unter „akademischer Freiheit" zu verstehen habe.

1959

Das Göttinger „Prisma" wurde wegen eines kritischen Zeitgedichtes „Missa profana", in dem sich profane und sakrale Sphären durchdringen, wegen Gotteslästerung beschlagnahmt. Der Autor wurde in einem Prozeß vor dem Landgericht Göttingen zu 100 DM Strafe verurteilt, doch sprach ihn 1961 der Bundesgerichtshof in einer Revisionsverhandlung frei. Glücklicherweise hat dieser höchstinstanzliche Richterspruch einer Reihe anderer Verfahren den Boden entzogen und den § 166 StBGB als Waffe gegen unbequeme Studentenzeitungen entschärft. Dafür wurde dem Göttinger „Prisma" 1963 von der korporierten Mehrheit des Studentenparlaments endgültig der Garaus gemacht.

1960

„nobis", die Mainzer Studentenzeitung, wurde zum Stein des Anstoßes, den ein korporierter Student durch Strafantrag und Magnifizenz Professor Voit durch ein Disziplinarverfahren gegen den Chefredakteur wegen Schädigung der Würde der Universität und Störung des Universitätsfriedens aus dem Weg räumen wollten. Anlaß war ein essayistisches Zitaten-Arrangement von Reimar Lenz: „Deutschland, Deutschland — über alles steigen die Düsenbomber der taktischen NATO-Geschwader für Mitteleuropa . . . über alles in der Welt, das andere Deutschland, das die Welt liebt — dort der Geheimrat Goethe, hier der Geheimrat Globke; es ist nicht zu glauben, was man aus einem Vaterland alles machen kann . . ."

1961

Im Bereich der Technischen Hochschule Aachen wurde der Verkauf einer Karnevalsausgabe des „aachener prisma" verboten, in der die Studenten satirisch

kritisiert hatten, daß die ursprünglich als Simultankirche für Studenten eingerichtete Theresienkirche nach Einspruch der katholischen Kirchenbehörde nur Katholiken zur Verfügung stand. Während man den protestantischen Ketzern das Kirchenportal vor der Nase zuschlug, wurde dem protestierenden Studentenblatt der Strick gedreht. Das „aachener prisma" existiert nicht mehr . . .

1962

Das Tübinger Rektoramt vertrat die Ansicht, die Veröffentlichung eines Gedichtes des amerikanischen Beatnik Allen Ginsberg nehme der Studentenzeitung „notizen" das Recht, vom Allgemeinen Studentenausschuß weiterhin Gelder zu empfangen. Die Existenz der „notizen" war bedroht, bis das Bundesverfassungsgericht einschritt. Dabei schien das Rektoramt in seinem Supereifer übersehen zu haben, daß das verfemte Ginsberg-Poem „Das Geheul" Wochen zuvor vom Tübinger Ordinarius für Amerikanistik im Auditorium maximum ohne Beanstandung als literarisches Exempel analysiert worden war.

1964

In Marburg wagte es die Freie Studentenzeitung „5 vor 12", die Vergangenheit des an der Philipps-Universität lehrenden Strafrechtlers Professor Dr. Erich Schwinge aufzublättern. Als der „Fall Schwinge" weit über die Grenzen der Universitätsstadt hinaus diskutiert wurde, schien es dem Rektor Professor D. Niebegall höchste Zeit, die studentische Pressefreiheit in Ketten zu legen. Er eröffnete gegen Verleger und Redakteure ein Disziplinarverfahren, da sie sich wegen eines Verstoßes gegen die Disziplinarordnung strafbar gemacht hätten. Die Disziplinarordnung aber stammt aus treudeutscher Kaiserzeit!

„I m m e r w e i t e r g e m a c h t . . ."

Vor einiger Zeit hat in „nobis", der Mainzer Studentenzeitung, ein Redakteur im Namen der vielerorts attackierten Studentenpresse seiner Empörung Luft gemacht und folgendes veröffentlicht:

„Es fällt auf, daß es sich bei den angefeindeten Studentenzeitungen erstens um profilierte und gerade um solche handelt, die ganz allgemein, besonders aber politisch — bei voller Wahrung der demokratischen Spielregeln — eine ‚andernorts' unliebsame Meinung vertreten. Kann man den ‚Unruhestiftern' nicht auf direktem Wege an die Gurgel, dann eben von hinten durch die Brust ins Auge. Geht's nicht über den Verfassungsschutz, dann geht's über die Bigotterie. Trick ‚ich-weiß-nicht-wie-alt', aber, wie man sieht, immer noch wirksam. Was bleibt zu tun? Entweder nackte Weiber mit kleinen goldenen Kreuzchen um den Hals — wie unsere Illustrierten — abdrucken oder auf den Strich gehen und sich verkaufen, wie unsere Tagespresse. Regt sich niemand darüber auf, wird praktiziert und hat noch keinem geschadet . . . Aber ohne uns! Und wenn wir uns die Finger in den schmutzigen Nasen der Herren abbrechen: doof gestellt, Sitzredakteur engagiert, denken: ihr könnt uns mal . . . und . . . weitergemacht! Immer weitergemacht . . ."

Lord John Boyd Orr

Die zwei tödlichen Bedrohungen unserer Zivilisation

Die moderne Wissenschaft stellt den Menschen vor zwei neue Gefahren: die Überbevölkerung der Welt, die zum Chaos führt, und den atomaren Vernichtungskrieg. Schicksal und Möglichkeiten, ja das Überleben der menschlichen Art selbst hängen davon ab, ob die Regierungen genügend Einsicht und guten Willen aufbringen, um gemeinsam diese Gefahren abzuwenden.

Die Bevölkerungsexplosion

Die Bevölkerungsexplosion begann vor ungefähr zweihundert Jahren in Europa. In England wuchs beispielsweise die Zahl der Menschen von vier Millionen im Jahre 1800 auf vierunddreißig Millionen im Jahre 1900 an, wobei die Millionen der Auswanderer nicht eingerechnet sind. Man schätzt, daß zwischen 1800 und 1924 rund sechzig Millionen Menschen Europa verließen, um sich in den dünnbesiedelten Gebieten Amerikas und Australiens anzusiedeln.

Der Mangel an Nahrungsmitteln, der in Europa auf Grund der Bevölkerungszunahme eintrat, konnte durch Importe aus den neuen Ländern und durch die europäische landwirtschaftliche Entwicklung, die den Bodenertrag sehr steigerte, behoben werden. Im Jahre 1900 führte Großbritannien zwei Drittel seines Verbrauchs an Nahrungsmitteln ein. Die Nahrungsmittel waren so reichlich vorhanden und billig, daß der Hunger, unter dem vorher die Armen leiden mußten, fast völlig beseitigt werden konnte.

Dieses schnelle Wachstum der Bevölkerung wurde durch den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft besonders gegen Ende des 19. Jahrhunderts ermöglicht. Viele Krankheiten konnten erfolgreich bekämpft werden, was wiederum zu einem Rückgang der Sterblichkeitsrate führte, ohne daß die Geburten im gleichen Maße abgesunken waren. Der Fortschritt in Landwirtschaft und Technik stellte die Nahrungsmengen zur Verfügung, um die angewachsene Bevölkerung zu erhalten.

Seit Beginn unseres Jahrhunderts ging die Zahl der Geburten in den europäischen Ländern zurück, so daß das Bevölkerungswachstum verlangsamt wurde. Vor dem üblichen Ansteigen der Geburtenziffer nach dem letzten Krieg sah es aus, als ob ein Gleichgewicht in der Zu- und Abnahme der Bevölkerung erreicht worden sei. Während aber in Europa dieser Verlangsamungsprozeß einsetzte, beschleunigte sich das Wachstum in den armen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wo man die Krankheiten wirksam zu bekämpfen und damit die Sterblichkeitsrate herabzusetzen begann. Die Errichtung der Weltgesundheitsorganisation im Jahre 1946 verstärkte diesen Trend. In jenem Jahr erreichte die jährliche Wachstumsrate der Weltbevölkerung die alarmierende Zahl von rund 20 Millionen. Innerhalb der folgenden zwanzig Jahre stieg sie auf 60 Millionen jährlich, und diese Entwicklung setzt sich immer noch mit sich beschleunigender Geschwindigkeit fort. Bei Andauern der bisherigen Wachstumsrate wird sich die gegenwärtige Weltbevölkerung von 3,3 Milliarden innerhalb der nächsten vierzig Jahre verdoppelt haben, noch einmal verdoppelt in den darauffolgenden dreißig Jahren. Einige Statistiker haben ausgerechnet, wie lange es bei diesem Tempo dauern würde, bis die Menschen unserer Erde nicht einmal mehr einen Platz zum Stehen haben würden. Lange aber bevor dies eintritt, würde die menschliche Gesellschaft bereits im Chaos versunken sein. Der Kampf würde nicht mehr zwischen kommunistischen und kapitalistischen Systemen ausgetragen werden, son-

dern es würde darum gehen, welche Nationen und welche Klassen in den Nationen überleben dürfen und welche durch Hunger zugrundegehen müssen.

Faktisch ist es unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Bevölkerungsexplosion unbegrenzte Zeit fortdauern wird. Mit dem Ansteigen des Lebensstandards und der Erweiterung der Erziehungsmöglichkeiten in den unterentwickelten Ländern wird die Geburtenrate wahrscheinlich fallen, wie das in Europa geschehen ist. Zusätzlich mag die Verbreitung billiger Empfängnisverhütungsmittel diese Wachstumsrate weiter verlangsamen. Zu Beginn des nächsten Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung möglicherweise ihr Gleichgewicht gefunden haben. Wahrscheinlich aber wird das Wachstum so lange weitergehen, bis sich die gegenwärtige Zahl der Menschen verdoppelt hat.

Können genügend Nahrungsmittel produziert werden, um diese wachsende Bevölkerung zu ernähren?

Im vorigen Jahrhundert würde die Bevölkerungsexplosion in den unterentwikkelten Ländern zur Hungersnot geführt haben. Auf Grund des Fortschrittes der biologischen und technischen Wissenschaft jedoch wurde die Nahrungsmittelerzeugung in den Industrieländern, die Düngemittel, Geräte und Bewässerungsanlagen herstellen können, so erleichtert, daß der Überfluß an Nahrungsmitteln gegenüber der kommerziellen Nachfrage geradezu zu wirtschaftlichen Störungen geführt hat. Von diesem Überfluß wurde an jene Länder abgegeben, deren Bevölkerung so rasch anwächst. So versorgen hauptsächlich die Vereinigten Staaten beispielsweise Indien jährlich mit vier Millionen Tonnen Weizen, um eine Hungersnot zu verhindern.

Aber die Nahrungsmittellieferungen der industrialisierten Länder, sei es gegen Zahlung, wie im Falle Chinas und Rußlands, sei es zu stark reduzierten Preisen, um dem Mangel der armen Länder abzuhelfen, kann nicht unbeschränkt andauern. In den dreißiger Jahren, als der Völkerbund das Problem des Nahrungsmittelmangels in der Welt zu lösen versuchte, wurde geschätzt, daß fast die Hälfte der Erdbevölkerung unterernährt sei und daß die Nahrungsmittelproduktion fast verdoppelt werden müsse, wobei die größte Steigerung die hochwertigen und teueren protein- und vitaminhaltigen Nahrungsmittel erfahren müßten. Seitdem hat die vermehrte Nahrungsmittelerzeugung lediglich eine Verschlechterung dieser Lage verhindert. In manchen Jahren hat das Wachstum der Nahrungserzeugung mit dem der Bevölkerung nicht Schritt halten können. Wenn, wie man annimmt, die Weltbevölkerung sich gegen Ende dieses Jahrhunderts verdoppelt haben wird, müßte sich die Nahrungsversorgung vervierfacht haben, allein um den Hunger und die Unterernährung auszuschalten. Viele halten dies für unmöglich. Zweifellos aber ist es physisch mit Hilfe der modernen biologischen und technischen Wissenschaft erreichbar. Fast die einzige praktische Grenze für die Nahrungsmittelproduktion sind die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und das Ausmaß der Anstrengung, das man der Lösung dieses Problems widmet. Es handelt sich um keine in der Materie liegenden Schwierigkeiten. Das Problem besteht darin, die Regierungen der Welt dazu zu bringen, zusammenzuarbeiten und diese Aufgabe anzupacken. Die Regierungen aber stehen vor der Frage, wo sie das Geld für dieses Projekt hernehmen sollen. Das soll nachstehend behandelt werden.

Der Atomkrieg

Der verstorbene Präsident Kennedy sagte, daß in der ersten Stunde eines nuklearen Schlagabtausches 100 Millionen Russen, 100 Millionen Amerikaner und 100 Millionen Europäer getötet werden würden. Präsident Johnson wiederholte

diese Warnung. Sowohl Rußland als auch Amerika erkennen, daß ein Atomkrieg wechselseitiger Selbstmord wäre, und bemühen sich, seine Zufallsauslösung zu verhindern. Aber andere Länder — nämlich Großbritannien, Frinkreich und China — besitzen nun ebenfalls Kernwaffen, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie Rußland und Amerika, und weitere Nationen, wie Ägypten und Indonesien, gehen daran, sie zu produzieren. Die Vermehrung der Atommächte, die untereinander nicht den engen Kontakt haben wie Rußland und Amerika, steigert die Gefahr eines Krieges, der durch einen Unfall oder durch den Bombenabwurf eines verantwortungslosen Generals gezündet werden kann. Gleichfalls kann geschehen, daß ein kleiner Krieg, wie der in Vietnam, sich zu einem Atomkrieg entwickelt, weil die Großmächte sich aus einem Engagement nicht mehr lösen können, ohne ihr Gesicht zu verlieren. So steht die Menschheit am Rande einer Katastrophe, die durch einen Zufall ausgelöst werden kann und die mit der Veraschung von mehr als fünfzig Prozent der Bevölkerung der nördlichen Hemisphäre beginnen würde.

Beide Bedrohungen sollten sich gegenseitig aufheben

In den dreißiger Jahren rief der Völkerbund eine Bewegung zur Lösung des Weltnahrungsproblems ins Leben. 1938 standen die Delegierten von zweiundzwanzig Nationen, einschließlich Rußlands und Amerikas, im Gespräch, um dieses ungemein nützliche revolutionäre Projekt anzupacken. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges setzte all dem ein Ende. Präsident Roosevelt erneuerte den Versuch auf der Hot Springs-Konferenz während des Zweiten Weltkrieges, und daraus entstand die Food and Agricultural Organization der Vereinten Nationen, die die Länder zur Zusammenarbeit veranlassen sollte, um wirksam dem Nahrungsmittelmangel nach dem Kriege begegnen zu können. Sie unterbreitete allen Nationen Vorschläge zur Gründung einer Weltnahrungsbehörde, in der alle Nationen zusammenarbeiten würden, um die Welterzeugung an Nahrungsmitteln zu verdoppeln und so jene Bedarfsdeckung zu erzielen, die für die ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung in den nächsten zwanzig Jahren geschätzt worden war. Obgleich praktisch alle Nationen im Prinzip zustimmten, brach dieser Versuch zusammen, weil Großbritannien und Amerika die Kooperation ablehnten.

Die Schwierigkeit der Durchführung eines solchen großen Projektes lag darin, die nötigen Geldmittel aufzutreiben. Der erste Generaldirektor der F.A.O. hat seitdem befürwortet, daß zur wechselseitigen Eliminierung beider Übel die Völker der Welt übereinkommen sollten, ihre Militärbudgets um ungefähr 10 Prozent zu senken. Da die gesamten Militärausgaben aller Nationen mehr als 4 Milliarden Pfund Sterling, das sind 110 Millionen Dollar, betragen, würden im ersten Jahr über 400 Millionen Pfund eingespart werden. Wenn nur die Hälfte davon, 200 Millionen Pfund, einer internationalen Behörde unter den Vereinten Nationen, jedoch kontrolliert von Geschäftsleuten, für ein Weltentwicklungsprojekt zur Verfügung gestellt werden könnte, das damit beginnen würde, Nahrungsmittel in den Ländern mit Nahrungsdefizit zu produzieren, so würde dies außerdem der echte Anfang einer Abrüstung sein, die unerläßlich ist, wenn ein Krieg vermieden werden soll. Das Geld, das heute für die Produktion der zerstörerischen Form der Kernenergie verwendet wird, könnte zur Erzeugung von Industrieprodukten eingesetzt werden, die von den Ländern mit Nahrungsdefizit benötigt werden, um ihre Landwirtschaft zu entwickeln.

Da der Handel mit Nahrungsmitteln der größte Handel in der Welt ist, würde sich der Umfang des Welthandels verdoppeln und damit ein Markt für alle Industrieprodukte entstehen, die die Industrieländer in den nächsten zwanzig

Jahren erzeugen können. Die Zusammenarbeit an einem Gemeinschaftswerk, das allen zugute kommt, würde eine neue internationale politische Atmosphäre schaffen, in der die lähmende Kriegsfurcht durch die Hoffnung auf den Beginn einer wundervollen neuen Ära des Friedens und der Prosperität ersetzt würde. Diese Zusammenarbeit zum gemeinsamen Ziel würde auch die Entstehung einer Weltregierung erleichtern, die in der Lage wäre, den Frieden zu bewahren und die Nationen zum Zusammenwirken am Gemeinwohl zu veranlassen, anstatt gegenseitig die Vernichtung zu planen.

Die einzige Alternative zu irgendeiner Form der Kooperation zum gemeinsamen Wohle ist der Krieg. Menschen aus aller Welt arbeiten in den internationalen Organisationen außerhalb der Regierungen, um jene weltumfassende öffentliche Meinung hervorzurufen, die jeder Regierung, die den ersten Schritt zu einer solchen Zusammenarbeit, beginnend auf dem Nahrungssektor, macht, Rückhalt geben soll. Die Zusammenarbeit ist in der nun kleingewordenen Welt die einzige Hoffnung für die Zukunft, von ihr hängt die Chance des Überlebens der Zivilisation ab, die in den vergangenen fünfzehntausend Jahren aufgebaut wurde.

Aus dem Englischen von Dr. Rudolf Hilf

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Fragen an Dr. Heinemann

Der bekannte evangelische Politiker äußerte sich vor der in Rheinhausen tagenden Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland über den „Weg der SPD". Dabei war es gut, daß den nach unserer Meinung entscheidenden Problemen der gegenwärtigen Außenpolitik nicht ausgewichen wurde. Es ging im Referat hauptsächlich um die schwere Hypothek, die uns die bisherige deutsche Nachkriegsgeschichte hinterläßt und die wir so oder so übernehmen und abtragen müssen. Wie gedenkt eine etwaige künftige SPD-Regierung damit fertig zu werden?

Dr. Heinemann ging davon aus, daß immer dringlicher nach der Alternative gefragt werde, die die Oppositionspartei anzubieten habe. Es werde festgestellt und es werde — ehrlicherweise oder auch nicht — bedauert, daß es an dieser Alternative fehle. Selbst in der Rede, die der Bundeskanzler beim Düsseldorfer Parteitag der CDU gehalten habe, sei dieses Bedauern mehrfach zum Ausdruck gekommen. Dr. Heinemann glaubte demgegenüber darauf hinweisen zu sollen, daß eine klare Opposition nicht erwartet werden könne, wenn eine klare Position nicht vorhanden sei. Jedermann aber wisse, welche Konfusion sich augenblicklich im Lager der Regierungsparteien ausbreite. Neben Starrheit und Unentwegtheit setze sich langsam, aber in steigendem Maße die Einsicht durch, daß man nicht auf die Dauer gegen den Strom der Entwicklung ankomme, sondern sich den unbequemen Gegebenheiten fügen müsse. Bei dieser Sachlage aber sei es der SPD kaum möglich, der nicht vorhandenen These eine Antithese entgegen zu stellen.

Das führte zu dem, was Heinemann als sein eigentliches Anliegen herausstellte. An Beispielen aus der Geschichte sollte deutlich werden, warum die SPD seit 1960 dauernd die Gemeinsamkeitsformel beschwört und dadurch bei vielen in ein fragwürdiges Licht geraten ist. Die Partei müsse es vermeiden, gegen sich aufs neue eine Dolchstoßlegende heraufzubeschwören, wie sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegen die erfunden wurde, die die Verantwortung übernommen hatten und denen nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages alle Schuld am nationalen Mißgeschick zugeschoben wurde. Genau

so wäre es, so meinte Dr. Heinemann, 1944 den Verschwörern gegen Hitler ergangen, wenn ihr Anschlag gelungen und der Diktator beseitigt worden wäre. Auch sie wären für alle Folgen des verlorenen Krieges verantwortlich gemacht worden, da ja für die meisten durchaus noch nicht feststand, daß der Sieg nicht mehr zu gewinnen war. Klüger hätten die Franzosen gehandelt, indem sie de Gaulle an die Macht brachten und ihn die Algerienkrise glücklich beenden ließen, was keinem seiner Vorgänger gelungen war. Nur der General als der Mann der nationalen Front konnte es sich leisten, den längst fälligen Schlußstrich zu ziehen, ohne daß das als ein Prestigeverlust empfunden worden wäre. Ganz ähnlich stehe es heute bei uns. Die für die bundesdeutsche Politik seit 1949 Verantwortlichen und bisher vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes Getragenen dürften jetzt, da es gilt, unter eine Periode dauernder Fehlleistungen den Schlußstrich zu ziehen, nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Darum verlange die SPD eine gemeinsame Bestandsaufnahme. Sie sei nicht bereit, allein für das einzustehen, was andere verschuldet hätten, um damit möglicherweise wieder eine Dolchstoßlegende gegen sich herauszufordern. Sie suche vielmehr abzuwarten, bis die fortschreitende Entwicklung auch die Uneinsichtigen zur Vernunft bringe und zur Umkehr willig mache.

Es war in der Tat eine überraschend neue Deutung des Weges einer Partei, den manche von uns schon lange nicht mehr verstehen und sich kaum erklären können. Dabei scheint uns die Frage, ob es sich wirklich um die Konzeption der Parteiführung handelt oder ob es nur die Konzeption von Dr. Heinemann ist, gar nicht so wichtig. Aber ob es sich so oder so verhält — man muß doch wohl vom Grundsätzlichen her seine Bedenken anmelden. Es ist, so scheint uns, vor allem zu fragen, ob denn das überhaupt geht, daß man die Dinge so vor sich herschiebt und derweil abzuwarten sucht, bis der andere zu gemeinsamer Bestandsaufnahme und Generalbereinigung sich bereitfindet. Es könnte doch auch sein, daß man vergeblich darauf wartet und daß es eines Tages zu spät geworden ist, weil die Dinge überfällig geworden sind. Wenn wir recht sehen, lehren die geschichtlichen Beispiele, die Dr. Heinemann gewählt hat, gerade auch dies. War es denn möglich, daß die Unterzeichner des Versailler Diktates sich dieser schweren geschichtlichen Aufgabe hätten entziehen können, obwohl ihnen vor Augen stehen mußte, was ihnen blühen würde? Uns scheint, sie konnten der Aufgabe nicht ausweichen, um damit der Diffamierung und der verräterischen Mordwaffe zu entgehen. Ähnlich steht es mit den Verschwörern gegen Hitler. Wenn der Sturz des Diktators 1944 gelungen und der totale Zusammenbruch abgemildert worden wäre — man hätte es den Widerstandskämpfern schlecht gedankt. Sie haben sich das sicher auch klargemacht. Sie hätten ja auch klug sein und das unvermeidliche Ende abwarten können. Stattdessen setzten sie das Leben, zum mindesten aber den Ruf und die Ehre aufs Spiel, um vielleicht noch einiges zu retten.

Allein das dritte Beispiel — de Gaulle und die Algerienkrise — könnte geeignet erscheinen, die These von Dr. Heinemann zu stützen: der richtige Mann muß sich finden, um die Bereinigung vorzunehmen, die sonst nicht gelingen kann. Nur — wir fragen wieder: Wie, wenn sich der Mann nicht findet? Wie, wenn die Verantwortlichen sich der Verantwortung entziehen, zum mindesten solange es eben geht, um damit die gefährliche Situation unheilvoll zu verschlimmern, wenn nicht gar ins Ausweglose zu steigern? Wir haben doch nicht unendlich Zeit. Wer etwas zu ahnen glaubt von dem, was heute zur Entscheidung drängt, für den wird es sehr schwer, daß er einer Partei die Stimme geben soll, die anscheinend nicht bereit ist zu dem, was von der Opposition erwartet werden muß. Es ist nun einmal so, daß die Opposition, wenn sie zur Macht kommt, sich bereitfinden muß, das Erbe derer anzutreten, die abgewirtschaftet haben, ganz gleich, was ihr das einbringt. Von daher ist und bleibt einem der Weg der SPD fragwürdig, seitdem sie auf das Gemeinsamkeitsdogma festgelegt ist und damit weitgehend die Prämissen des abzulösenden Regierungskurses übernommen hat. Das geht bekanntlich so weit, daß man von der SPD spricht, die die CDU rechts zu überholen suche, und daß man trotz Dr. Heinemann in Verlegenheit kommt, wenn man sich klar zu werden sucht, wo denn nun wirklich ein wesentlicher Unterschied zwischen Regierungspartei und Opposition sei, wo beispielsweise der echte Wille sich zeige, den Kalten Krieg abzubauen und zu beenden und damit die Voraussetzung für eine Neuorientierung zu schaffen. Man wäre froh, wenn sich klar zu erkennen gäbe, daß wir falsch

unterrichtet sind. Vorläufig sieht es so aus, daß sich unter der Gemeinsamkeitsparole ein immer bedenklicheres Einschwenken in den antikommunistischen Rechtskurs verbirgt und daß auch eine etwaige SPD-Regierung entschlossen ist, auf dem Wege der sich steigernden Militarisierung und des Abbaues der Demokratie durch Notstandsgesetze voran zu schreiten.

Der Beweis scheint uns damit gegeben, daß man sich in vielfach unqualifizierter Weise gegen die Kräfte wendet, die diesen Kurs als verderblich und lebensgefährlich ablehnen und nach neuen Wegen suchen. Als Dr. Heinemann nach den Gründen für das ablehnende Verhalten der SPD der DFU und der Ostermarsch-Bewegung gegenüber gefragt wurde, wußte er nur auf den notwendigen Konkurrenzkampf hinzuweisen: eine Partei, die Stimmen gewinnen und zur Macht kommen wolle, müßte die andere aus dem Felde schlagen. Der Ostermarsch sei nur ein Vortrupp der DFU, die als kommunistisch unterwandert gilt. Nun, das ist eine Auskunft, die wir bereits kennen. So beliebt auch Herbert Wehner sich zu äußern, und wir hätten von Dr. Heinemann gern etwas anderes gehört, zumal hier zum mindesten nicht alles sachlich richtig ist. Es scheint uns, daß die SPD im eigenen Interesse gut daran täte, andere Methoden der Auseinandersetzung zu wählen. Hier wäre es viel eher am Platze, sich um Gemeinsamkeit zu bemühen, zumal man auf der andern Seite bisher wenig Gegenliebe gefunden hat. Es muß doch daran erinnert werden, daß es nie zur Gründung der Deutschen Friedens-Union gekommen wäre, wenn sich nicht vorher in der SPD jene bedenkliche Schwenkung ereignet hätte, die uns auch Dr. Heinemann nicht als durch die gewandelten Zeitumstände bedingt einsichtig machen kann. Mag sein, daß die Parteigründung von vornherein ein fragwürdiges und aussichtsloses Unternehmen war. Dennoch: die echte Verlegenheit, die Verzweiflung an der hoffnungslos verfahrenen westdeutschen Parteipolitik, die den Anlaß zu jenem Schritt gab, wird neuerdings kräftig unterstrichen durch den bekannten Aufsatz von Martin Niemöller, der für uns bisher durch alles, was dagegen gesagt und geschrieben wurde, nicht widerlegt und entkräftet worden ist.

Man müßte ganz anders miteinander ins Gespräch kommen und den Ansatz zu einer ganz neuen Gemeinsamkeit suchen, wenn man uns die Entscheidung, vor die wir im nächsten September gestellt sind, erleichtern wollte. Die Haltung, die die SPD bislang einnimmt und die uns Dr. Heinemann zu verdeutlichen suchte, macht uns diese Entscheidung nicht leichter. Sie läßt viele immer noch nach neuen Möglichkeiten suchen.

Heinrich Steege

Jean-Paul Sartre

Am 21. Juni wird Sartre sechzig Jahre alt; gewiß kein Anlaß, diesem unfeierlichsten aller Denker ein gefühlvolles Blumengebinde zu überreichen. Doch darf man trotzdem einen Augenblick innehalten, um einen Blick auf dieses Leben zu werfen und sich nach dessen Bedeutung zu fragen. Sartre selbst hat sich nie als Monument oder auch nur als Summe fertigen Denkens betrachtet, sondern als Geist in Bewegung, nicht abgeschlossen, weil dies einem Stillstand gleichkäme. Er will keine Antworten liefern, aber Fragen aufwerfen. Daher ist er auch nicht als demütig nachzuahmendes Beispiel zu gebrauchen, was ebenfalls einem Schema entspräche, sondern nur als Anreger eigenen Denkens. Wollte man seine philosophische Überzeugung in einem Satz komprimieren, so wäre es dieser: Höchste Entfaltung selbständigen Denkens mit dem Ziele der höchsten Entfaltung selbständiger Aktion. Denken und Aktion sind für ihn zwei untrennbare Elemente. Sartre wurde berühmt durch seine Forderung des „Engagement", das sich ebenso in seinem Leben wie in seinen Schriften niederschlug. Dieses Engagement ist ein politisch-gesellschaftliches; es verlangt, daß sich der Schriftsteller bewußt den Problemen seiner Zeit stellt. Mehr noch: Der Nachweis wird erbracht, daß es gar nicht anders geht, als sich seiner Zeit zu stellen. Es gibt keine Fluchtmöglichkeit, und selbst die Flucht ist eine politische Haltung. Der Schriftsteller ist, wie jeder Mensch, „in Situation", das heißt, in der gesellschaftlichen Mechanik eingeschlossen, ob er es will oder nicht.

„Jedes Wort hat Folgen. Auch das Schweigen. Ich halte Flaubert und Goncourt für die Unterdrückung, die der Kommune folgte, verantwortlich, weil sie keine Zeile geschrieben haben, um sie zu verhindern."

So gibt es nicht die Ausflucht des l'art pour l'art. „Es ist die Funktion des Schriftstellers, so zu wirken, daß keiner die Welt ignorieren und keiner in ihr sich unschuldig nennen kann", heißt es in einem der glänzendsten Essays „Was ist Literatur?"

Es gibt keine größere Schuld, als seiner Zeit entfliehen zu wollen; das ist mauvaise foi, Betrug. Die Macht der Politik wurde dem bislang Unpolitischen durch den Krieg bekundet. Für niemand gab es ein Entrinnen. Und als Frankreich besetzt war, mußte man sich entscheiden: für die Besetzung oder für den Widerstand. Dieses bedrükkende kollektive Erlebnis war für Sartre von entscheidendem Einfluß. Der Krieg lehrte ihn, daß es kein Entrinnen gibt. Diese Lehre galt auch für den Frieden, als er 1944/45 eine große publizistisch-literarische Aktivität entfaltete und mit einem Schlage zum berühmtesten Schriftsteller seines Landes und zum am meisten diskutierten in der Welt wurde. Das im Kriege begonnene Engagement mußte fortgesetzt werden, da die Gesellschaft unvollkommen war, in Unterdrücker und Unterdrückte zerfiel, neue Kriege drohten. Sartre wählte den Sozialismus. Es begannen Streitereien mit den Kommunisten, die bis heute — mal schwächer, mal stärker — fortdauern, doch in den großen politischen Auseinandersetzungen eine Kampfgemeinschaft nicht ausschlossen.

Jetzt ist Sartre damit beschäftigt, Elemente seiner subjektivistischen Philosophie in den Marxismus einzuführen, den Versuch einer Synthese zu unternehmen, um den „stillstehenden Marxismus" wieder von der Stelle zu bringen. Sartre schrieb und kämpfte, die Feder diente dem Geist und der Aktion. Er gab eine politisch-literarische Zeitschrift heraus, erfolgreiche Theaterstücke folgten aufeinander, Essays erschienen (über Baudelaire, den Marxismus, den Antisemitismus, Genêt, Gide), Polemiken wurden ausgefochten vor allem wider Camus, zuletzt erschienen das umfangreiche Werk „Kritik der dialektischen Vernunft" und die Autobiographie „Die Wörter". Nichts davon ließ gleichgültig, immer wurde die Aufmerksamkeit erregt, immer entbrannten Debatten. Das geschah, weil es „engagierte Literatur" war, die Themen von unmittelbarem Interesse aufgriff. Zum Beispiel in der „Ehrbaren Dirne" den amerikanischen Rassenhaß, in den „Schmutzigen Händen" die revolutionäre Aktion, in den „Eingeschlossenen" die Schuld angesichts der faschistischen Diktatur. Doch geschah dies natürlich vor allem auch deshalb, weil es Sartre gelang, die dem Stoff adäquate Form zu finden. Obwohl seinen Dramen philosophische Probleme zugrunde liegen, fesselten sie. Gewiß nicht immer im gleichen Maße. Es gibt Qualitätsunterschiede, wie das bei einer so weit gestreuten Leistung nicht ausbleiben kann. Sartre erweist sich als eine Art von Doppelbegabung hohen Grades, indem er gedankliche Abstraktionen mit Virtuosität zu vollziehen weiß, während er im Theater oder Roman sich einer Sprache prallen Lebens, voller Saft und Kraft, bedient. Auch das weist auf die von ihm gewollte Einheit von Denken und Aktion hin: selbst die Abstraktionen sind solche des Lebens. Zwischen beiden gibt es keinen Bruch, laufen kommunizierende Röhren.

Sartre schrieb und handelte. 1948 war er sogar Mitbegründer einer sozialistischen Organisation, die die Forderung erhob, zwischen den Blöcken ein freiheitliches Europa zu schaffen. Er hörte nicht auf, an Versammlungen teilzunehmen, Manifeste zu unterzeichnen, wenn es galt, der Unterdrückung zu widerstehen. In vorderster Reihe führte er den Kampf gegen den Indochinakrieg, in der Bekämpfung des Algerienkrieges war er einer der Entschiedensten, proklamierte offen seine Verbundenheit mit den Algeriern, reizte die Regierung aufs äußerste, die sich allerdings fürchtete, gegen ihn vorzugehen. Erst vor kurzem lehnte er mit heftiger Geste eine Einladung amerikanischer Universitäten, aus Protest gegen die amerikanische Politik in Vietnam, ab. So darf man ihn mit einer Ätzlauge vergleichen. Unentwegt beunruhigt er, fordert zum Nachdenken auf, entlarvt die Einschläferer. Mehr als jedem anderen gereicht ihm deren Schimpfwort vom „Zersetzer" zur Ehre. Unermüdlich zersetzt er übernommene Mythen, hinfällige Traditionen, verlogene Losungen, — auf diese Weise wirklicher Demokratie, echten Menschentums den Weg bereitend. Mit der gleichen Vehemenz, mit der Sartre an den Götzen ideologischer Versteinerung rüttelt, fürchtet er selbst, sein Denken könne zu Stein werden, zu einem Standbild kritischer, doch gezähmter Bürgertugenden erstarren. Daher veweigert er Ehren und Orden. Man erinnert sich des Eklats, als er den Nobelpreis von sich wies mit der Begründung, daß er es ablehne, „sich in eine Institution verwandeln zu lassen":

„Ein Schriftsteller, der politisch, gesellschaftlich, literarisch Stellung nimmt, darf nur mit Mitteln handeln, die die seinen sind, das heißt mit dem geschriebenen Wort. Alle Auszeichnungen, die er empfangen kann, setzen seine Leser einem Druck aus, den ich nicht für wünschenswert halte."

Das ist keine Fiktion: dieser Geist durchzieht das ganze Werk und erhebt es weit über die Norm. Steht Sartre in der großen Tradition des französischen Humanismus, hört man in ihm den Widerhall der logischen Konsequenz von Descartes und der polemischen Schärfe von Voltaire, so führte er doch auch einen ständigen Kampf gegen humanistische Formeln, deren Allgemeinheit sie vor konkreter Stellungnahme bewahrt. Nach ihm darf der Humanismus nicht zum allgemeinen Appell, zur Sonntagspredigt werden; er muß sich in der konkreten Situation bekunden. Es genügt nicht, allgemein vom Menschen, vom Frieden, von der Gerechtigkeit zu sprechen; in einer bestimmten geschichtlichen Konstellation ist eine präzise Antwort notwendig. Wie Sartre Flaubert und Goncourt vorwirft, sich „dem Menschen" gewidmet zu haben, während sie die Opfer der Massaker außeracht ließen, so verlangte er im Laufe des Algerienkrieges keine abstrakten Friedensbekundungen, sondern ein wirkliches Engagement auf seiten der Kolonialopfer, da nur deren Sieg der Gerechtigkeit entsprechen konnte. Das führte vor allem zum Konflikt mit Camus, der, aus Widerwillen angesichts der konkreten Lage, sich immer mehr in allgemeine Menschlichkeit flüchtete. Für Sartre kommt das einem eigentlichen Verrat gleich. Man könnte sagen, daß für ihn der Mensch sich nur in konkreter Lage bewährt, daß nicht zählt, was er von sich sagt, sondern wie er handelt. Diese Moral ist hart, sie hat etwas Protestantisch-Grübelndes und verbaut alle Ausflüchte. „Der Mensch ist nur, was er aus sich selbst macht"; das heißt, er ist uneingeschränkt für sein Tun verantwortlich wie für sein Nichttun. Nichts vermag ihn von seiner Verantwortung zu befreien.

Sartre hat wichtige Impulse von der deutschen Philosophie, von Hegel über Marx bis Heidegger, empfangen. Nun dürfte er allerdings Deutschen nicht weniger zu geben haben. Sein aktiver Humanismus, sein Geist steter Kritik, seine Jagd auf die Verantwortungslosigkeit tun uns bitter not. So sollte man bei seinen Büchern Einkehr halten. Sie könnten mithelfen, echte Demokratie zu stärken, Fragen wirklichen Humanismus' bewußt zu machen.

Heinz Abosch

In der Reihe „Stimmen zur Zeit"

Neuerscheinung:

Hans Heinz Holz
Paul Neuhöffer

GRIFF NACH DER DIKTATUR?

Texte, Kommentare, Stellungnahmen
zur geplanten Notstandsgesetzgebung
192 Seiten glanzkarton. DM 5,80

Soeben erschienen:

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik
2. veränderte und erweiterte Auflage
164 Seiten glanzkart., DM 7,80

Es sind ferner erschienen:

Enzyklika Papst Johannes' XXIII.

PACEM IN TERRIS

Günther Anders

DIE TOTEN

Rede über die drei Weltkriege
56 Seiten glanzkart. DM 3,50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder
durch den Verlag

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Reihe „Argumente zur Zeit" 1965*

1	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Das Problem der Todesstrafe	DM	—,50
2	Paul Neuhöffer	Politische Umbesinnung oder permanente Gefahr für Demokratie und Frieden – Eine politische Betrachtung zur Nostandsgesetzgebung	DM	—,75
3	Dr. Arno Klönne	Zivilschutz oder Regierungsschutz? Zur „Zivilschutzfibel" des Bundesinnenministeriums	DM	—,50
4	Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer	Der christliche Glaube – Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik	DM	1,—
5	Wolfgang Piepenstock	Das Verbot politischer Vereinigungen und die freiheitliche Demokratie	DM	—,75
6	Dr. Hermann Etzel	Die Stunde Europas	DM	—,30
7	Horst Heiden	Vorwärtsverteidigung – eine Strategie für die Allianz?	DM	—,75
8	Jochen Willke	„Vom Osten geteilt – vom Westen verraten"	DM	—,30
9	Dr. Anton Reithinger	Fünfzehn Jahre Bonner Außenpolitik	DM	1,—
10	Dr. Walter Lewald	Die Bilanz der öffentlichen Verjährungsdebatte	DM	—,75
11		Fünfzehn französische Arbeiterpriester schreiben an das Konzil	DM	—,50
12	Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler	Positionen und Begriffe?	DM	1,50
13	Christian Geißler	Wie aus Mitläufern freie Menschen werden können	DM	1,—
14	Dr. Günther Schreiber	Die CDU geht aufs Ganze	DM	1,—

Außerdem liegen folgende Sonderdrucke vor:

S 1	Sonderheft der „Blätter":	Die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik	DM	2,—
S 2	Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel	Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost	DM	1,—
S 3	Präses D. Ernst Wilm	Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland	DM	—,50
S 4	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Offener Brief an Gustav Heinemann	DM	—,20
S 5	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Staatsschutz im Rechtsstaat	DM	1,—
S 6	Dr. Hermann Rauschning	Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan	DM	1,—
S 7	Prof. Dr. jur. Werner Maihofer	Pressefreiheit und Landesverrat	DM	1,—
S 8	Rechtsanwalt Heinrich Hannover	Zur Frage einer Notstandsverfassung	DM	1,—
S 9	Rechtsanwalt Heinrich Hannover	Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall"	DM	—,75
S 10	Dr. Hermann Rauschning	Kontinuität des Irrtums	DM	1,—
S 12	Prof. Dr. jur. Helmut Ridder	Die veruntreute Freiheit	DM	—,20
S 14	Prof. Dr. jur. Friedrich Klein	Grundgesetz und unmittelbarer Wechsel vom Mitglied der Bundesregierung zum Bundespräsidenten	DM	2,50

*) In dieser Reihe erscheinen Beiträge aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik", die für die politische Diskussion von grundlegender Bedeutung sind.

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Fernseh-Spalte

POLITIK IM ERSTEN PROGRAMM

In der März-Ausgabe der „Blätter" versuchte ich, mit wenigen Worten die politische Heimat des Zweiten Deutschen Fernsehens in ihren Umrissen zu fixieren. Zwar ist auch das eine schwierige Aufgabe, denn die Gefahr der Vereinfachung lauert immer hinter Kurzdiagnosen. Doch hält man sich in Mainz so starr an die Grundsätze der Staatsloyalität, daß man nie in die Risiko-Zone kritischer Aufklärung gerät. Von der bieder-konservativen Programmlinie wird, soweit es sich um Eigenproduktionen handelt, so gut wie nie abgewichen. Eine der ganz wenigen Ausnahmen war das ausgezeichnete Fernsehspiel um den Atomspion Klaus Fuchs.

Doch wollte ich von den politischen Ambitionen der ARD-Studios sprechen. Auch hier sind die Tabus mannigfaltig. Als Eugen Kogon zur Jahreswende „Panorama" aufgab, nannte er einige. Dennoch bleibt festzustellen: wiewohl es manchmal den Anschein hat, läßt sich keine Nivellierung nachweisen. Die Thematik, das Kritikniveau, der Informations- und Aufklärungsgehalt sind differenziert. Die neun ARD-Anstalten machen gute und schlechte Sendungen. Die politischen Magazin-Sendungen „Panorama" und „Report" haben sich wieder ein passables Image geschaffen. „Panorama" ist entschiedener in der Meinungsbildung als „Report". Aber beide Magazine erfüllen ihre Aufgaben einer vernünftigen Meinungsbildung mit Anstand. Über „Monitor" läßt sich noch wenig sagen. Wir kommen darauf zurück, sobald unsere Beobachtungen ein begründetes Urteil zulassen.

Zur generellen Programmgestaltung im politischen Sektor ist zu sagen, daß peinliche Propaganda-Sendungen relativ selten zu sehen sind. Die Relationen sind wohl von der Notwendigkeit diktiert, dem Vorwurf der Einseitigkeit zu entgehen. (Dennoch ist es nicht gerechtfertigt, Zeitgeschichte so penetrant zu fälschen, wie dies in der ersten Folge der Serie „Die sogenannte DDR" geschah.) Eine Sendung wie die kommentarlose Bilddokumentation über Hitler (Bayerischer Rundfunk) wird man indessen auf der politischen Linie des ZDF-Programms vergeblich suchen. Solche Aufrichtigkeit und Selbstkritik, solch konzessionslose Spiegelung eines nationalen Kolportagedramas konnte nur im aufgeschlosseneren ARD-Milieu reifen. Eines der besten deutschen Fernsehspiele sendete der NDR am 6. Mai: „Ein Tag — Bericht aus einem deutschen Konzentrationslager" von Gunther R. Lys, Regie Egon Monk. Hier wurde die generelle Struktur des SS-Staates an einem exemplarischen Beispiel von strengster Einfachheit des Zuschnitts überzeugend demonstriert. Dieter Ertel und Georg Friedel testeten in Zusammenarbeit mit Professor Eschenburg das politische Wissen der Bundesbürger (nicht die politische Bildung, sondern die Kenntnis bzw. Unkenntnis simpler Fakten). Auch diese Sendung — „Wie hälst Du's mit der Politik?" (Süddeutscher Rundfunk) — war in ihrer mathematischen Kühle beklemmend lehrreich. Wiederum undenkbar im ZDF: Peter von Zahns von echt pluralistischem Geist bestimmte Informations- und Diskussionssendung über den § 175 (WDR). Der Südwestfunk ging in einem sachkundigen Feature, das zum Sonntagnachmittags-Kaffee serviert wurde, der Frage einer Dienstpflicht für Frauen im Rahmen der projektierten Zivildienstpflicht nach („Frauen für das Vaterland"). Mustergültig informierte Rosemarie Bungert ein zum großen Teil sicher ahnungsloses Publikum. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit auch, daß das Innenministerium jegliche Auskunft über die geplante Dienstleistungspflicht für Frauen mit der Begründung ablehnte, öffentliche Diskussionen müßten vermieden werden. Zielstrebig schloß die Verfasserin des Berichts von der speziellen Problematik auf die allgemeine Situation: die gesamte sogenannte „Notstandsgesetzgebung" zielt auf die Kollektivierung eines in seinem demokratischen Rechtsbewußtsein noch reichlich unsicheren Volkes. Diese Schlußfolgerung bot sich jedenfalls dem aufmerksamen und mit der Problematik vertrauten Betrachter an. Berücksichtigt man nun noch die von „Panorama" und „Report" zuletzt behandelten Themen, so kann man dem ARD-Fernsehen — zumindest für den Berichtszeitraum von vier Wochen — ein Lob spenden. „Hallo Nachbarn!" allerdings hat sich bis nach der Wahl (oder endgültig?) verabschiedet. Dafür durften wir am Himmelfahrtstag den „Maulkorb" sehen . . .

E. H. Wahl

Bücher

Anpassung als System

Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964. Rütten und Loening, München, 360 S., DM 18,—.

Der Verfasser ergänzt mit dieser Abhandlung seine zweibändige Geschichte der westdeutschen Gewerkschaften („Die blinde Macht", Mercator Verlag), die wir in den „Blättern" besprachen. Damit hat er die beiden Hauptträger der Arbeiterbewegung und in einem weiteren Sinne der Opposition in ihrer Entwicklung nach dem Kriege dargestellt. Ein gewiß entscheidendes Thema, nicht allein für das Verständnis dieser Kräfte, sondern für das Erkennen unserer gesellschaftlich-politischen Lage, die ohne deren Impulse hoffnungslos wäre. Keine Demokratie ohne Opposition, aber auch keine Demokratie ohne eine vitale Arbeiterbewegung, die den Raum politischen und sozialen Rechts für die Masse der Arbeitenden freihält. 1933 zerfiel die Republik, weil die Arbeiterbewegung vor ihrer Aufgabe versagte. Doch wäre das Ende früher gekommen, hätten die Arbeiter nicht den ersten Anschlägen der Kapp und Ludendorff gewehrt. So ist denn kein Zweifel, daß auch das Schicksal der jetzigen Republik von der Funktionsfähigkeit der demokratischen Massenorganisationen abhängt. Man weiß, daß uns — im Unterschied zu Weimar — bisher Schlimmstes erspart blieb; doch nicht minder ist bekannt, daß es seit langem eine Malaise auf der Linken gibt, daß es ihr nicht gelang, diesen Staat entscheidend mitzuprägen, daß sie aus der Defensive nicht herauskam und — wie es in diesem Buch heißt — „von Niederlage zu Niederlage" zog.

Pirker zeichnet diese Entwicklung nach, mit der recht zweideutigen Haltung in den „Umbruchs"-Monaten 1933 beginnend, wo die SPD zwischen Widerstands- und Kapitulationsströmungen endete. Der würdevollen Rede ihres Vorsitzenden Wels am 21. März folgte die peinliche Anbiederung am 17. Mai, als die Reichstagsfraktion die Außenpolitik Hitlers unterstützte und dafür das Lob Görings zu hören bekam: „Das deutsche Volk ist einig, wenn es sein Schicksal gilt." Es gab dennoch viele Sozialdemokraten, die keinen Gefallen an solcher Einmütigkeit fanden und der Diktatur, oft heroisch, widerstanden. Zu ihnen gehörte Kurt Schumacher, ein wahrhaft glänzendes Symbol demokratischen Kämpfertums. Als er 1945 die SPD neu gründete, hatten elf Jahre KZ-Qualen seine Überzeugung nur erhärtet. Mit stählerner Entschlossenheit wollte er die Lehren aus deutscher Geschichte ziehen. Er wollte „Nation, Klasse, Reich" vereinen, „Ethos, Demokratie, Sozialismus" auf einen Nenner bringen. Deutschland (und Europa) vermochte er nur als ein sozialistisches sich vorzustellen: „Die deutsche Demokratie kann nur sozialistisch sein, oder sie wird nicht sein." Aus dem Satz leitete er die Härte seiner Formulierungen, den Führungsanspruch für seine Partei ab. Dabei versuchte er, ihr ein Profil zu geben, das sie in der Vergangenheit nicht besaß. Sie sollte nicht mehr mit dem Odium der „Erfüllungspolitik" belastet sein, sondern scharf nationale Belange verteidigen; sie sollte kein Bittsteller, weder im Innern noch nach außen, sein, sondern hart angreifen, um die Macht zu erringen. Das sollte neu sein gegenüber der in der Weimarer Republik gezeigten Lauheit. Außenpolitische Aufgaben gewannen in Schumachers Geist das Übergewicht. Deutschland sollte wieder souverän werden, daher griff er die Macht der Alliierten an, wobei sein Patriotismus allmählich eine antiöstliche Spitze erhielt. Pirker weist auf die Widersprüche in der stählernen Konzeption dieses bedeutenden Mannes hin, der die Partei „hermetisch" und „autoritär" beherrschte. Doch täuschten die einmütigen Beschlüsse:

„Schumacher konnte nationale Töne, Töne der nationalen Opposition anschlagen, soviel er wollte; die sozialdemokratischen Politiker auf kommunaler Ebene, in den neuen Länder- und Zoneninstitutionen konnten dieser ‚nationalen Opposition' im Schumacherschen Sinne überhaupt nicht folgen — ob sie selbst sie für richtig hielten oder nicht" (S. 45).

So repräsentierte wohl der so mächtige Vorsitzende die Partei viel weniger, als es den Anschein hatte. Aber die Widersprüche zwischen seinen Absichten und der Parteipraxis drückten die Widersprüche inner-

halb seiner Konzeption aus: das westliche Deutschland wurde nicht sozialistisch, die Westmächte — denen Schumacher, trotz allem, nahestand — beschützten die „Restauration", vor der er warnte. So war die SPD Mitläufer in einem Prozeß, der ihr nichts Gutes verhieß.

Sicher war die Vergangenheit weniger tot, als Schumacher es erhofft hatte. Er selbst, der — wie Pirker schreibt — eine „intransigente Opposition" betrieb, schwenkte ein und kompromisselte, — ähnlich wie die Weimarer Vorfahren. Er billigte den Marshall-Plan, ohne zu sehen, „daß in der Frage der deutschen Einheit und der inneren sozialen Ordnung in Westdeutschland bereits tiefgreifende Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt gefallen waren" (S. 70). Er arbeitete an der Bildung eines Teilstaates mit, was er anderseits als Unheil ansah. Mehr als nützlich ist die Erinnerung an die Umstände dieser Staatsgründung, die nur mit großer Einschränkung als demokratisch zu bezeichnen ist, da das Volk weitgehend ausgeschaltet war, während die Besatzungsmächte ihre volle Souveränität ausübten. Das von Mißtrauen gegen das Volk gekennzeichnete Grundgesetz, das eine „autoritäre Demokratie" hervorbrachte, bedeutete Pirker zufolge die Preisgabe wichtiger traditioneller Forderungen der SPD. Auf diese Weise half sie an der Geburt dessen mit, was sie „Besitzbürgerstaat" nannte. Gleiche Halbheiten gab es in der Wehrfrage und hinsichtlich des außenpolitischen Status eines Gesamtdeutschlands, wobei sich die Sozialdemokratie vor der Formulierung der Neutralität fürchtete. Je mehr der restaurative Prozeß sich durchsetzte, um so ängstlicher wich sie zurück und versuchte, ihre Honorigkeit durch einen Antikommunismus zu beweisen, der dem der Regierungsparteien in nichts nachstand. So wurde die Partei, die Deutschland erneuern wollte, mitverantwortlich für das erstickende politische Klima der heutigen Bundesrepublik.

Die Anpassung, schrittweise unter Schumacher vorgenommen, beschleunigte sich nach seinem Tode. Wir können uns die Aufzählung der Einzelheiten ersparen. Aus einer Partei der gesellschaftlichen Erneuerung wurde ein Organ gesellschaftlicher Konservation, ängstlich bemüht, den Anschluß an die etablierte Macht nicht zu verpassen. Sie wurde zur „institutionalisierten Opposition" mit der Aufgabe, den Betrieb nicht zu stören. Daher bemühte sie sich, aus ihrer Tradition alles zu vertilgen, was der Angliederung im Wege stehen könnte. Auch in der Sozialdemokratie wird Verdrängung geübt. Ausgezeichnet heißt es:

„Die politische Amnesie, die Krankheit unserer Zeit, der Deutschen im besonderen, bei Politikern in Westdeutschland ganz stark ausgebildet, ist zu einer institutionalisierten Form des Verhaltens und der Orientierung in der SPD nach Hitler entwickelt worden. Das Godesberger Programm der SPD kann geradezu als ein krampfhafter Versuch des Parteivorstandes aufgefaßt werden, nicht nur die Vergangenheit der Partei, ihre Geschichte vergessen zu wollen, sondern auch die jüngste Vergangenheit, die Politik der SPD nach Hitler, vergessen zu machen" (S. 8—9).

Der Autor spricht dabei sogar von „Geschichtsfälschungen". Auch diese Methode der Verdrängung ist eine nur zu bekannte allgemeine gesellschaftliche Praxis: alles wird gestutzt und hergerichtet, um der Norm des beschränkten Konformismus zu entsprechen. Die Imitation bleibt dabei nicht stehen:

„Diesem Zwange folgend, wählt sie (die SPD) sich konturlose Gestalten — Spezialisten, Funktionäre, werbewirksame Figuren — zu Führern und betreibt Politik von Tag zu Tag, sogenannte Realpolitik, ohne jegliche Strategie oder Orientierung. Die Partei kann — trotz aller Reklame — kaum mehr verdecken, daß sie nicht weiß, was sie politisch tatsächlich will" (S. 9).

Das letzte Wort Pirkers heißt:

„In der Geschichte Deutschlands hat die SPD sich immer nur mit dem Schein der Macht begnügt oder, wenn sie die Macht besaß, sie nicht zu nutzen verstanden und sie im Sinne autoritärer gesellschaftlicher und politischer Kräfte eingesetzt . . ."

Eine nützliche Arbeit also, die dennoch manchen Wunsch offenläßt. Der Autor zeichnet Ereignisse nach, erinnert an Vergessenes, beleuchtet Zickzacks und wirkt damit der so richtig enthüllten Amnesie unseres politischen Denkens — das nicht minder System geworden ist als die Anpassung — entgegen. Auf diese Weise frischt er die Erinnerung auf und verhilft zur Reflexion. Doch begnügt er sich mit der chronologischen Rekonstruktion, er bleibt gewöhnlich an der Oberfläche, dringt nicht in gesellschaftliche Tiefen. Er entwirft keinen ausreichenden geschichtlichen Rückblick und läßt den geistigen Prozeß, dem doch bei

der Sozialdemokratie eine beträchtliche Bedeutung zukommt, fast außer acht. Schließlich kann man diese Partei weder losgelöst von anderen sozialdemokratischen Parteien noch von der weltpolitischen Entwicklung betrachten. Diese verschiedenen Zusammenhänge sind nicht oder nicht genügend berücksichtigt. Sein Plädoyer zugunsten des Dokuments vermag die weit- und tiefgreifende Analyse nicht auszuschließen. So fehlt insbesondere ein soziologischer Befund des behandelten Objekts: Was ist eigentlich die SPD? Welche Schichten gehören ihr an? Welches sind ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wurzeln? Ihre Finanzen? Ihr internes Funktionieren? Statt darauf Antwort zu geben, zeigt sich der Verfasser allzu sehr als fleißiger Zeitungsleser. Die etwas lasche Methodik wird durch eine Form unterstützt, die in erzählerischem Ton verschwimmt und durch Breite präzise Festigkeit ersetzen soll. Weiter ist störend, daß Pirker zwar behauptet, von einem politischen Standpunkt aus zu schreiben, doch daß er diesen nicht entwickelt, darauf verzichtet, dem SPD-Kurs eine eigene Konzeption gegenüberzustellen. Nur dann kann eine Kritik ganz fruchtbar sein.

Jan Werk

Versuch einer Bilanz

Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945—1965. Achtunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. Herausgegeben von Helmut Hammerschmidt. Verlag Kurt Desch, München, Wien, Basel 1965, S. 535.

Die vorliegende Sammlung von Aufsätzen stellt nach den Worten des Herausgebers den „Versuch eines Kompromisses" dar. Die Autoren — darunter neben bekannten Namen wie etwa Fritz Bauer, Thomas Ellwein, Karl-Hermann Flach, Hildegard Hamm-Brücher, Hugo Hartung, Hermann Kesten, Hans Hellmut Kirst, Reimund Klinkhammer, Helmut Lindemann, Robert Neumann, Elisabeth Noelle-Neumann, Paul W. Wenger, manche weniger oder kaum Bekannte — „wurden nach ihrer kritischen Meinung und nach Vorschlägen für eine Änderung unbefriedigender Zustände gefragt" (S. 520/1). Eine in sich geschlossene sachliche Konzeption liegt ihren Arbeiten nicht zu Grunde. Das war schon angesichts unterschiedlicher politischer Grundauffassungen gar nicht möglich und stellt meines Erachtens keinen Mangel des Werks dar.

Die Gliederung in fünf Hauptabschnitte — Staat, Bürger, Kräfte, Mittel, Ideen — machte gewisse Überschneidungen nicht ganz vermeidlich, sie sind aber auf ein Minimum reduziert. Natürlich sind nicht alle Arbeiten gleichwertig — die These W. Wagners etwa (S. 27): „Das große Experiment, ein demokratisches Deutschland aus der Retorte zu destillieren, ist gelungen", scheint mir trotz seiner anschließenden Kritik der „Verfassungswirklichkeit" nicht hinreichend überzeugend begründet zu sein —, im ganzen aber geben die Arbeiten einen guten Überblick über das in zwanzig Jahren deutscher Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Geleistete und Versäumte (Der DDR ist nur e i n Beitrag, der von Georg Dittrich: Mit Ulbricht, ohne Marshallplan. Eine Bilanz des sogenannten Deutschland, gewidmet). Ich muß mich hier auf einige kurze Hinweise beschränken.

Wengers Standpunkt „Man kann nicht nach Westen supranationale Verklammerung und nach Osten den überholten geschlossenen Nationalstaat vollstrecken: Rußland ist stark genug, hiergegen sein Veto zu setzen" (S. 17/8) stimme ich voll zu, auf Angebote des Kreml, „daß die Sowjetzone eine freie demokratische Regierung unter der Bedingung erhalten könnte, daß sie außen- und verteidigungspolitisch nicht mit der Bundesrepublik zentralisiert wird", werden wir freilich, wie ich fürchte, heute noch lange warten müssen. Schwartzkopfs Verteidigung der Hallstein-Doktrin (S. 411 ff.) wirkt wenig eindrucksvoll; das Versagen der deutschen Politik im Nahen Osten gibt auch er zu. „Der deutsch-französische Vertrag ist ... nur noch eine Fiktion" (S. 417) — wann war er je etwas anderes? Dieser Aufsatz über „Deutsche Außenpolitik 1965" schließt leider mit Binsenweisheiten.

Ausgezeichnet die Beiträge von K. H. Flach „Bonn und das Klima der deutschen Politik", dieses Klima von Opportunismus und Konformismus in tiefster Provinz, und Hugo Hartung „Das deutsche Wesen" — ja, „es gibt, zwanzig Jahre danach, wieder Wachbataillone, Trommeln, Schellenbäume, Fahnen und Feldzeichen" (S. 120). Sehr interessant auch das Ergebnis demoskopischer Untersuchungen, das Elisabeth Noelle-Neumann in „Der Staatsbürger und sein Staat" bietet. Daß Helmut Lindemann die Frage, ob die Deutschen „wenigstens infolge der Katastrophe von 1945 etwas gelernt haben, oder ob der Wandel ihrer Men-

talität, ihrer geistigen Haltung zu Umwelt und Leben, der unverkennbar ist, bloß opportunistisch bestimmt ist" (S. 133/4), in letzterem Sinn beantwortet (S. 149), nimmt nicht Wunder.

Die These Stolzes „Die wichtigste Aufgabe einer vernünftigen Etatpolitik ist die Festlegung von Prioritäten für die ständig wachsenden Anforderungen an den Staat ... Solange wir keine Vorstellung davon haben, wie die Bundesrepublik im Jahre 1980 aussehen soll, können wir auch im Jahre 1965 keine begründete Etatpolitik treiben" (S. 191) verdient uneingeschränkte Zustimmung. Mit Recht stellt Mühlfenzl fest, daß die Marktwirtschaft „ihre Bewährungsprobe bestanden" hat, aber auch, daß „die beiden großen rivalisierenden Wirtschaftssysteme der Welt ... eine erstaunliche Annäherung, ja sogar eine Angleichung" aufweisen (S. 224). Geiersbergers Beitrag „Von der Autarkie zum Anachronismus" sei vor allem den Vertretern der Bauernverbände angelegentlichst empfohlen. Conrad Ahlers greift die Übungen der Bundeswehr Fallex 1962 und 1964 auf. „Es ist ... wider alle Vernunft, wenn die Bundesregierung auf einer Militärpolitik beharrt, in der ein Mangel an Truppen durch Atomwaffen ausgeglichen werden soll, und eine Strategie verlangt, die eine Verwendung atomarer Waffen auch für den Fall vorsieht, daß der Osten nur konventionell angreift" (S. 298). Wer sollte dieser Ansicht widersprechen?

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer schildert eindrucksvoll die Passivität der Behörden bei der Verfolgung auch der schwersten Verbrechen der Nazis und die Gleichgültigkeit der Mehrheit des Volks in dieser Frage. Ernst Müller-Meiningen jr. untersucht die Chance zu ersprießlicher Wechselbeziehung zwischen Justiz und Presse („Der Zustand ist nach wie vor unerträglich, daß wichtigste Fragen unserer Existenz vielleicht gerade noch im stillen Kämmerlein, nicht aber in der Öffentlichkeit sollten erörtert werden können, weil einem sonst der Staatsanwalt ins Haus steht" (S. 331), weitere Beiträge sind „Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse" (Romanschriftsteller Hans Habe) und dem „Kampf um das neue Medium" (Rundfunkintendant Hans Bausch) gewidmet. Der Frankfurter Politologe Thomas Ellwein prüft in einem gehaltvollen Aufsatz „Die Diktatur der Kompromisse" das derzeitige Funktionieren der politischen Entscheidungsapparatur in der Bundesrepublik. „Die Schwächen des Systems liegen offenkundig — abgesehen von der Deutschlandpolitik — dort, wo innenpolitische Aufgaben nur aufgrund langfristiger Planung oder nur aufgrund einer realen Zukunftsvorstellung bewältigt werden können" (S. 406). „Es hat wenig Sinn, nur an das Verantwortungsgefühl der Politiker zu appellieren, wenn diese wissen, daß durch zukunftsträchtige Politik, deren Ergebnisse möglicherweise erst nach Jahren sichtbar werden, der Erfolg in der kommenden Wahl gefährdet werden kann. Die Aufklärung des Wählers muß also mit Reformen Hand in Hand gehen" (S. 408).

Erwähnen wir schließlich, daß auch Literatur, Schulwesen (H. Hamm-Brücher, Das Schulwunder fand nicht statt), Musik, Theater und Film (Hans Abich, Die Gelegenheit, nicht auf seine Kosten zu kommen) Gegenstand einer Reihe von Beiträgen sind, so haben wir angedeutet, was der Leser in dem vorliegenden Band finden wird: zum mindesten den Versuch einer deutschen Bilanz 1945—1965.

Harold Rasch

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Herbert Marcuse, Kultur und Gesellschaft I. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 179 S., kart. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 101).

Hans Maier, Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie (1789—1901). 2. erweiterte Auflage. Rombach Verlag, Freiburg, 352 S., Ln. 29,— DM.

Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Zweite, neubearbeitete Auflage. Verlag C. H. Beck, München. 410 S., Ln. 35,— DM.

Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die politische Wissenschaft, Westdeutscher Verlag, Opladen/Köln, 400 S., Ln. 46,— DM (Reihe „Die Wissenschaft von der Politik", Bd. 13).

Hasso Hofmann, Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 304 S., Ln. 28,80 DM (Politica, Bd. 19).

Mathias Schmitz, Die Freund-Feind-Theorie im politischen Denken Carl Schmitts.

Westdeutscher Verlag, Opladen/Köln, 230 S., Ln. 38,50 DM (Ordo Politicus, Bd. 2).

Geschichte und Zeitgeschichte

Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte. Herausgegeben von Roman Schnur. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, XI, 331 S., Ln. 31,— DM (Wege der Forschung, Bd. XI).

Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Krieges. Herausgegeben von Imanuel Geiss. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München, 396 S., kart. 4,80 DM (DTV/Dokumente/Bd. 293). — Eine vorzügliche Dokumentation, die aus einer früher erschienenen zweibändigen Sammlung hervorgegangen ist. Eine ausführliche Besprechung erschien in den Heften 8/1964 und 2/1965 der „Blätter".

Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelbuch, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, XVIII, 608 S., Ln. 48,— DM, kart. 43,— DM (Veröffentlichungen des Leo-Baeck-Instituts).

Max Domarus, Hitler: Reden und Proklamationen 1932—1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Süddeutscher Verlag, München, in vier Bänden mit rund 2300 S., 60 Abb., Ln. 198,— DM, Subskriptionspreis bis 31. Oktober 180,— DM.

Konrad Ackermann, Der Widerstand der Monatsschrift „Hochland" gegen den Nationalsozialismus. Kösel Verlag, München, 211 S., 20 S. Dokumentation und Faksimile, Ln. 22,50 DM.

Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943 bis 1945. Herausgegeben von Bodo Scheurig. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 285 S., kart. 3,80 DM (DTV/Dokumente/Nd. 270). — Enthält eine Auswahl von Dokumenten und Zeugnissen zur Tätigkeit des Nationalkomitees (NKFD) und des Bundes deutscher Offiziere (BDO), darunter den Gründungsaufruf, 25 Artikel zur Beendigung des Krieges, einen Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und die Erklärung des NKFD zur Souveränität Österreichs.

Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1945 bis 1964. Rütten & Loening Verlag, München, 360 S., Ln. 18,— DM. (Vgl. „Bücher")

Aktuelle Themen

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 bis 1964. Ergebnisse der Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Herausgegeben von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann. Verlag für Demoskopie, Allensbach/Bonn, XXIV, 642 S., Ln. 75,— DM.

Emmi Bonhoeffer, Zeugen im Auschwitz-Prozeß. Ein Bericht in Briefen. Johannes Kiefel Verlag, Wuppertal-Barmen, 64 S., kart. 3,60 DM (Reihe „Die Brücke").

Adenauer und die Folgen. Siebzehn Vorträge über Probleme unseres Staates, herausgegeben von Hans-Joachim Netzer. Verlag C. H. Beck, München, 258 S., Paperback 11,80 DM (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 32). — Zu den Autoren gehören Theodor Eschenburg, Waldemar Besson, Eugen Kogon, Thomas Dehler, Albert Müller, Theo Pirker, Ralf Dahrendorf und Carlo Schmid.

Karl-Hermann Flach, Erhards schwerer Weg. Zweite, um das Kapitel „Griff in Watte" erweiterte Auflage. Seewald Verlag, Stuttgart, 183 S., Paperback 8,80 DM.

Der totale Notstandsstaat. Stimme Verlag, Frankfurt, 72 S. und eine Synopse, kart. 3,40 DM. — Aus dem Inhalt: Eugen Kogon, Die verhängnisvolle Vorsorge; Wolfgang Abendroth, Der Notstand der Demokratie — die Entwürfe zur Notstandsgesetzgebung; Helmut Ridder, Die Sache mit den alliierten Vorbehaltsrechten; Heinrich Hannover, Die totale Erfassung des Volkes durch die Nebengesetze; Jürgen Seifert, Der Entwurf des Rechtsausschusses vom 17. 3. 65 mit einer Synopse sämtlicher Entwürfe.

Helmut Ridder, Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht. Bemerkungen über die Eliminierung des Ausnahmezustandes und die Limitierung der politischen Strafjustiz durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 52 S., kart. 4,80 DM.

Georg Leber, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dokumentation 3: Wissenschaftliche Beiträge. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 264 S., Paperback 7,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 33 b) — Im gleichen Verlag erschien: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ein Programm und sein Echo. Dokumentation 1 (184 S., 5,80 DM), Dokumentation 2 (306 S., 7,80 DM).

Denis Silagi, Ungarn. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 148 S., kart. 6,50 DM.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Was Königin Elisabeth's Besuch beinahe verborgen hätte, war das diskrete Feilschen um die Notstandsgesetzgebung der Vertreter der Parteimonopole. Was der Königinbesuch jedoch enthüllte, war die erschütternde Demonstration geistigen Niveaus infantiler Illustriertenkonsumenten.

Ausgewachsene Staatsbürger, die sich nicht entblödeten, vor jener gekrönten Dame das Fracksausen zu bekommen, als ständen sie der leibhaftigen Verkörperung einer Tante Gottes gegenüber.

Bonner Matronen demaskierten ihre Provinzialität mit schülerbühnenhaftem Knicks, als erhofften sie sich für diesen Manegengag ein Trinkgeld aus der königlichen Schatulle. Staatsoberkomparserie geilte nach ausländischem Ehrenblech zur Vervollkommnung ihrer Frackkarosserie.

Rundfunkreporter bekamen ein Bibbern in die Stimme, wenn sie ihre Hofreportagen in die Mikrophone flüsterten, und keiner regte sich auf, daß zum Beispiel der Ministerpräsident des sozialdemokratischen Landes Hessen dem Mann der reichsten Frau der Welt einen goldenen Fotoapparat überreichte.

Hohe, von uns überschwenglich finanzierte Staatsbeamte brüsteten sich mit Einladungen, die auf Kosten von Millionen Kantinenverpflegter getätigt wurden und bei denen die zahllosen Rentner, die mit weniger als 150 Mark auskommen müssen, noch nicht einmal die Krümel vom Tisch schlecken konnten.

Ohnedies der Prominenz unseres Landes nicht mehr als seinen Bürgern zutrauend, erschütterte mich die Demonstration dessen, was sich noch nie so offensichtlich als vom Volk isolierte, abgekapselte Kaste gab.

Die Herde, vom Polizeiüberaufgebot sorgsam hinter obligatem Gatter gehalten, durfte Statisterie für diese Show abgeben. Das Makaberste an der Situation: das Volk blökte freiwillig! Diese politisch konformierte Pseudodemokratenmasse. Frisiert, gepudert und geschminkt von teils einfältigen, teils cleveren Toren und Redaktoren.

Wenn ich nichts für die Dame Elisabeth übrig habe, so sei festgestellt, daß ich nichts gegen sie habe. Daß sie nicht mein Typ ist, soll hier keine Rolle spielen. Es geht mich auch nichts an, welche Rolle sie in England spielt, und daß dazu ein Auftritt in der Bundesrepublik gehört, berührt mich ebensowenig.

Es gibt aber Theaterabende, bei denen es wichtiger ist, das Publikum zu analysieren als das Stück.

Und hier wurde gejubelt, weil man in unserem Lande mit einer Königin etwas anzufangen weiß, während Demokratie ohne Weihrauch vom einzelnen Staatsbürger viel zu viel Intelligenz und Phantasie verlangt. So war ja auch die Gelegenheit für Herrn L. F. Hohenzollern günstig, zu sagen, daß er, wenn er ‚gerufen' würde, bereit sei!

Hier würde man auch bei allem pflichtschuldigst und freiwillig jubeln, was einem nur rechtzeitig unter die Weste gejubelt würde. Ob Horst Bäumler oder Franco, ob Prinzessin Pipapo oder Vera Brühne. Wenn man unser Volk nur rechtzeitig anheizt, läßt es sich mit Begeisterung verbrennen!

Ich fragte elf Landsleute, die mit glänzenden Augen auf die televisierte Königin starrten, wer der englische Ministerpräsident sei, der vor wenigen Wochen, fast unbeachtet, die Bundesrepublik besuchte.

Niemand von den elf Königinfans wußte es. Glauben Sie mir es leider: Mit solchen Wahlberechtigten ist es vom ‚Hoch!' zum ‚Heil!' nur ein kleiner Hupfer!

Dokumente zum Zeitgeschehen

IG Metall lehnt Notstandsgesetzgebung ab

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hat heute in Recklinghausen die Ablehnung der Notstandsgesetzgebung bekräftigt.

Im Hinblick auf die heute stattfindende Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien unterstreicht der Vorstand der IG Metall die Verantwortung, die die Bundestagsabgeordneten für die Wahrung der Grundrechte und die Erhaltung der Demokratie tragen.

Die IG Metall appelliert besonders an diejenigen Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sind, die Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Notstandsgesetzgebung zur Grundlage ihrer Entscheidung im Bundestag zu machen.

Der Vorstand der IG Metall begrüßt den Appell der 215 Professoren, der die deutsche Öffentlichkeit auf den Ernst der Lage hingewiesen hat. Die Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Wissenschaft in Lebensfragen der Demokratie ist eine wichtige Grundlage für die Wahrung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften als größte demokratische Organisation müssen beim Kampf gegen die Notstandsgesetze an vorderster Stelle stehen. Die Verantwortung für die Notstandsgesetzgebung liegt jedoch eindeutig bei den Fraktionen des Bundestages.

Mit Befremden stellt der Vorstand der IG Metall fest, daß im Rechtsausschuß des Bundestages Übereinstimmung über die Änderung des Artikels 12, Absatz 2, Grundgesetz, im Sinne einer Zivildienstpflicht besteht. Damit ist jeder Einschränkung der Freiheit, auch der Gewerkschaften, Tür und Tor geöffnet.

Die IG Metall erwartet, daß der Bundestag davon absieht, eine Entscheidung zu treffen, die einen schwerwiegenden Eingriff in die demokratische Substanz unseres Staates darstellen würde.

Eine solche Entscheidung findet keinerlei Rechtfertigung in der inneren oder äußeren Lage der Bundesrepublik. Sie würde jedoch einen verhängnisvollen Schritt zur Wiederbelebung autoritärer, obrigkeitsstaatlicher Verhältnisse darstellen.

Zur Bewältigung jeder Art von Notstand reichen die schon heute bestehenden gesetzlichen Regelungen vollkommen aus.

11. V. 1965.

IG Druck und Papier an den Deutschen Bundestag

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier nimmt den Aufruf von 215 deutschen Professoren zur Ablehnung jeglicher Notstandsgesetzgebung zum Anlaß, den Unterzeichnern Dank und Anerkennung auszusprechen. Sie haben sich an die deutschen Gewerkschaften gewandt im Vertrauen darauf, daß von ihnen, schon im eigenen Interesse, ein entschiedenes Einstehen für die Demokratie zu erwarten ist.

Der Hauptvorstand ist sich bewußt, daß die Entscheidung über die Notstandsgesetzgebung bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages liegt. Es gibt keine demokratisch legitime Möglichkeit, ihnen diese Entscheidung abzunehmen. Das Risiko und die Verantwortung für Notstandsgesetze, die unsere heute noch bestehende demokratische Ordnung ernstlich gefährden können, trägt jedoch über den Kreis der Abgeordneten hinaus vor der Geschichte das ganze deutsche Volk. Auch die Gewerkschaften können sich dem nicht entziehen.

Dieses Bewußtsein der moralischen Mitverantwortung hat den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier und den Bundeskongreß des DGB 1962 zur Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung veranlaßt. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier bekräftigt nach Kenntnis der vom Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages veröffentlichten Gesetzentwürfe und den Äußerungen maßgebender Politiker zu diesen Fragen jene Ablehnung. Aus eigener Überzeugung und nicht nur, weil er durch Kongreßbeschlüsse gebunden ist, muß er die in den vorgesehenen Regelungen des Notstands zum Ausdruck kommenden

Vorstellungen entschieden ablehnen. Die Ausnahmerechte, die der Regierung zugestanden werden sollen, beschränken die bisher garantierten Grundrechte in so hohem Maße, daß die Demokratie selbst zum Gegenstand der Manipulation gemacht werden könnte. Dem Gesichtspunkt des Schutzes der Demokratie gegen Feinde von außen und innen, den der Hauptvorstand der IG Druck und Papier bejaht, darf die Demokratie selbst zu keiner Zeit und unter keinen Umständen geopfert werden. Die vorgesehenen Notstandsgesetze würden es jedoch ermöglichen, alle wesentlichen Grundordnungen eines demokratischen Staates gleichzeitig und unbefristet außer Kraft zu setzen.

Noch einmal appelliert der Hauptvorstand der IG Druck und Papier dringend an den Deutschen Bundestag, den Notstandsgesetzen seine Zustimmung zu versagen.

14. V. 1965.

IG Chemie wendet sich an die Bundestagsabgeordneten

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat mit großer Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß bei den Bundestagsfraktionen die Absicht besteht, noch vor Ende der Legislaturperiode des Bundestages das Grundgesetz im Sinne der Notstandsvollmachten zu ändern.

Trotz der Warnungen der Gewerkschaften und weiter Kreise der Öffentlichkeit sollen unter dem Zeitdruck der zu Ende gehenden Legislaturperiode die umstrittenen Gesetze verabschiedet werden.

So positiv interfraktionelle Gespräche sein können, im Falle der Notstandsgesetzgebung beunruhigen sie die Öffentlichkeit außerordentlich. Es wäre ein schlechter politischer Stil, wenn die bisher nur unzureichend informierte Öffentlichkeit in dieser entscheidenden Frage vor vollendete Tatsachen gestellt würde.

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik warnt eindringlich vor einem solchen Verfahren und appelliert an die Abgeordneten der Bundestagsfraktionen, von jeglicher Notstandsgesetzgebung abzusehen, die geeignet ist, die Grundrechte einzuschränken.

Die Gewerkschaften werden jederzeit die Demokratie gegen alle Feinde verteidigen. Sie müssen sich aber ebenso eindeutig gegen eine Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit zugunsten einer unkontrollierten Exekutive wenden.

Sie halten die Entscheidung des Rechtsausschusses, den Grundgesetzartikel 12 Absatz 2 im Sinne einer Zivildienstpflicht abzuändern, für untragbar. Mit einer solchen Änderung würde die Freiheit und die Selbstbestimmung des einzelnen Staatsbürgers wie der Gewerkschaften gefährdet.

17. V. 1965.

Stellungnahme des Deutschen Presserates zum Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Pressekommissionen für den Zustand der äußeren Gefahr

Das am 26. 5. 1965 vom Kabinett verabschiedete Gesetz entspricht mit ganz geringfügigen Änderungen dem Entwurf des Bundesinnenministeriums, zu dem der Presserat bereits am 13. 5. 1965 kritisch Stellung genommen und detaillierte Abänderungsvorschläge vorgelegt hat. Diese sind so gut wie unberücksichtigt geblieben.

So legt der Presserat vor allem Wert darauf, daß in § 1 festgestellt wird, daß das Gesetz die Verbreitung von Nachrichten durch die Presse n u r im Zustand der äußeren Gefahr regelt.

Die in dem § 20 Abs. 2 vorgesehene teilweise Anwendung des Gesetzes bereits im Zustand der beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft lehnt der Presserat mit allem Nachdruck ab, um so mehr, als nach § 20 des vorliegenden Gesetzes dieser Spannungsfall allein von der Bundesregierung festgestellt und wieder aufgehoben werden kann. Alle Bestimmungen des Gesetzes können — wie auch schon die Überschrift des Gesetzes besagt — nur für den Zustand der äußeren Gefahr gelten.

Zu dem langen Katalog von Nachrichten in § 5, zu denen die Pressekommissionen Hinweise herausgeben können des Inhalts, daß von einer Veröffentlichung dieser Nachrichten abgeraten wird, hatte der Presserat vorgeschlagen, die Formulierung ‚Mitteilungen

aus folgenden Bereichen' einzufügen. Dies sollte zum Ausdruck bringen, daß der Katalog nur den Bereich von Nachrichten umschreibt, über den Einzelmitteilungen herausgegeben werden dürfen.

Gegen ein selbständiges Handeln der von der Regierung ernannten Vorsitzenden der Pressekommissionen in Eilfällen hat der Presserat ernste Bedenken. In Eilfällen, d. h. bei unmittelbarer Gefährdung der Sicherheit, sollen die Vorsitzenden nur nach vorherigem Einverständnis mit mindestens zwei Mitgliedern der Pressekommissionen Einzelmitteilungen herausgeben dürfen.

Die in § 10 enthaltene Genehmigungspflicht für die Herausgeber inländischer Pressedienste lehnt der Presserat wegen ernster verfassungsrechtlicher Bedenken, die sich aus den Art. 3 und 5 des Grundgesetzes ergeben, ab.

Die Genehmigungspflicht für Korrespondenten ausländischer Presseorgane, Presseagenturen und Rundfunkstationen ist nach Auffassung des Presserates nicht in diesem, sondern in einem neuen Gesetz zu regeln. Der Presserat hatte daher die Streichung des ganzen § 10 vorgeschlagen.

Eine Geldbuße von 30 000 DM für Ordnungswidrigkeiten (§ 11) hält der Presserat für unangemessen hoch. Er hat daher 5000 DM und im Wiederholungsfalle 10 000 DM als Obergrenze vorgeschlagen.

Der Presserat lehnt ferner ab, daß der von der Regierung bestellte Vorsitzende der Bundespressekommission zugleich Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sein soll.

Auch der Wunsch des Presserates, daß die Abberufung von Mitgliedern einer Pressekommission erfolgen darf, ist nicht erfüllt worden.

*

Dieses Gesetz betrachtet der Presserat als ein Ausführungsgesetz zu Art. 115 b der Notstandsverfassung. Da dieses Ausführungsgesetz eine Einschränkung des Art. 5 des Grundgesetzes beinhaltet, hält der Presserat eine Verabschiedung mit $^2/_3$-Mehrheit des Bundestages für erforderlich.

Der Presserat hält daran fest, daß im Falle der inneren Gefahr — abgesehen von der verfassungsmäßigen Zulässigkeit — keinerlei Notwendigkeit zur Beschränkung der Grundrechte aus Art. 5 besteht. Vielmehr ist eine freie Presse zur Überwindung eines solchen Notstandes unentbehrlich.

Für den Fall einer äußeren Gefahr verkennt der Presserat keineswegs, daß eine gewisse Beschränkung der Informationsfreiheit, nicht aber der Meinungsfreiheit, aus Sicherheitsgründen erforderlich werden kann.

gez. von Mauchenheim
Sekretär des Deutschen Presserates

28. V. 1965.

Bemerkungen

Lord John Boyd Orr, 1880 geboren, wurde nach langjähriger Tätigkeit als Ernährungs- und Landwirtschaftsfachmann in verschiedenen britischen Ministerien 1942 Professor für Agrikulturwissenschaft an der Universität Aberdeen. Von 1945 bis 1948 bekleidete er das Amt des Generaldirektors der Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO). 1949 wurde ihm der Friedensnobelpreis verliehen.

Der Beitrag „Faschismus oder sozialer Rechtsstaat" von Dr. Arno Klönne in Heft 5/65 erscheint demnächst in erweiterter Form in der historischen Einleitung einer „Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland", die Dieter Claessens, Arno Klönne und Armin Tschoepe im Verlag Eugen Diederichs herausbringen.

Der Beitrag von Peter Lust über die Situation in Santo Domingo ist nach persönlichem Augenschein des Verfassers vom Schauplatz der Ereignisse geschrieben worden.

Der Aufsatz von Dr. Günther Schreiber über die CDU ist auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
O. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogler
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Lord John Boyd Orr, 1880 geboren, wurde nach langjähriger Tätigkeit als Ernährungs- und Landwirtschaftsfachmann in verschiedenen britischen Ministerien 1942 Professor für Agrikulturwissenschaft an der Universität Aberdeen. Von 1945 bis 1948 bekleidete er das Amt des Generaldirektors der Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO). 1949 wurde ihm der Friedensnobelpreis verliehen.

Der Beitrag „Faschismus oder sozialer Rechtsstaat" von Dr. Arno Klönne in Heft 5/65 erscheint demnächst in erweiterter Form in der historischen Einleitung einer „Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland", die Dieter Claessens, Arno Klönne und Armin Tschoepe im Verlag Eugen Diederichs herausbringen.

Der Beitrag von Peter Lust über die Situation in Santo Domingo ist nach persönlichem Augenschein des Verfassers vom Schauplatz der Ereignisse geschrieben worden.

Der Aufsatz von Dr. Günther Schreiber über die CDU ist auch als Sonderdruck lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn, Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.